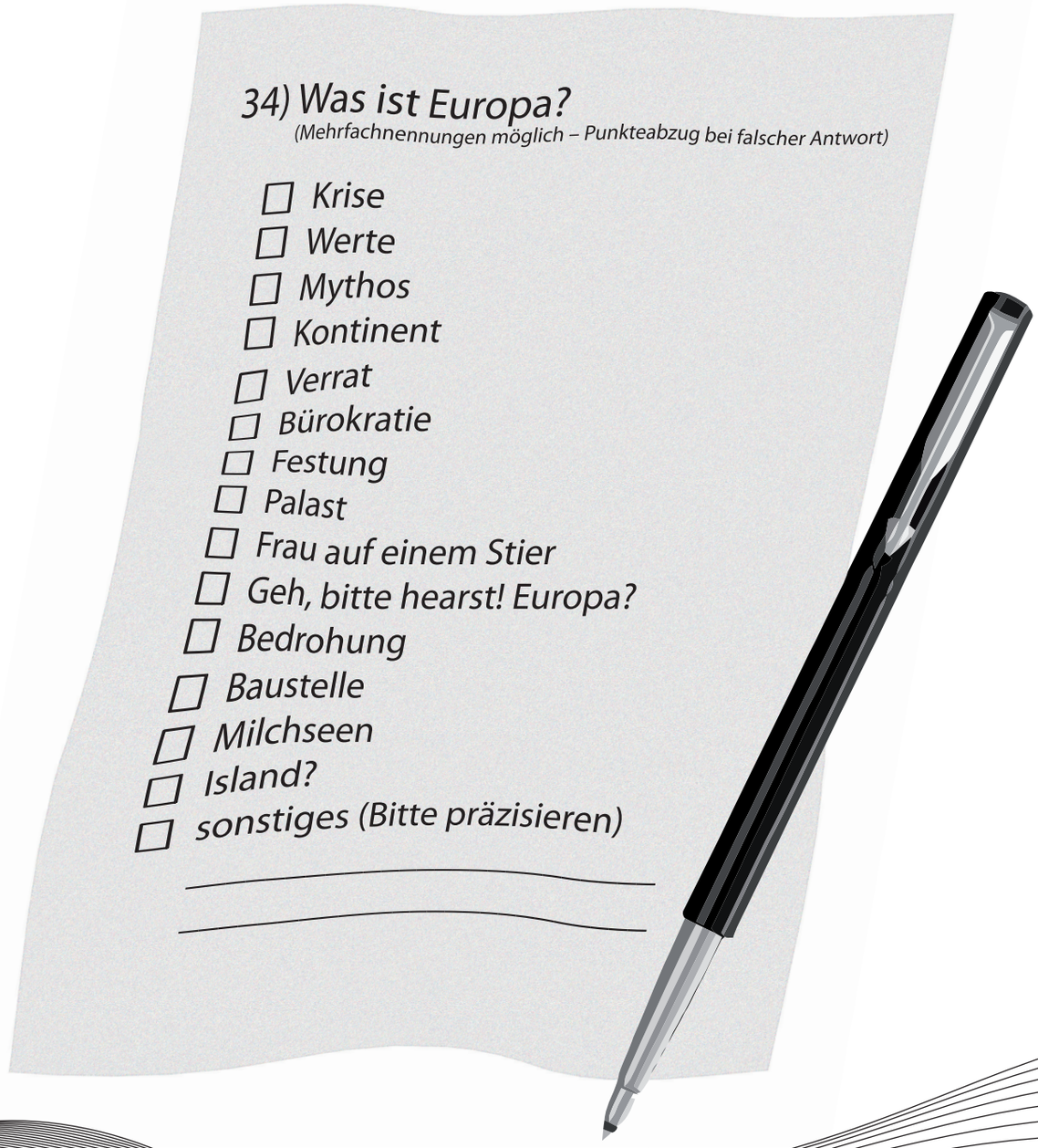
politix

Ausgabe 28 | 2010



ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien
ISSN 1990-4630

Redaktioneller Hinweis

Projekt Filmfestival „Gedächtnis und Erbe der Sklaverei“ 19. und 20. Mai 2010 im De France

Das Projekt hat die Aufführung von Kurzfilmen über „Sklaverei: Erbe und Gedächtnis“ im De France Kino an zwei hintereinander folgenden Tagen zum Inhalt (am 19. und 20. Mai 2010). Die Filme kamen bereits weltweit im Rahmen von internationalen Filmfestivals in 10 Städten zur Aufführung. Bei den Filmen kommen vor allem die Nachkommen von SklavInnen zu Wort, die sonst keinen öffentlichen Raum zur Artikulierung haben.

Organisiert wurde dieses Festival von Lehrenden und Studierenden der Afrikanistik Wien, unterstützt von vielen SponsorInnen.

http://www.votivkino.at/sklaverei

Bild: © votivkino.at

Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7
Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Tina Olteanu und Richard Bernato
Redaktionsteam: Richard Bernato, Therese Fuchs, Luise Luksch, Stefan Marx, Tina Olteanu, Adrian Ortner, Meropi Tzanetakis, Maximilian Wollner, Gerti Zupanich

Kontakt: Birgit Sauer
ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7
Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, mail: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Art direction, Produktion: Richard Bernato (richard@aerosol.cc)

Auflage: 1000 Stück sowie Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Editorial

Europa, EUropa, €-pa oder auch die Europa ...

Wir stellen natürlich nichts Neues fest, wenn wir darauf verweisen, dass Assoziationen, Muster, Bilder und Institutionen rund um EUROPA sehr weitläufig sind. Europa, so lautet unser Fazit gleich schon zu Beginn, ist mehr oder ein Mosaik aus ethisch-moralischen Absichtserklärungen einzelner oder kollektiver AkteurInnen, knallharter Interessenpolitik, nationaler und supranationaler Selbst- und Fremdwahrnehmung. Immer wieder wird auch vom Projekt Europa gesprochen, teilweise als Ablenkungskulisse, um die Unzulänglichkeiten und Exklusionsmechanismen zu überzuckern und deren Lösungen auf nicht absehbare Zeit zu verschieben, aber teilweise auch, um vielleicht doch noch genug Motivation und Engagement aufzubringen, um Europa, EUropa und €-pa zu gestalten ... .

In der vorliegenden Ausgabe von politix versuchen wir, einige zentrale Facetten zu beleuchten und uns aber auch in die Peripherie der Europa-Themen zu begeben. Wie immer liegt es im Auge des/der BetrachterIn, wie gut uns das gelungen ist oder auch nicht. Aber dieses Mal bietet sich auch die Gelegenheit, der Redaktion ein Feedback zu geben – wir bitten sogar sehr darum!

Den Auftakt zum Themenschwerpunkt Europa bilden Gabriele Michalitsch und Stefanie Wöhl, die sich jeweils mit der Wirtschaftskrise im Jahre 3 (oder optimistischer: im Jahr 1 nach der Krise) auf EU-ropäischer Ebene befassen. Neben einer generellen Skepsis gegenüber der Bereitschaft in der EU, die Abkehr vom Neoliberalismus einzuleiten, verweisen beide Autorinnen auf die geschlechterspezifische Wirkung der Krise hin, die ihre Ungleichheit auch in den Anti-Krisenprogrammen weiter einschreibt. Anhand der post-demokratischen Krise diskutiert Dorothée de Nève neue bzw. alternative Formen politischer Partizipation im nationalstaatlichen und europäischen Kontext. Hier wird der Frage nachgegangen, wie BügerInnen (wieder) zu aktiven GestalterInnen von Politik werden können. Der Beitrag von Stuart Varvel über die bi- bzw. multilateralen Beziehungen zwischen den USA und der EU zeigt nicht nur die inhaltlichen Diskrepanzen auf etwa in Bezug auf die Themenschwerpunkte Klimawandel und Truppenpräsenz in Afghanistan, sondern vor allem auch die europäische Schwäche, als ein Verhandlungspartner aufzutreten – bilaterale Verständigungs-prozesse scheinen hier und da wesentlich erfolgversprechender. Ob die neue europäische Struktur der Außenrepräsentation hier einen Wandel verspricht, bleibt abzuwarten.

Das Interview mit Rainer Bauböck über Staatsbürgerschaftsregime und -verständnisse innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten sowie der Beitrag von Ingeborg Gabriel über die sozialethische Komponente der europäischen Wertedebatte verdeutlichen sehr schön die Diskrepanz zwischen einem angestrebten ethisch-moralischen Ideal der EU und den Problemen der Realisierung in politischen Aus-handlungsprozessen.

Praktisch-politisch spiegelt sich dieser Diskurs etwa in den Beiträgen von Vedran Dzihic zu „Balkonoropa und Europabalkan“ und dem hegemonialen Diskurs über das Andere, den Balkan, wider oder auch bei Michael Meznik und Tina Olteanu über „faule Zigeuner und diskriminierte Roma“ oder einem anderen Blick auf die Bootsflüchtlinge an den Außengrenzen Europas von Christine Moderbacher und Annika Lems.

Allen ist gemein, dass hier anhand von bestimmten Problemkontexten eine gewisse Doppelmoral oder Schizophrenie in der Handlungslogik der EU deutlich wird. Solidarität und Toleranz, so scheint es, soll zwar insgesamt mehr oder minder EU-weit gelebt werden, aber universalistisch von der EU anzuwenden ist sie lange nicht, weder in Bezug zur *Nicht-EU*, noch in Bezug zur *Eventuell-Bald-EU*, noch in Bezug zur *Schon-in-der-EU, aber-immer-noch-peripher.*

Das kulturelle Europa haben wir auch nicht ganz ausgespart. So berichtet Therese Fuchs über die Saamen als europäisch Indigene, die interessanterweise sowohl in der EU (Finnland, Schweden), außerhalb der EU aber recht nah assoziiert (Norwegen), als auch gleichzeitig ganz außerhalb der EU in Russland mit seinem besonderen EU-Verhältnis angesiedelt sind. Über das ach so aufgeklärte post-nationale AkademikerInnentum am European University Institute in Florenz berichtet Leila Hadj-Abdou mit viel Augenzwinkern aus ihrer aktuell einjährigen Erfahrung vor Ort.

Wie sehen (post-)nationale oder dann doch irgendwie sehr nationale Symbole auf der europäischen Ebene aus? Dieser Frage widmet sich Karin Liebhart in ihrem Beitrag. Symbolische Politik, so sehen wir, manifestiert sich in harten Aushandlungsprozessen und im Falle des Lissabon-Vertrags sogar im Streichen sämtlicher Symbole. Dennoch, Europa-Ikonographie gab es bereits lang bevor sich die EU um ihre Identifikationssymbole Gedanken machte. So beschreibt Richard Bernato historische Darstellungen von Europa, die sich lange Zeit durch die beanspruchte Vormachtstellung auf mehreren Ebenen auszeichneten.

Während die letzte Ausgabe von politix eine Momentaufnahme der steigenden Unzufriedenheit mit den Studien-, Lehr- und Forschungsbedingungen an der Uni Wien und speziell am ipw war, fällt in diesem Heft der Teil über Protest und Audimaxismus etwas kürzer aus. Einen perfekten Übergang bildet hier der Artikel von Elsa Hackl über den Europäischen Hochschulraum und seine problematischen Tendenzen der Ökonomisierung von Bildung und Bildungseinrichtungen.

Für die kollektive Mythenbildung sehen wir mal das ipw als Trendsetter im Sommer 2009 ... aber nur in Wien. Denn auch in Zagreb war man fast der Zeit voraus, als im April 2009 Studierende an der Philosophischen Fakultät der Universität protestierten (?). Maximilian Wollner war vor Ort und berichtet.

Wie immer schließen wir mit Neuigkeiten aus dem Institut und Buchbesprechungen unser Heft ab.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Schwerpunkt Europa

In dieser Ausgabe:

Schwerpunkt

Seite 6 — Europa in der Krise
Gabriele Michalitsch

Seite 8 — Die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union in der Krise
Stefanie Wöhl

Seite12 — Staatsbürgerschaft – Quo Vadis?
Interview mit Rainer Bauböck von Adrian Ortner

Seite 15 — Die europäischen Werte und das Zusammenwachsen Europas
Ingeborg Gabriel

Seite 18 — ON/OFF – BürgerInnen in Bewegung
Dorothée de Nève

Seite 22 — U.S.-European Relations in the Age of Oboama: New Political Expectations?
Stuart Varvel

Seite 25 — Balkonoropa und Eurobalkan – Von Projektionsflächen, diskursiven Machtkämpfen und hegemonialen Verhältnissen
Vedran Dzihic

Seite 28 — Von «faulen Zigeunern» und «diskriminierten Roma» – Anmerkungen zum «Roma Problem» in Bulgarien und Rumänien
Michael Meznik und Tina Olteanu

Seite 32 — Jenseits von Restriktionen und Erstarrungen
Chritine Moderbacher und Annika Lems

Seite 35 — Die Saamen als europäische Indigene – eine Aussenansicht
Therese Fuchs

Seite 36 — Das post-nationale Europa inmitten einer italienischen Renaissance-Stadt
Leila Hadj-Abdou

Seite 38 — Europäische Symbole
Karin Liebhart

Seite 40 „Regni, Corone, Scettri, Ghirlande & altre simili cose" – Ein kurzer Ausflug in die Ikonographie Europas von Cesare Ripa bis zur Europäischen Union
Richard Bernato

Seite 43 König Midas und der Europäische Hochschulraum
Elsa Hackl

Aktuell/Intern

Seite 44 Neues Initiativkolleg mit Gender-Bezug – Die Geschlechterforschung hält Einzug in die Elite der Nachwuchsförderung auf der Universität Wien
Meropi Tzanetakis

Seite 46 Jedan svijet jedna borba. Obrazovanje nije na prodaju.
Maximilian Wollner

Seite 48 Die Uni brennt, die Powi auch?
Hanna Lichtenberger (STV Politikwissenschaft)

Rezensionen

Seite 49 Stefan Marx
Staat und Geschlecht

Seite 50 Stefan Marx
Ikonographie Europas

Seite 51 Agnes Eybl und Mona El Khalaf
Politik begreifen – 89 Begriffe um Eva Kreiskys Leben und Forschen

Seite 51 Ilker Atac
Exploring Politics and Policies

Europa in der Krise

von Gabriele Michalitsch
Politologin, Ökonomin und Lehrbeauftragte an der WU Wien sowie der Universität Wien

Schon der gemeinsame griechische Wortstamm *krinein* (scheiden, sondern, trennen) verweist auf die inhärente Verknüpfung von Krise und Kritik. Während das griechische *krisis* Entscheidung, Ausschlag, Trennung bedeutet und somit den Aspekt der Veränderung in sich trägt, bezeichnet *krites* den Richter und deutet auf Urteilsfähigkeit. Krise und Kritik stehen folglich in enger Beziehung zueinander: Jede Krise nährt Kritik und bedarf ihrer, um sie generierende Problematiken, Widersprüche, Konflikte ebenso wie Potenziale notwendigen Wandels aufzuzeigen. Die Haltung der Kritik charakterisiert Foucault als „Kunst nicht dermaßen regiert zu werden". Sie verweist angesichts der Vielzahl gegenwärtig zu konstatierender gesellschaftlicher Krisen, deren inhärenter Zusammenhang sie als grundlegende Krise von Regierung (1) deutlich werden lässt, auf die Notwendigkeit der Neuausrichtung (nicht nur) europäischer Politik.

Zwar hatte sich der (wirtschafts-) politische Diskurs mit Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise zunächst deutlich verschoben – staatliche Markt-Intervention galt nicht länger als schädliche oder überflüssige Beschränkung, sondern avancierte zum Gebot der Stunde –, grundlegende Modifikationen des Finanzsystems ebenso wie ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel lassen jedoch nach wie vor auf sich warten. Die europäischen Stabilisierungsprogramme wie nunmehr einsetzende, auf den Sozialbereich fokussierte Spardebatten deuten vielmehr auf die Fortführung neoliberaler Politiken. Deren dogmatische Ausrichtung auf Marktprinzipien hat nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise wesentlich verursacht, Deregulierung der Arbeitsmärkte führte in den letzten beiden Dekaden auch zu wachsender – hochgradig geschlechtsspezifischer – Differenzierung von Beschäftigungsverhältnissen und Einkommen. Förderung von Beschäftigungsfähigkeit, Verweigerung eines stabilen Status außerhalb des Arbeitsmarktes und Absenkung des Lohnersatzes bei Erwerbslosigkeit sollten dabei möglichst alle Erwerbsfähigen in Erwerbsarbeit integrieren und Arbeitslose zu aktiver Arbeitssuche anhalten, um ein entsprechendes Arbeitsangebot im sich ausweitenden Niedriglohnsektor zu sichern. Gleichzeitig wurde Erwerbsarbeit mit Entfaltung von Kreativität und individuellen Fähigkeiten, persönlichen Neigungen und Potenzialen verbunden und am Verhaltensmodell des Entrepreneurship ausgerichtet. Die Forderung, in Selbst-Management, -Präsentation und -Weiterentwicklung zu investieren und solcherart – Reproduktionsarbeit ausblendend – die gesamte Lebensführung an ökonomischer Verwertbarkeit zu orientieren, wurde an das Versprechen ökonomischen Erfolgs gekoppelt, während Erwerbslosigkeit als Ausdruck persönlichen Ungenügens – Mangel an Qualifikation oder Initiative – redefiniert und individualisiert wurde.

Über Erwerbsarbeit, Kern kapitalistischer Produktionsweise und zentraler Modus sozialer Regulation, diffundiert die Wirtschaftskrise nun zunehmend in die Gesellschaft. Neben kontinuierlich neue Höchststände erreichender Erwerbslosigkeit, die die Position der

Gewerkschaften weiter schwächt, und fortschreitender Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen zeichnen sich Reallohnsenkungen, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Erhöhung von Leistungs- wie Flexibilitätsanforderungen und zunehmende Externalisierung unternehmerischen Risikos an die Arbeitskräfte etwa durch auslastungsbezogene Entgeltsysteme oder Auftragsvergabe an Neue Selbstständige ab. Damit weiten sich sozioökonomische Ungleichheiten, Armut und Armutsgefährdung aus, soziale Hierarchisierung, Marginalisierung und Exklusion nehmen zu. Seit Jahren anhaltende soziale Polarisierung verfestigt sich damit zu einer sozialen Krise, in der es immer weniger gelingt, gesellschaftliche Integration durch Erwerbsarbeit zu sichern. Der mit der sozialen Krise einhergehende Ausschluss immer größerer Bevölkerungsgruppen von gesellschaftlicher Teilhabe höhlt aber auch demokratische Grundlagen zusehends aus, treibt postdemokratische Entwicklungen voran und verweist auf eine schwelende politische Krise.

Ein für die nähere Zukunft Europas entscheidender Ansatzpunkt politischer Neuausrichtung besteht folglich in einer neuen Regulation von Arbeit. Die politische Anerkennung des nicht durch individuelle Arrangements zu lösenden Widerspruchs zwischen -- insbesondere selbst-unternehmerischer -- Erwerbs- und Reproduktionsarbeit stellt eine wesentliche Voraussetzung einer solchen Reorientierung dar. Deren Rahmen markieren mit Entökonomisierung von Lebensentwürfen verbundene, erhebliche generelle Erwerbsarbeitszeitverkürzung ebenso wie Gleichverteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern und deren Entgeschlechtlichung. Letztere impliziert neben entsprechenden diskursiven Verschiebungen umfassende Geschlechtergleichstellung im Kontext von Beschäftigungsverhältnissen, Orientierung an Geschlechterparität in der Besetzung aller Berufsfelder und eine grundlegende Revision von Lohnstrukturen durch Neubewertung von Arbeit auf Basis ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit samt Festlegung von Maximal- und Minimaleinkommen.

In diesem Kontext wären nicht zuletzt herrschende Begriffe von Wohlstand und Freiheit von Markt und Konsum zu lösen und von der Vielfalt von Lebensmöglichkeiten, Erfahrungshorizonten und Wissensformen ausgehend zu redefinieren. Dies hätte sich auch in der Ausrichtung von Wissensproduktion und Wissensvermittlung zu spiegeln und folglich Denkräume für Kritik zu öffnen, um Möglichkeiten gesellschaftlichen Lebens jenseits bestehender Modelle – im Hinblick darauf „nicht dermaßen regiert zu werden“ – aufzuzeigen. Denn Europa braucht Kritik – nicht erst in der Krise.

Anmerkungen

(1) Regierung umfasst Foucault folgend die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, durch welche Menschen gelenkt werden sowie sämtliche Prozeduren, Techniken und Methoden, welche die Lenkung von Menschen untereinander gewährleisten.

Die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union in der Krise.

von Stefanie Wöhl
Wissenschaftliche Assistentin am ipw und im Vorstand der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG)

Als wirtschafts- und friedenspolitisches Projekt gedacht, sollte der europäische Integrationsprozess sowohl im sozialen, politischen und ökonomischen Bereich Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum garantieren. Davon scheinen wir heute, im Jahr 2010, weit entfernt zu sein, betrachtet man den realen Rückgang des BIP in den Mitgliedsstaaten, die Staatsverschuldung und die steigenden EU-weiten Arbeitslosenzahlen. Eine konjunkturelle Erholung wurde zwar für 2010 prognostiziert, wobei das BIP EU-weit lediglich 0,5 % betragen soll. Von realem Wachstum kann daher keine Rede sein.

In der Vergangenheit wurde zudem wenig in den sozialpolitischen Bereichen wie der Sozial- und Beschäftigungspolitik getan im Vergleich zu den wirtschaftspolitischen Projekten, die innerhalb der EU seit Anfang der 1990er Jahre forciert wurden.

Ich werde im Folgenden die Sozial- und Beschäftigungspolitik der EU erläutern und sie in einen Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik rücken, die ja von aktuellster Relevanz ist und ihre geschlechtsspezifischen Implikationen hervorheben.

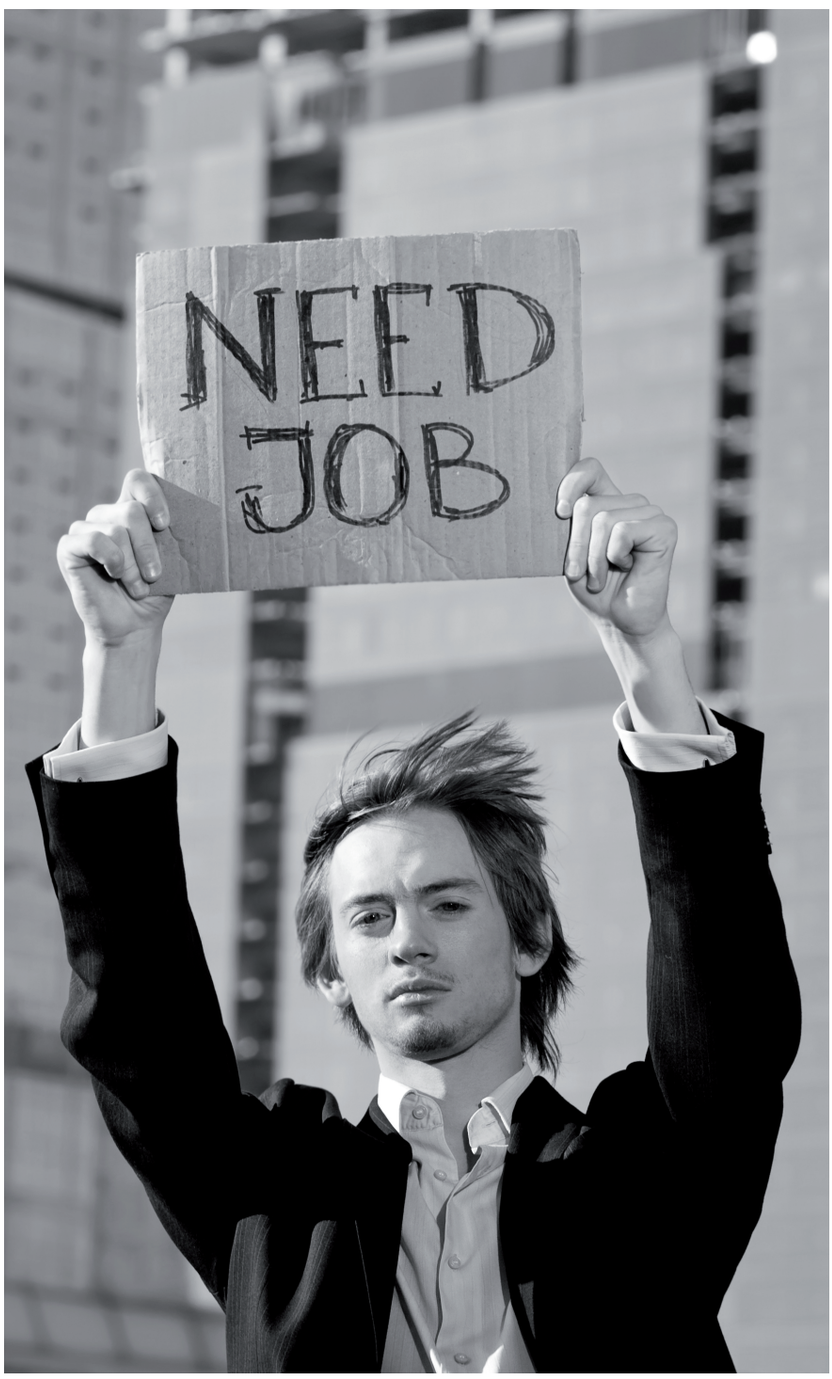
1. Die Sozial- und Beschäftigungspolitik der EU

Die Entwicklung hin zu einer europäischen Beschäftigungsstrategie und -politik (EBS) in den 1990er Jahren wird von verschiedenen AutorInnen als Bestätigung der These gelesen, dass die EBS eine Reaktion auf die Anfang der 1990er Jahre bestehende Krise nationaler Wirtschaftspolitik war und somit nur als Ergänzung des Binnenmarktprojektes und der Währungsunion anzusehen ist (Tidow 2003; Scharpf 2002). Die Erwartung, dass sich die Arbeitslosigkeit halbieren lassen könnte, trat zudem nicht ein. So wurden im Beschäftigungssektor flankierende Maßnahmen initiiert, die den Ausbau des Bildungssektors betrafen und neue Investitionen der Mitgliedsstaaten unterstützen sollten. Eine auf Humanressourcen und auf die bessere Qualifikation von Arbeitskräften ausgerichtete Arbeitsmarktreform war damit noch intendiert, die sich jedoch in den folgenden Entwicklungen nicht durchsetzen konnte. Gleichzeitig scheiterten Richtlinienvorschläge, die besonders die Beschäftigungssituation von Frauen verbessern sollten. Auch im weiteren Verlauf des Integrationsprozesses wurde die Beschäftigungspolitik den Projekten der Wirtschafts- und Währungsunion untergeordnet. Beschäftigungspolitik blieb im Bereich nationaler Verantwortung und auch die Folgegipfel von Essen (1994), die intergouvernementale Konferenz und der Amsterdamer Gipfel (1997) sahen zwar eine neue Beschäftigungsstrategie vor, die sich aber nur im engen Rahmen der Konvergenzkriterien bewegte und in Leitlinien in der Beschäftigungspolitik für die Mitgliedsstaaten erschöpfte. Der bestehende strukturelle Zusammenhang von makroökonomischen Politiken und Beschäftigung wurde nicht detaillierter thematisiert (Hoskyns 2008).

Die Entwicklung, die schließlich zur Währungsunion 1999 führte, hatte wesentliche Konsequenzen für die Beschäftigungsverhältnisse, da die Mitgliedsstaaten an die rigiden Konvergenzkriterien gebunden sind. Inwiefern beeinflusst jedoch die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) nun konkret die Beschäftigungspolitik?

Aufgrund der Veränderungen im Kreditwesen und der Verschiebung hin zu mehr privaten Kapitalanlagen ist die Wechselkursstabilität zum höchsten Kriterium in den nationalen Finanzpolitiken geworden. Auch die Beschäftigungspolitik muss sich diesem Ziel unterordnen. Internationale Kapitalmobilität infolge der Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen bzw. zugunsten der Geldvermögensbesitzer veränderte Kräfteverhältnisse haben die Geldwertstabilität wichtiger werden lassen. Das Kriterium der Währungsstabilität und die niedrige Inflationsrate sollten die nationalen Ökonomien stabilisieren. Die gleichzeitige Privatisierung öffentlich finanzierter wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wie die Renten- und Pflegeversicherung ist jedoch besonders für Frauen von Nachteil, zumal sie oft nicht auf einen ausgebauten öffentlichen Sektor von Betreuungseinrichtungen zurückgreifen können. Diese Versorgungslücke weist nicht nur einen geschlechtsspezifischen, sondern auch einen klassen- und ethnienspezifischen Bias auf. Denn für die Putz-, Sorge- und Pflegearbeit von Angehörigen oder Kindern von in Vollzeit beschäftigten Frauen kommen zumeist Migrantinnen auf.

Die Politik der Wechselkurs- und Preisstabilität, die Konvergenzkriterien von Maastricht sowie die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank haben so direkt maßgeblichen Einfluss auf die nationale Beschäftigungs- und Lohnpolitik. Niedrige Wachstumsraten aufgrund sinkender Nachfrage und bestehende hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland z.B. haben die Staatsverschuldung und die Sozialsysteme nicht konsolidieren können. Der Entwicklung der sozialen Integration stehen die zunehmende Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie die hierarchische Struktur der verschiedenen Märkte entgegen. Dieser Entwicklung war bereits eine nach unten gedrückte Lohnpolitik vorausgegangen, gegen die die Gewerkschaften europaweit aufgrund des sinkenden Lohnniveaus und dem Druckmittel der Produktionsverlagerung nur schwer entgegensteuern konnten. Die seit 1992 forcierte Binnenmarktstrategie und deren rechtliche Verankerung im Vertrag von Maastricht förderte zudem eine Politik der Deregulierung, Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitszeiten und setzte die bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen diskursiv in einen wirtschaftspolitischen Legitimationszwang. Da die Lohnfindung in den Mitgliedstaaten von den Sozialpartnern weiterhin national geregelt wird, sollte ein Makroökonomischer Dialog ab 1998 die fortbestehenden wirtschaftspolitischen Probleme der WWU abfedern: Der hohen Arbeitslosigkeit und niedrigen Beschäftigungsquoten in den Mitgliedsstaaten, sowie einem drohenden innereuropäischen Wettbewerb mittels Steuer-, Lohn- und Sozialstandardsenkung sollte so begegnet werden. Andererseits wurden im Folgevertrag von Nizza 2003 und in der Lissabonstrategie 2000 sowie in der Halbzeitbilanz der Lissabonstrategie 2005 keine neuen sozialpolitischen Komponenten forciert. Vielmehr zeigt sich auch in der revidierten Lissabonstrategie aus dem Jahr 2005, die vor allem auf Wettbewerbsfähigkeit hin orientiert ist, dass die Beschäftigungspolitik weiter an Bedeutung verliert trotz gegenteiliger Proklamation. Das Ziel einer koordinierten Strategie aus Wettbewerbs-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, die aufeinander



abgestimmt werden sollten, kann daher als gescheitert gelten. Als die EU-Kommission vom 20.-23. März 2005 in Brüssel eine Halbzeitbilanz der Lissabonstrategie zog, musste dies ernüchternd festgestellt werden (vgl. Kok-Bericht 2005). Nur die Hälfte der vorgegebenen Ziele wurde erreicht: Weder hatte die EU den Wachstumsabstand zu den USA verringern können, noch wurde das Ziel von 3% Wirtschaftswachstum erreicht. Der Wert lag dagegen bei 1,7% BIP.

Nach dem Platzen der Aktienwerte und den Zusammenbrüchen der New Economy 2000 an der Wall Street wurde auch der europäische Finanzmarkt bereits massiv nach unten gedrückt. Wirtschaftliche Stagnation einhergehend mit einem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und der Haushaltsdefizite waren in der EU die Folge. Das BIP der 15 Mitgliedsstaaten ging dabei in den Jahren 2001 - 2003 von 1,7 % auf 0,9 % zurück (vgl. Dräger 2005). In der Folge dieser Ereignisse wurde auf dem Gipfel von Barcelona 2002 eine noch deutlichere Zuspitzung der Lissabonstrategie auf die wirtschaftsliberalen Strukturreformen eingeleitet (Dräger 2004). Ein Aufweichen des Arbeitsvertragsrechts, noch flexiblere Arbeitsverhältnisse und die Lockerung des Kündigungsschutzes wurden als Anreiz gesehen, auch gering Qualifizierte in die Beschäftigung zu bringen.

Zentral für die nationale Beschäftigungspolitik ist daher die Frage, inwiefern strukturelle wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen wie die der Binnenmarktöffnung und der Währungsunion, ideologischer Konsens und (supra-)staatliches Handeln zusammenwirken.

Dabei spielt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen insofern eine Rolle, als ihre Investitionsentscheidungen zugleich auch von ihrer Bewertung auf den Aktienmärkten geprägt sind. Dies möchte ich im Folgenden näher erläutern.

2. Die Bedeutung der Finanzmarktpolitik für die Beschäftigungspolitik

Die Liberalisierung der Finanzmärkte seit den 1980er Jahren hat auch in der Europäischen Union eine finanzielle Repression gegenüber dem öffentlichen Sektor und gegenüber der realen Ökonomie bewirkt. Langfristig wirkende wachstums- und beschäftigungswirksame Investitionen wurden zu Gunsten von hochrentierlichen kurzfristigen Kapitalanlagen der Unternehmen auf den Finanzmärkten abgelöst. Die hohe Volatilität kurzfristiger Kapitalanlagen hat natürlich mit der Attraktivität hoher Rendite auf den globalen Finanzmärkten zu tun. Der Mangel an formellen Arbeitsplätzen ist aus Unternehmersicht daher eine Folge der zu teuren und daher unterbleibenden Investitionen. Angesichts der Unabhängigkeit der EZB und der Geldpolitik in der EU und ihrer Verpflichtung, auf Geld- und Preisstabilität hinzuwirken, ist die Koordinierung zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik nicht gegeben. Die Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik müssen daher mit den internationalen und europäischen Entwicklungen der Finanzmärkte diskutiert werden, insofern sich die Formen der Unternehmensinvestitionen verändern und diese Auswirkungen auf die bisherigen nationalen systemischen Ausprägungen der europäischen Sozialsysteme haben. Soweit eine interventionistische staatliche Politik die nationale Haushaltsökonomie, die Staatsverschuldung, die Inflationsrate und Steuerpolitik koordinieren kann, könnten auch die soziale Absicherung der Bürgerinnen und Bürger besser garantiert werden, und die Mittel zur Eindämmung von Arbeitslosigkeit könnten effektiver greifen. Das postnationale Workfareregime jedoch versucht über ständige Innovationen, Flexibilität in der Kapitalakkumulation zu garantieren und angebotspolitische Elemente in der Arbeitsmarktpolitik zu forcieren, um ständige Wettbewerbsfähigkeit zu ermöglichen.

Diese neoliberalen Elemente einer ökonomischen Restrukturierung postulieren Wettbewerb als zentrales Element der Restrukturierungen und führen dies auf die angeblichen Sachzwänge einer globalen Ökonomie zurück. Dabei werden die staatlichen Institutionen gleichsam als stake-holder oder als Elemente der Angleichung gesehen und von ihrer demokratischen Funktion sowohl diskursiv als auch materiell losgelöst. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist die Teilprivatisierung der Rentensysteme, die als staatlicher Generationenvertrag nun der individuellen Verantwortung und den Privatpersonen als KundInnen zugeordnet wird und somit entstaatlicht und teilprivatisiert wurde. Diese Workfare-Ideologie führte dazu, dass BürgerInnen zu Kundinnen mit mehr oder weniger Kaufkraft wurden und dass über die Lohnpolitik und durch die Senkung der Lohnstückkosten versucht wird, die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen in der internationalen Produktion voranzutreiben. Dieses Workfareregime übt damit weiterhin Druck auf die ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften aus, effizienter zu arbeiten bzw. Lohnkürzungen, Kurzarbeit und Überstunden in Kauf zu nehmen, um sich der neuen ökonomischen Konstellation anzupassen. Dies ist auch in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise der Fall. Zugleich erfordern diese Zumutungen und Regulierungen neue Subjektivierungsweisen, die die Menschen dazu veranlassen, dies mitzumachen und die die Sozialpartner in diesen Prozess aktiv einzubinden, um Konsens zu schaffen und Streiks zu vermeiden (vgl. Jessop 2006: 149 ff.).

3. Die Rückkehr des Sozialen? Sozial- und Beschäftigungspolitik in der Krise.

Das Primat der Wettbewerbsfähigkeit führte auch zu einer geschlechtsspezifischen Hierarchisierung der

politischen Projekte und der Märkte in der Europäischen Union. Denn das Regieren mittels neoliberaler Diskurse um Eigenverantwortung und Regierungstechnologien, die mit den wettbewerbsstaatlichen Projekten einhergehen wie z.B. die Verantwortungsverschiebung sozialer Wohlfahrt und Sicherheit auf das Individuum, haben dazu geführt, dass die Restrukturierung von Arbeitsmärkten, Geschlechter- und Sozialpolitik weiter in Richtung employability forciert wird (Wöhl 2007). Dies zeitigt in mehrfacher Hinsicht Konsequenzen für die Geschlechterverhältnisse: Erstens wurden soziale Sicherungssysteme (insbesondere Pensionssysteme) teilprivatisiert und der Vorsorge der BürgerInnen anheim gestellt, mit der Folge steigender weiblicher Altersarmut. Zweitens führte staatliche Sparpolitik vor allem im Bereich öffentlicher Kinderbetreuung zu einem reduzierten Betreuungsangebot mit der Folge größerer Probleme der Vereinbarkeit von Berufs- und Pflegearbeit. Drittens wurden allerdings die familienpolitischen Leistungen mit Blick auf steigende Geburtenraten in Deutschland und jüngst auch in Österreich ausgebaut. Viertens wurden Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor reduziert, vielfach Frauenarbeitsplätze. Fünftens schließlich, wurde in den Lissabon-Zielen der EU die forcierte Integration von Frauen in den Erwerbsbereich beschlossen, ohne arbeitsmarktpolitische Anreize zu schaffen, im Gegenteil: Die vornehmliche Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit der EU führte zu einem stetigen Abbau von Vollzeiterwerbsarbeitsplätzen. Die Integration von Frauen (wie auch von Männern) in den Erwerbsarbeitsbereich konnte nur durch die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen, durch die Prekarisierung der Erwerbsarbeit und durch die Feminisierung eines Niedriglohnbereichs erfolgen. Negiert wurde in diesem Steuerungsmodell die Reproduktions- und Pflegearbeit. Wenn jedoch keine suprastaatlichen oder nationalstaatlichen Regulierungen zu Pflegearbeiten getroffen werden, werden mehrheitlich Frauen von sozialer Ungleichheit betroffen sein und schlechtere Erwerbschancen erhalten. Die prekäre soziale Lage und Beschäftigungssituation von Frauen in Teilzeitarbeit wird sich nur durch sozialstaatliche Programme ausgleichen lassen (vgl. Gerhard et al. 2003).

Die derzeitige wirtschaftspolitische Krise wird daher gerade auch für Frauen von Nachteil sein, denn obwohl es zum großen Teil Männer sind, die ihre Arbeitsplätze in der industriellen Produktion und ihren Zulieferbetrieben verlieren oder in Kurzarbeit gehen, fördern die Konjunkturpakete in Deutschland und Österreich z.B. nicht den öffentlichen Sektor der Versorgungsökonomie und schaffen daher keine neuen Arbeitsplätze in diesem Bereich, in dem besonders viele Frauen arbeiten. Zusätzlich wird gerade in Krisenzeiten, wie Gabriele Michalitsch betont, auch in Österreich auf die unbezahlte Arbeit von Frauen im privaten Bereich zurückgegriffen und verringert in der Folge „Partizipationschancen vorrangig von Frauen am Arbeitsmarkt und stabilisiert so die geschlechtliche Arbeitsteilung mit allen sie begleitenden soziökonomischen Geschlechterdisparitäten“ (Michalitsch 2009: 92).

Literatur:

Dräger, Klaus (2005): Alternativen zur Lissabon-Strategie der EU. Europa braucht eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie, in: Widerspruch 48, 25. Jg., H 1, S. 17 - 30

Dräger, Klaus (2004): Jedem eine zweite Chance? Lieber nicht. Die Lissabon-Strategie der Europäischen Union und ihr Neubeginn, zitiert nach dem Manuskript. Erschien auch in: Euromemorandum-Gruppe (2005): Euromemorandum 2004: Jenseits von Lissabon, Hamburg

Gerhard, Ute et al (2003): Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich, München

Hoskyns, Catherine (2008): Gender Mainstreaming in the Macroeconomic Policies of the EU, in: Waylen, Georgina/Rai, Shirin M. (eds.): Global Governance: Feminist Perspectives, Basingstoke, S. 107 - 128

Jessop, Bob (2006): State- and Regulation-theoretical Perspectives on the European Union and the Failure of the Lisbon Agenda, in: Competition & Change, Vol 10, No. 2, S. 145 - 165

Kok-Bericht (2005): Die Herausforderung annehmen: Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe vom 3.11.2004, hrsg. von Wim Kok

Michalitsch, Gabriele (2009): Konjunkturpolitik: Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit, in: Kurswechsel, H.2, S. 91 - 96

Scharpf, Fritz W. (2002): The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity, in: JCMS, Vol. 40, No. 4, S. 645 - 670

Tidow, Stephan (2003): The emergence of European employment policy as a transnational political arena, in: Overbeek, Henk (ed.): The Political Economy of European Employment. European integration and the transnationalization of the (un) employment question, London; New York,, S. 77 - 98

Wöhl, Stefanie (2007): Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik, Königstein/Taunus.

Staatsbürgerschaft – Quo Vadis?

politix: Lassen sich Ihrer Meinung nach im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung der EU Strömungen feststellen, welche einen Wertewandel bzw. einen Wandel im Zugang zum klassischen Staatsbürgerschaftsmodell erkennen lassen? Welche?

Rainer Bauböck: Es gibt kein klassisches Staatsbürgerschaftsmodell, sondern unterschiedliche nationale Traditionen, die von historischen Kontexten geprägt wurden. Die Umstände der Staatswerdung, die Kolonialgeschichte und Migrationsbewegungen spielen dabei oft eine große Rolle. In historischen Einwanderungsnationen wie den USA oder Frankreich ist es eher selbstverständlich, ImmigrantInnen als zukünftige BürgerInnen zu sehen und ihren Kindern die Staatsbürgerschaft als Geburtsrecht zuzuerkennen, als in Staaten, die in der jüngeren Vergangenheit primär Auswanderungsländer waren. Der gemeinsame Nenner aller Staatsbürgerschaftsmodelle des 19. und frühen 20. Jahrhunderts war jedoch die starke Betonung von staatlicher Souveränität und Selbstbestimmung. Das zeigt sich im Völkerrecht in der Ablehnung von mehrfacher Staatsbürgerschaft und im Grundsatz, dass jeder Staat seine eigenen BürgerInnen selbst bestimmen kann.

Andererseits lassen sich gewisse parallele Entwicklungen in einzelnen Staatengruppen in Europa feststellen. In den 1980er bis 1990er Jahren gab es in West- und Nordeuropa einen nachhaltigen Trend zur Liberalisierung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft als Instrument zur Integration von EinwandererInnen. Dazu gehört die Einführung eines bedingten ius soli (Staatsbürgerschaft per Geburt im Staatsgebiet, aber abhängig von der Aufenthaltsdauer eines Elternteils oder erst bei Volljährigkeit) sowie ein ausgeprägter Trend der zunehmenden Tolerierung von mehrfacher Staatsangehörigkeit (sowohl für EinwandererInnen im Inland als auch für AuslandsbürgerInnen).

Seit der Jahrtausendwende beobachten wir eine gewisse gegenläufige Bewegung in den „alten Einwanderungsstaaten" Europas mit der Einführung oder Verschärfung von Staatsbürgerschaftstests. Österreich hat einerseits die Liberalisierung in anderen Staaten nicht mitgemacht und ist andererseits bei einigen Restriktionen Vorreiter (z.B. durch hohe Gebühren und Erschwerung des Erwerbs durch Heirat mit StaatsbürgerInnen). In den Mittelmeerstaaten der EU gibt es heute noch eher eine Tendenz zu liberalen Reformen mit dem Ziel der Förderung der Integration von ImmigrantInnen, in den neuen Mitgliedsstaaten Zentral- und Osteuropas wird Staatsbürgerschaftspolitik noch überwiegend im Kontext der Restitutionen von kommunistischen Ausbürgerungen und der Einbeziehung von ethnisch verwandten Minderheiten in Nachbarstaaten gesehen.

politix: Kann in diesem Zusammenhang innerhalb der EU eine vereinheitlichende Entwicklung erkannt werden oder kommt es zu Divergenzen?

Rainer Bauböck: Die Europäische Union hat zwar mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 eine eigene Unionsbürgerschaft eingeführt, aber gleichzeitig das Prinzip der Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten in Fragen der Staatsbürgerschaft bekräftigt. Da die Unionsbürgerschaft im Kern ein Recht auf Freizügigkeit und Niederlassung in der gesamten EU bedeutet, entsteht ein Widerspruch: Der Zugang zur gemeinsamen Unionsbürgerschaft wird durch 27 unterschiedliche Staatsbürgerschaftsgesetze geregelt und die Institutionen der EU haben keine Kompetenz, diese zu harmonisieren. Gleichzeitig erzeugt aber jeder Staat UnionsbürgerInnen, die in allen anderen Mitgliedsstaaten ungehindert einwandern können und dort den jeweiligen BürgerInnen rechtlich weitgehend gleichgestellt sind. Dieser Widerspruch hat noch keine Lösung gefunden und die Staaten berücksichtigen bis auf wenige Ausnahmen die Unionsbürgerschaft in ihren Staatsbürgerschaftsgesetzen kaum.

politix: Wie wird von staatlicher Seite bürokratisch/organisatorisch auf Migrationsprozesse innerhalb der EU reagiert? Wie wirkt sich das auf Staatsbürgerschaftsmodelle aus?

Rainer Bauböck: In der EU gibt es derzeit zwei getrennte Migrationsregime: eines für Drittstaatsangehörige und ein anderes für UnionsbürgerInnen. Diese werden sogar terminologisch

unterschieden, indem man im ersten Fall nicht von Migration, sondern von Mobilität und Freizügigkeit spricht. Dabei ist diese Unterscheidung soziologisch gesehen schwer haltbar. PolInnen, die nach dem EU-Beitritt im Jahr 2004 in Großbritannien und Irland Arbeit suchten und RumänInnen, die in Spanien und Italien überwiegend unqualifizierte Jobs unter oft ausbeuterischen Bedingungen ausüben, unterscheiden sich in ihrem Profil und Motiven kaum von den „GastarbeiterInnen" der 1960er und 1970er Jahre. Auch die rassistischen Stereotype und Diskriminierungen, denen z.B. Roma mit EU-Pass heute in Italien ausgesetzt sind, passen so gar nicht ins Bild der mobilen Unionsbürgerschaft. Was sich jedoch dramatisch unterscheidet, sind die rechtlichen Instrumente und „Integrationsphilosophien". Bei den Drittstaatsangehörigen setzen die Staaten zunehmend auf Integrationstests zum Nachweis der Integrationswilligkeit und -fähigkeit; bei den EU-BürgerInnen schreibt die Unionsbürgerschaft dagegen fest, dass Integration rechtliche Gleichstellung, Diskriminierungsschutz und Freizügigkeit vorausgesetzt wird. Ende der 1990er Jahre versuchte die EU diesen Gegensatz noch durch die weitgehende Angleichung der Rechtsstellung von langfristig niedergelassenen Drittstaatsangehörigen an jene der UnionsbürgerInnen zu verringern. Dieses Ziel wurde auch vor kurzem durch die schwedische Ratspräsidentschaft wieder bekräftigt. Der Widerstand dagegen ist jedoch gerade in Staaten wie Österreich besonders stark.

Integrationspolitik für ImmigrantInnen ist im Grunde immer ein Indikator oder Spiegelbild des Selbstverständnisses der jeweiligen Gesellschaft. In Europa lässt sich derzeit eine gewisse Schizophrenie diagnostizieren. Einerseits fördert die europäische Integration und Unionsbürgerschaft das Selbstbild einer Gesellschaft grenzüberschreitend mobiler BürgerInnen. Andererseits wird in den Integrationsanforderungen für Drittstaatsangehörige der alte europäische Nationalstaat noch einmal mit illiberalen Vorstellungen über kulturelle Assimilation und Wertekonsens aufgeladen.

politix: Welche sozialen oder ethnischen Gruppen sind innerhalb der EU besonders von Veränderungen im Staatsbürgerschaftsregime betroffen? Wieso?

Rainer Bauböck: Die nationalen Trends zur Reform der Staatsbürgerschaftsgesetze begünstigen einige Gruppen und benachteiligen andere. AuslandsbürgerInnen oder deren Nachfahren gehören derzeit zu den „GewinnerInnen". Immer mehr Staaten führen Wahlrechte für ihre im Ausland lebenden BürgerInnen ein und viele haben auch den Zugang zur Staatsbürgerschaft im Ausland selbst erweitert, etwa durch „Wiedereinbürgerung" von Nachkommen ehemaliger AuswandererInnen oder durch die Einführung besonderer Ausweise und Privilegien für frühere StaatsbürgerInnen und Nationsangehörige. Als Beispiele können wir das ungarische „Statusgesetz" für ungarische Minderheiten im Ausland erwähnen oder die „rosa Karte" für MigrantInnen, die die türkische Staatsbürgerschaft aufgeben mussten, um sich in Deutschland oder Österreich einbürgern zu können. Der Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass Herkunftsländer daran interessiert sind, EmigrantInnen als Potenzial sowohl für wirtschaftliche Entwicklung als auch als politische Lobby zu nutzen.

Der andere schon beschriebene Trend zur Einführung oder Verschärfung von Staatsbürgerschaftstests führt zu Benachteiligungen für EinwandererInnen aus islamischen Gesellschaften, mit geringer Bildung und mit noch nicht abgeschlossenem Familiennachzug. Für diese Gruppen wird Integrationspolitik zum Vorwand für neue Hindernisse am Weg zur Gleichberechtigung durch Zugang zur Staatsbürgerschaft.

politix: Wie lässt sich eine relative Migrationserleichterung innerhalb der EU mit der gegensätzlichen Abschottung (Stichwort Festung Europa) miteinander vereinbaren? Wie sehen hier zukünftige Szenarien aus?

Rainer Bauböck: Politisch gesehen sind dies einfach zwei Seiten derselben Medaille. Die EU-Staaten haben sich auf Freizügigkeit für EU-BürgerInnen geeinigt und die Staaten der Schengen-Zone darüber hinaus auf Abschaffung von Grenzkontrollen. Der europäische Raum der Bewegungsfreiheit ist aber regional begrenzt und die Mitgliedsstaaten würden einer allgemeinen Öffnung gegenüber Drittstaaten niemals zustimmen. Daher erfordert Freizügigkeit der EU-Binnenwanderung eine Harmonisierung der Kontrolle der Außengrenzen und langfristig auch der nationalen Zuwanderungspolitiken. Die Frage ist lediglich, ob die Vergemeinschaftung der Migrationskontrolle zum Bau immer höherer Mauern rund um die „Festung Europa" führt, oder auch die Chance bietet, aktive Einwanderungspolitik zu entwickeln. Dass Europa insgesamt aus demographischen und ökonomischen Gründen auf Nettozuwanderung von Arbeitskräften angewiesen ist, ist ja inzwischen schon eine Binsenweisheit. Bis heute hat diese allerdings wenig politische Durchschlagskraft gehabt, wie man am Versuch der Kommission sieht, eine europäische Blue Card für qualifizierte EinwandererInnen einzuführen. Das hängt einerseits mit dem bisherigen Einstimmigkeitsprinzip für Ratsentscheidungen in diesem Themenbereich zusammen und andererseits mit der Dominanz der InnenministerInnen, die Migration primär unter Sicherheitsaspekten verhandeln. Der Lissabon-Vertrag schafft hier mit der Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen neue Möglichkeiten, welche die Kommission sicher ausloten wird. Es ist also mit Bewegung in diesem europäischen Politikfeld zu rechnen.

Aus moralischer Sicht ist Ihre Frage viel schwieriger zu beantworten. Warum sollten EU-BürgerInnen Freizügigkeit genießen, während Hungerflüchtlingen aus Afrika die Zuwanderung verweigert wird? An dieser Frage wird deutlich, dass Freiheitsgründe und soziale Gerechtigkeitsgründe für die Öffnung von Grenzen in einem Spannungsverhältnis zu einander stehen. Aus der ersteren Perspektive müssen Staaten sich in erster Linie gegenüber ihrer Wohnbevölkerung für Beschränkungen von deren Freiheitsrechten verantworten. Das Argument für die Öffnung der Grenzen in

der EU lautet dann, dass diese Staaten erstens ihren eigenen BürgerInnen erweiterte Freiheitschancen in der EU eröffnen sollten und dass sie zweitens angesichts der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas keine ausreichenden Gründe mehr haben, die freie Zuwanderung der BürgerInnen der anderen Mitgliedsstaaten zu beschränken. Diese Argumente treffen auf die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen nicht zu. Aus dieser Sicht ist daher der Vorrang für freie Binnenwanderung in der EU vor der Öffnung gegenüber Drittstaaten legitim.

Vom Standpunkt globaler sozialer Gerechtigkeit aus, scheint jedoch eine solche Priorität für die Freizügigkeit europäischer BürgerInnen problematisch, weil sie Drittstaatsangehörige aufgrund ihrer per Geburt erworbenen Staatsbürgerschaft benachteiligt und somit das Gebot der Nichtdiskriminierung aufgrund von moralisch arbiträren Kriterien missachtet. Bevor wir eine solche Schlussfolgerung ziehen, muss jedoch gefragt werden, ob globale Verteilungsgerechtigkeit eher durch eine Öffnung der Grenzen für Zuwanderung oder durch Ressourcentransfer und die Förderung wirtschaftlicher und demokratischer Entwicklung in den Herkunftsländern erreicht werden kann. Es ist nämlich keineswegs klar, dass von international offenen Grenzen die ärmsten Bevölkerungsschichten in der sogenannten Dritten Welt profitieren würden.

politix: Welche wichtigen Erkenntnisse konnten Sie im Rahmen ihrer Forschung zum Thema Europa und Migrationsprozesse (E- und Immigration) gewinnen? Greifen Sie einen oder zwei Aspekte heraus, die Sie für relevant erachten.

Rainer Bauböck: Ich baue derzeit gemeinsam mit der Europarechtlerin Jo Shaw von der Universität Edinburgh ein Europäisches Beobachtungszentrum für Staatsbürgerschaft auf. Das ist eine Internetplattform, die sich auf ein breites ExpertInnen-Netzwerk stützt und auf der vor allem rechtliche und politische Entwicklungen der Staatsbürgerschaft in allen EU Mitgliedsländern und Nachbarstaaten dokumentiert werden. Unser Ziel ist es, sowohl vergleichende Forschung auf diesem Gebiet zu fördern, als auch verlässliche Informationen für Politikentwicklung durch EU Institutionen, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen zu liefern. Dieses European Union Democracy Observatory on Citizenship ist unter http://eudo-citizenship.eu zugänglich.

Meine eigene Forschung konzentriert sich vor allem auf Fragen der normativen politischen Theorie. Die Kernfrage lautet, aufgrund welcher Prinzipien liberale Demokratien die territorialen und personalen Grenzen politischer Gemeinschaften bestimmen sollten. Die gängigen Antworten eines nationalen Selbstbestimmungsrechts, des Einschlusses aller den Gesetzen Unterworfenen oder aller von diesen Gesetzen Betroffenen führen zu teilweise paradoxen und normativ nicht vertretbaren Resultaten. Als Alternative habe ich ein Prinzip der stakeholder citizenship vorgeschlagen. Dieses besagt, dass alle jene und nur jene Individuen Anspruch auf volle Inklusion als gleichberechtigte BürgerInnen haben, deren persönliche Lebensumstände ihre fundamentalen Interessen mit der Zukunft eines bestimmten politischen Gemeinwesens verknüpfen. Dieses Prinzip verallgemeinert einen Rechtsgrundsatz, der bereits im Jahr 1955 im Nottebohm-Urteil des Internationalen Gerichtshofs anerkannt wurde, dass nämlich Staatsbürgerschaft auf einer „genuinen Verbindung" zwischen einem Individuum und einem Staat aufbaut. Ich versuche zu zeigen, dass ein stakeholder Prinzip einerseits wesentlich inklusiver ist als die derzeitige Staatenpraxis, andererseits aber auch missbräuchliche Überinklusion, etwa durch Kauf der Staatsbürgerschaft oder ihre unbeschränkte Weitergabe an im Ausland geborene Nachkommen, vermeiden würde.

Das Interview führte Adrian Ortner
Student am ipw und Redaktionsmitglied

Literaturhinweise:

Rainer Bauböck, Bernhard Perchinig and Wiebke Sievers (eds.) Citizenship Policies in the New Europe. 2nd updated and enlarged edition, Amsterdam University Press, 2009

Rainer Bauböck "The Rights and Duties of External Citizenship", Citizenship Studies, vol. 13, no.5, October 2009: 475-499

Rainer Bauböck "Global Justice, Freedom of Movement and Democratic Citizenship." European Journal of Sociology/Archives européennes de sociologie vol. 50, no. 1, summer 2009: 1-31

Rainer Bauböck "Migration", in: Stefan Gosepath, Wilfried Hinsch, Beate Rössler (eds.) Handbuch der Sozialphilosophie und Politischen Philosophie, de Gruyter, Berlin, 2008: 818-823

Die europäischen Werte und das Zusammenwachsen Europas

Sozialethische Perspektiven

von Ingeborg Gabriel
Institutsvorständin für Sozialethik
an der Katholisch-Theologischen
Fakultät in Wien

Jean Monnet, der Architekt der ersten Europäischen Institutionen, schreibt in seinen immer noch höchst lesenswerten „Memoiren eines Europäers“: „Europa ist eine politische, ja eine moralische Vision“. In diesem Satz zeigt sich bereits, dass die Rede von europäischen Werten im Spannungsfeld von politischen Institutionen (der Europäischen Union, dem Europarat, der OSZE u.Ä.) und moralischen Vorstellungen angesiedelt ist, die durch diese Institutionen realisiert werden sollen.

Was aber sind diese europäischen Werte? Sind sie mehr als ein in Sonntagsreden beschworener Überbau, der manchmal ärgerlich verstaubt und konservativ wirkt, manchmal aber auch gefährlich ausgrenzend?

Der Lissabon-Vertrag der EU zählt in Artikel 1a eine lange Reihe von Werten als Grundlage der Union auf: „ […] die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte […] Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern.“ In Artikel 2/1 stellt er gleich darauf fest, das „Ziel der Union ist, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“ Dieser ausführliche Wertekatalog wird in der Grundrechte-Charta fundiert, die nach Art. 6 Teil des Vertrags ist. Was die europäischen Werte sind, ist demnach inzwischen rechtlich festgeschrieben, auch wenn man sich eine stärkere Kohärenz und Bestimmung des Zueinanders dieser Werte wünschen würde. Denn gerade auch aufgrund der dadurch möglichen, ja wahrscheinlichen Wertekonflikte bleibt die Frage bestehen, ob den hier genannten Werten mehr als ein deklamatorischer Charakter zukommt und ob sie nicht angesichts einer wesentlich interessengeleiteten Politik äußerlich bleiben müssen. Ja, man könnte sogar sagen, dass eine derartige Interessenbestimmtheit der Politik vorzuziehen sei, da Werte generell und damit auch die europäischen Werte nicht verhandelbar und insofern tendenziell konfliktfördernd seien. Zudem mangle es ihnen elementar an Konkretheit, so dass man über sie überhaupt nicht vernünftig sprechen könne. Soll man sich daher, was Werte generell betrifft, nicht doch besser an den Satz von Ludwig Wittgenstein halten: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.“?

Ich meine nein. Denn eine derartige Ausblendung der Wertdimension aus der Politik wird der Realität nicht gerecht. Ideen eignet ebenso wie Interessen eine wesentliche motivierende Kraft, wie Max Weber richtig angemerkt hat. Die Klärung der Wertgrundlagen ist daher für jede politische Gemeinschaft von großer Bedeutung. Werte als moralische Eckpfeiler bestimmen nicht nur ihr rechtliches, sondern auch ihr politisches Selbstverständnis und damit auch ihre spezifische Identität. Dies gilt im Übrigen für einzelne Personen ebenso wie für Gruppen und für Staaten und auch für supranationale Verbände wie die EU.

Das schließt nicht aus, dass ihr Inhalt zuerst diffus erscheint. Was ist Solidarität? Wo beginnt und wo endet die Toleranz? Und selbst im Falle der klarer abgrenzbaren Begriffe wie Menschenrechte und Demokratie gibt es offenkundig eine große Bandbreite von realen und möglichen Verwirklichungsformen. Dies zeigt bereits, dass zu Werten wesentlich auch die Debatten über ihren konkreten Inhalt gehören. Diese Inhalte sind deshalb nicht beliebig, wohl aber müssen sie in die jeweilige

konkrete politische Situation hinein neu ausbuchstabiert werden. Jeder Mensch verbindet mit den oben genannten Grundwerten mehr oder weniger

bestimmte Vorstellungen. Vor allem weiß er oder sie es, wenn diese Werte gröblich verletzt werden. So wird, um ein dringliches Beispiel zu nennen, die Debatte darüber, wer die Staatsschulden für die Bankauffangaktionen während der Finanzkrise tragen soll, national wie europäisch, in den nächsten Jahren unter den Stichworten Gerechtigkeit und Solidarität behandelt werden. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen werden ihre Auffassung (und ihre Interessen) vertreten. Der Diskurs wird aber nur dann politisch befriedigend verlaufen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung am Ende das Gefühl hat, dass diese Werte im Wesentlichen verwirklicht wurden. Mit anderen Worten: dass die Lasten nicht ungerecht und unsolidarisch verteilt wurden. Wäre das nicht der Fall, dann hätte dies wohl gravierende politische Konsequenzen.

Werte stehen immer zwischen einem (verwirklichten) Ist-Zustand und einem (anzustrebenden) Soll-Zustand. Diese so genannte ethische Differenz ist ein treibendes Moment in der Politik oder sollte es wesentlich sein. Zentral ist zudem das Wertebewusstsein in der Zivilgesellschaft, einschließlich der Kirchen und Religionsgemeinschaften, sowie bei den einzelnen Bürgern und Bürgerinnen. Der deutsche Staatsrechtler Erst-Wolfgang Böckenförde stellte bereits vor einigen Jahrzehnten fest, dass der moderne liberale Staat von moralischen Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Diese als Böckenförde-Paradoxon in die Literatur eingegangene Einsicht besagt, dass die Generierung von Werthaltungen in liberalen Demokratien nicht Sache des Staates sei. Diese setzen vielmehr bei ihren BürgerInnen ein bestimmtes Wertbewusstsein als Fundament voraus, das jedoch durch andere AkteurInnen, Familien, Gruppen oder Einzelne, vermittelt werden muss. Wenn das staatliche Recht und die Institutionen sich demnach nicht auf die gelebten Überzeugungen von Individuen und Gruppen stützen können, hängen sie gleichsam in der Luft und sind daher längerfristig in ihrem Bestand gefährdet. Das gilt für die Menschenrechte ebenso wie für die Solidarität und damit auch für jene Institutionen, für die sie Leitwerte darstellen.

Wenn die Präambel des Lissabon-Vertrags nun festhält, dass die europäischen Werte zwar universalisierbar sind, aber aus dem „kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas“ stammen, dann geht es nicht nur um die übrigens lange höchst umstrittene Nennung historischer Quellen. Nun ist jedem/r vorurteilsfreien BetrachterIn klar, dass „europäische Werte“ wie Gleichheit, Freiheit und Solidarität sowohl in der Aufklärung als auch im Christentum und in der Antike wurzeln, also sich über einen langen Zeitraum herausgebildet haben. Dazu kamen vielfältige kulturelle und religiöse Einflüsse anderer Kulturen. Ja man kann wohl sagen, dass es eben diese kulturelle Vielfalt und Offenheit sowie die Bereitschaft zum rationalen Diskurs verbunden mit der Bereitschaft zum Widerstand gegen politisches Unrecht waren, die die Entwicklungen hin zu den Menschenrechten, zum Sozialstaat u. ä. in der europäischen Geschichte vorangetrieben haben. Zugleich bestehen weiterhin historisch bedingte Unterschiede im Wertverständnis, sowohl zwischen verschiedenen Regionen als auch Religionen und Weltanschauungen. Die daraus resultierenden Spannungen sind keineswegs nur negativ zu sehen. Werte wie Freiheit und Solidarität sind nie friktionsfrei vermittelbar, sondern bedürfen der je neuen Austarierung im politischen Prozess. Ideologisch wäre allerdings die exklusive Betonung eines Wertes zu Lasten aller anderen. Wenn

elementare Freiheiten fehlen, geht dies ebenso zu Lasten menschlicher Lebensverwirklichung, als wenn die materiellen Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden.

In den letzten 20 Jahren lag das Schwergewicht dabei eindeutig bei der Freiheit. Für die nächsten Jahrzehnte wird es daher notwendig sein, die Solidarität national sowie innereuropäisch wieder stärker zu betonen. Dabei darf freilich die Erziehung zu Grundwerten wie Menschenrechten und Demokratie nicht vernachlässigt werden. Wie mir unlängst ein rumänischer Kollege sagte: „Für unsere Öffentlichkeit heißt Menschenrechte vor allem Minderheitenrechte und das erzürnt die Nationalisten; und Religionsfreiheit Freiheit für Sekten und das bringt die Orthodoxe Kirche gegen sie auf. Doch eine Erziehung zu europäischen Werten ist nicht nur in den Erweiterungsländern der Union wichtig, sondern eine bleibende Aufgabe in jeder Demokratie. Denn diese ist mehr als ein Abstimmungs- und Machtverteilungsmechanismus, sondern hat höchst anspruchsvolle Wertfundamente wie die freiwillige und gewaltfreie Abgabe von Macht, die vernünftige Debatte über politische Maßnahmen und die Anerkennung von Mehrheiten usw.

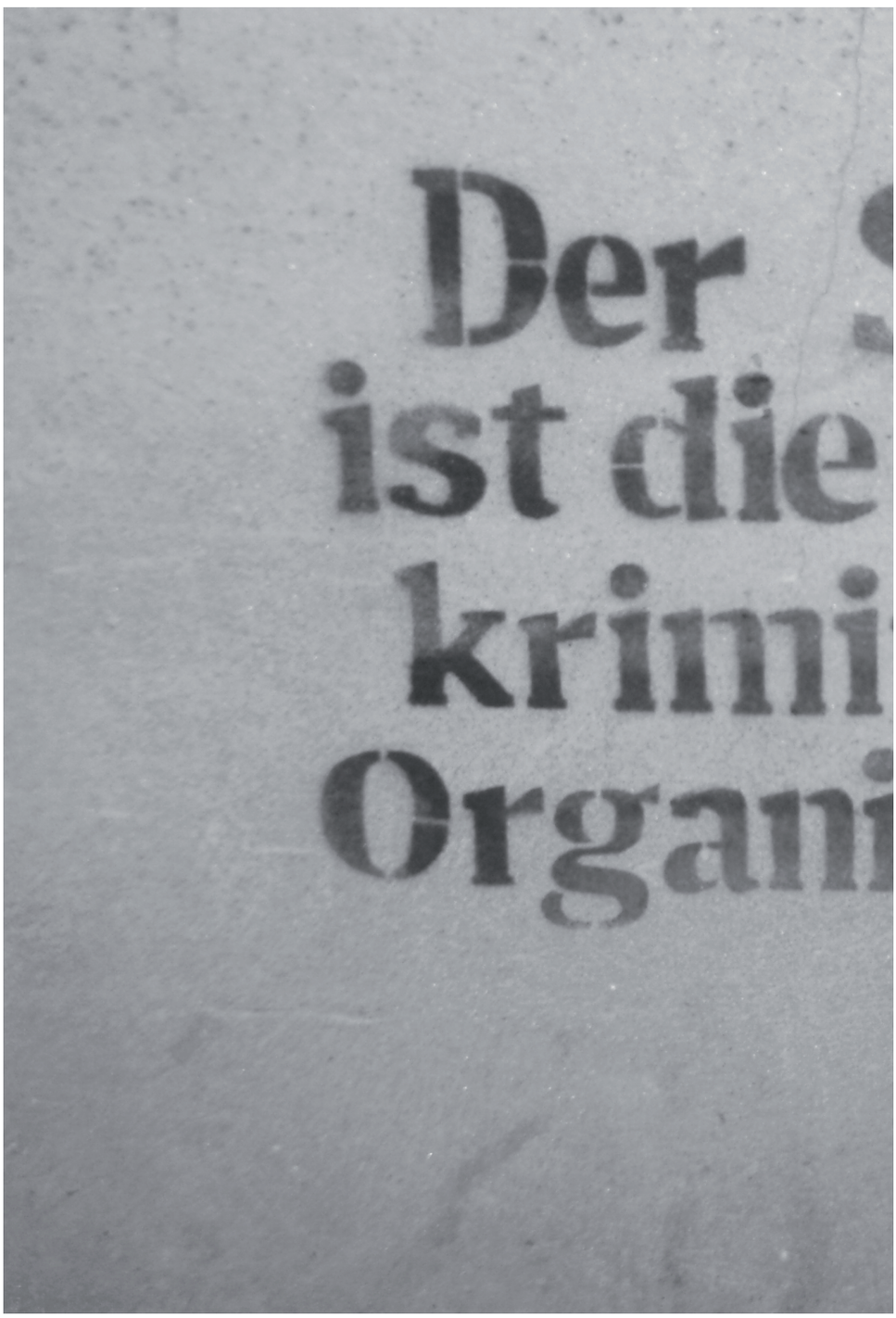
Die Rede vom Werteverfall ist so alt wie die gesellschaftliche und politische Reflexion über Werte. Dennoch scheint die Debatte über die europäischen Werte als Grundlage der Politik, nun da sie rechtlich festgeschrieben sind, heute besonders dringlich. Dafür gibt es mehrere Gründe: Da ist zum einen die Tatsache, dass die politische Rückbesinnung auf Werte nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht nur, aber vor allem in Europa, unter dem Eindruck zweier Weltkriege und der totalitaristischen Verheerungen des 20. Jahrhunderts geschah. Dieser politische Gründungsmythos der EU ist im Verblassen. Und da das Wissen um das Wertvolle vielfach aus der Erfahrung des Schrecklichen stammt, setzt dies neue Selbstvergewisserungen voraus. Darüber hinaus steht die Vergangenheitsbewältigung in den postkommunistischen Ländern erst am Anfang. Das sollte nicht verwundern, da die Beschäftigung mit dem Nazismus auch erst in den 60er Jahren in Gang kam, doch Geschichtsvergessenheit wäre auch hier fehl am Platz. Eine wichtige Rolle spielen dabei die gewaltfreien Revolutionen von 1989 als Epochenscheide. Der britische Historiker Timothy G. Ash hat sie bei einer Matinee im Burgtheater im Frühjahr 2009 als das wichtigste politische Signal für das 21. Jahrhundert bezeichnet. Ein zweiter Grund ist die zunehmende Multikulturalität europäischer Gesellschaften, ihre rasant zunehmende religiöse und kulturelle Durchmischung, die verlangt, dass Werte neu ausverhandelt und damit eben diskutiert werden, um zu einem lebbaren Wertekonsens zu kommen. Ein dritter Grund ist eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die wachsende Solidarität verlangen wird, um alle Bevölkerungsschichten sozial zu integrieren.

Die Wertevermittlung wird dabei vor allem von Familien, Schulen, zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu leisten sein (was staatliche Unterstützung dafür nicht aus-, sondern einschließt). Gerade Letztere sind in ihrer Bedeutung bisher wohl zu wenig beachtet worden, stellen jedoch zahlenmäßig die größten Institutionen zwischen dem Staat und dem Individuum dar. Ihre Wertausrichtung kann daher Wesentliches zur Realisierung der im Lissabon-Vertrag genannten europäischen Werte beitragen – oder sie auch verhindern. Es ist daher positiv zu werten, wenn die von allen großen Kirchen 2001 verabschiedete Charta Oecumenica feststellt, dass: „Die Kirchen die Einigung des europäischen Kontinents [fördern] […] Aufgrund unseres christlichen Glaubens [sich] für ein humanes und soziales Europa ein[setzen], in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen […] [als] Kirchen gemeinsam den Prozess der Demokratisierung in Europa fördern." (§ 7/8). Den Kirchen käme auch eine wichtige Rolle bei der Behebung der als Resultat einer fatalen Geschichte noch immer bestehenden ethnischen Spannungen in Europa, also für die Versöhnung, zu. Der schon genannte Jean Monnet soll einmal gesagt haben, dass er bei einer Neugründung der EU zuerst auf die Kultur setzen würde. Das stimmt so wohl nicht, denn dann wäre die europäische Integration nie zu jener Erfolgsgeschichte geworden, die sie trotz aller Schwächen ist. Doch für die nächsten Jahre braucht es in der Tat eine kulturelle Tiefenintegration, den Aufbau einer gemeinsamen politischen und sozialen Identität, die einher gehen muss mit einer Anerkennung der „Einheit in der Vielfalt", um die politische und wirtschaftliche Integration abzusichern.

Wenn daher die Rede von europäischen Werten manchmal auch inflationär erscheint und vieles an den Rändern, manches aber auch im Zentrum strittig ist – so ist die vertiefte Debatte über die Werte als Rückgrat der europäischen Union doch alles andere als überflüssig. Dass Europa hier noch immer wichtige Ressourcen hat, zeigt die Außensicht Europas. Denn während innerhalb des Kontinents vielfach Skepsis hinsichtlich der Zukunft herrscht, sind die europäischen Werte trotz ihrer höchst unvollkommenen Realisierung für andere Länder häufig Objekt der Bewunderung und Stoff zur Nachahmung. Dies gilt für die USA vereinzelt hinsichtlich des europäischen Sozialstaats (so Jeremy Rifkin vor einigen Jahren in „Der europäische Traum"), vor allem aber für den asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Raum, wo die politische Kooperation einschließlich ihrer Wertebasis angestrebt wird. Entscheidend wird daher sein, inwieweit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten die Realisierung der europäischen Werte, die oft einer Quadratur des Kreises gleichkommt, auch unter schlechteren wirtschaftlichen und schwierigeren politischen Bedingungen gelingen wird.

ON/OFF
BürgerInnen in Bewegung

von Dorothée de Nève
Lehrbeauftragte am ipw und Vertretungsprofessorin an der Philipps-Universität Marburg



Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Die Teilhabe der BürgerInnen stellt eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung demokratischer Systeme dar. Während in vielfältigen Formen nicht demokratischer Herrschaftssysteme BürgerInnen als Zaungäste, ZuschauerInnen und BefehlsempfängerInnen degradiert werden, ihr Applaus für den gewalttätigen und/oder gottgewollten Herrscher allenfalls ein schmückendes Element darstellt und mangelnde Unterstützung mit wachsender Repression kompensiert wird, ist die aktive Teilhabe der BürgerInnen in demokratischen Systemen funktionslogisch zwingend notwendig. Obwohl das konventionelle Demokratieverständnis im Grunde nicht konkret festschreibt, in welcher Weise und in welchen Arenen diese Volksherrschaft ausgeübt wird, konzentriert sich das politikwissenschaftliche Interesse an der Partizipationsforschung meist auf wenige Schwerpunkte: Wahlen, Parteien, direkte Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement.

Spätestens seit den 1990er-Jahren allerdings sind in sämtlichen europäischen Ländern in Bezug auf all diese Partizipationsformen postdemokratische Krisensymptome erkennbar: Die Volksparteien verlieren

massenhaft Mitglieder und das Vertrauen in ihre Problemlösungskompetenz schwindet. Die Wahlbeteiligung ist inzwischen so dramatisch gesunken, dass aus Minderheiten künstliche Mehrheiten konstruiert werden und gelegentlich Wahlen sogar wiederholt werden müssen. Hinzu kommt, dass bei Wahlen auf kommunaler Ebene oft nicht nur WählerInnen wegbleiben, sondern sich selbst die Suche nach KandidatInnen äußerst schwierig gestaltet, weil nur noch wenige bereit sind, sich für ein solches Amt zur Verfügung zu stellen. Die (neu) etablierten direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten führen ebenfalls zu keiner nachhaltigen Mobilisierung der BürgerInnen, denn sogenannte Volksinitiativen sind oft keine Initiativen, die von engagierten BürgerInnen lanciert wurden, sondern Versuche von Parteien und Unternehmen, ihre Einflusssphären zu erweitern beziehungsweise zurückzugewinnen.

Inzwischen haben sich selbst die Hoffnungen, die Zivilgesellschaft könnte die Krise der konventionellen Partizipation ausgleichen oder zumindest abmildern, weitestgehend zerschlagen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen erbringen (Dienst-) Leistungen für outgesourcte Staatsaufgaben, sind Handlanger von Parteien und abhängig von ihren Geldgebern. Auch sie sind kaum noch in der Lage, Kritik zu artikulieren und eine Agendasettingfunktion zu übernehmen. Möglicherweise haben sie inzwischen durch diese Abhängigkeiten vom Staat und der Wirtschaft sogar ihre Handlungsfähigkeit als unabhängige, kreative Werkstätten für Zukunftsideen und Problemlösungsstrategien eingebüßt. All diese Krisensymptome haben im postsozialistischen Raum eine noch größere Virulenz. Denn hier ist die Beteiligung an Wahlen besonders niedrig. Außerdem weisen Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen meist nur eine geringe gesellschaftliche Verankerung auf. Vieles spricht inzwischen dafür, diese „Post-Beitrittskrise“ (1) im postsozialistischen Raum nicht länger als Prozess der nachholenden Modernisierung, sondern als Vorbote künftiger Entwicklungen in Westeuropa zu interpretieren. Ähnliche Tendenzen sind außerdem jenseits der nationalstaatlichen Ebene im politischen System der Europäischen Union zu beobachten. In allen Mitgliedsländern ist die Beteiligung bei Europawahlen niedriger als bei nationalen Parlamentswahlen. Parteien haben sich bislang nicht als europäische Parteien konsolidiert, sondern agieren vielmehr als strategische Bündnisse. Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen sind mittlerweile grenzüberschreitend vernetzt und aktiv, doch richten sich ihre Apelle nur selten an die europäische Öffentlichkeit. Daraus folgt, dass die Verschiebung der politischen Macht und der Entscheidungskompetenzen von der nationalstaatlichen Ebene hin in das Institutionengefüge der Europäischen Union nicht mit einer Neuorientierung des partizipativen BürgerInnen-Inputs einhergeht.

Aus diesen offensichtlichen Krisensymptomen kann man einerseits plausibel schlussfolgern, dass die Qualität der Demokratie an sich gefährdet ist. Die Partizipationskrise wird sodann Teil einer postdemokratischen Entmachtung der BürgerInnen und einer Veränderung der politischen Herrschaftsstrukturen. BürgerInnen sind passiv, schweigend, ja sogar apathisch und reagieren nur noch auf Signale, die von professionellen PR-Experten in einem inszenierten Politikspektakel ausgehen (2). Diese _unplugged citizens_ gefährden die Demokratie, da demokratische Systeme eben auf die aktive Teilhabe der BürgerInnen nicht verzichten können (3). Welches Ausmaß dieser Qualitätsverlust bereits erreicht hat beziehungsweise ob durch diese Entwicklung ein neues, vom demokratischen Idealtyp systematisch zu unterscheidendes politisches Herrschaftssystem entstanden ist, ist indes schwer zu beurteilen. Andererseits stellt sich freilich auch die Frage, ob das pessimistische Ergebnis der Krisenanalysen nicht vielleicht auch dem zu engen Blick auf nur wenige Partizipationsformen geschuldet ist. So wehrt sich etwa die Schriftstellerin Helene Hegemann in einem Interview gegen den Rebellionspaternalismus der 1968er-Generation und den Vorwurf der vermeintlich unpolitischen Jugend: „Alle rebellieren ja, auch wenn die Rebellion darin besteht, sich nur noch für Oberfläche zu interessieren. Es gibt immer Widerstand, aber der sieht heute eben komplett anders aus, der ist nicht so klar absteckbar, viel subtiler und breiter.“ (4)

Es stellt sich inzwischen also durchaus die Frage, ob die Nichtbeteiligung der BürgerInnen tatsächlich nur als Desinteresse und Apathie zu interpretieren ist, oder ob sie nicht auch als Form des passiven Widerstands gedeutet werden könnte. Passiver Widerstand lässt sich, das macht die politikwissenschaftliche Bestimmung sicherlich schwieriger, äußerlich kaum von postdemokratischer Lethargie unterscheiden – sichtbar wird in jedem Fall zunächst nur die Tatsache, dass BürgerInnen den an sie gerichteten normativen Verhaltenserwartungen nicht (mehr) entsprechen. Der wesentliche Unterschied besteht jedoch darin, dass sich BürgerInnen als Individuen oder Gruppen *bewusst und gezielt* entscheiden, auf normative Erwartungen und Appelle, auf vermeintlich verlockende Angebote und sichere Deals, ja selbst auf zornige Beleidigungen und Drohungen nicht zu reagieren. Für diese Interpretationsvariante spricht etwa der in Blogs und LeserInnenbriefen

durchaus explizit formulierte Zusammenhang zwischen Kritik an etablierten politischen Institutionen einerseits und dem individuellen Partizipationsverhalten andererseits. Der Verzicht auf den Gang an die Urne und auf die Mitgliedschaft in einer Partei oder Gewerkschaft ist dann weder passiv noch zufällig, sondern _action_.

Der Logik Hegemanns folgend ist außerdem die etablierte Unterscheidung zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation hinfällig beziehungsweise neu zu bestimmen. Amtlich genehmigte Demonstrationen mit handgemalten Transparenten und ausufernden Reden per Megafon gehörten dann ebenso in die Mottenkiste nostalgischer Erinnerungen an die guten alten BürgerInnenbewegungen wie die Selbstorganisation der BürgerInnen in Initiativen und Selbsthilfegruppen. Gleichzeitig gilt es andere (neue?) Formen des Engagements und der Rebellion zu entdecken.

Interessant sind in diesem Kontext etwa sogenannte Flashmobs, die sowohl einen kritischen als auch einen problemlösenden Impetus haben können. In verschiedenen europäischen Ländern haben sich diese Spaßveranstaltungen und harmlosen Kissenschlachten inzwischen zu einem politisch wirksamen Instrument entwickelt, das vom linken und auch vom rechten politischen Lager genutzt wird und sich nicht zuletzt im schon verloren geglaubten Kampf um die Rechte der ArbeitnehmerInnen im Einzelhandel bewährt hat.

Ebenso relevant sind Debatten und Vernetzungen im World Wide Web. Nach dem „Umarmungsüberfall" der Italo-Schweizerin Susanne M. auf Papst Benedikt XVI. während der Weihnachtsmesse im Petersdom und nach dem Angriff auf den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi mit einer Souvenirausgabe des Mailänder Doms solidarisierten sich beispielsweise über Facebook und Twitter zahlreiche BürgerInnen mit den Aktionen. Bei diesen grenzüberschreitenden, spontanen Sympathiebekundungen und intensiven Reaktionen wurde einerseits deutlich, dass aktuelle Ereignisse sehr wohl wahrgenommen und kommentiert werden. Es besteht also durchaus ein Interesse an (öffentlichen) politischen Debatten. Andererseits boten diese Foren vielen auch den Schutz der Anonymität, die Gewaltanwendung gutzuheißen oder zumindest billigend in Kauf zu nehmen.

Dies könnte eventuell auch ein Hinweis darauf sein, dass nicht nur die Grenzen zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation neu zu bestimmen sind, sondern dass auch die Frage der Legitimität neu gestellt wird. Formal eindeutig illegale Partizipationsformen werden mitunter als legitime Instrumente wahrgenommen. Dies gilt beispielsweise auch für die massenhafte Ausbreitung von Graffitis in den vergangenen Jahren als eine Form der provozierenden, gesellschaftskritischen Sachbeschädigung, die als Plattform genutzt wird, um etwa Krieg, Umweltzerstörung, Geschlechterdiskriminierung und Religion gesellschaftspolitisch und öffentlichkeitswirksam zu thematisieren.

Die Effektivität dieser Partizipationsformen misst sich nicht nur an ihrer Beliebtheit, sondern auch an den zahlreichen Nachahmungs- und Instrumentalisierungsversuchen. Parteien organisieren Flashmobs in Wahlkampfveranstaltungen und Scheindebatten in Blogs, Graffitis haben sich zu einem *style* der Werbebranche entwickelt und werden kommerziell genutzt etc. Wenn solche Partizipationsformen lediglich modische Spielereien gesellschaftlicher Randgruppen wären, würde sich diese Vereinnahmung wohl kaum auszahlen. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich das Rad schnell dreht, das Unkonventionelle flugs zur Konvention wird.

Die hier angestellten Gedankenspiele könnten für politikwissenschaftliche Analysen von Bedeutung sein, weil sie die gängigen Pfade der Partizipationsforschung verlassen und die Beziehungen zwischen BürgerInnen und Staat anders beleuchten. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive stellt sich unter anderem die Frage, ob und wie diese Aktionsformen der BürgerInnen in politische Entscheidungsprozesse eingehen und tatsächlich zu Inputs im Sinne der Volksherrschaft werden. Oder ob sich vielmehr Parallelgesellschaften und -öffentlichkeiten jenseits nationalstaatlicher und europäischer Herrschaftsstrukturen entwickeln, in denen konkurrierende Normen und Handlungslogiken entstehen. Gleichzeitig gilt es zu untersuchen, ob neue Partizipationsformen BürgerInnen, die längst traditionellen Partizipationsformen abgeschworen haben, (wieder) in Bewegung versetzen. Oder ob diese neuen Partizipationsformen auch dazu beitragen, bereits bestehende gesellschaftliche *gaps* zu verstärken (5). In jedem Fall scheint die Idee attraktiv, BürgerInnen als bewusst handelnde Individuen zu denken, die das Karussell der Politik selbst ein- und ausschalten.

Anmerkungen

(1) Ellen Bos; Dieter Segert 2008: Osteuropa als Trendsetter? Parteiensysteme in repräsentativen Demokratien unter mehrfachem Druck. In: Ellen Bos; Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen, Farmington Hills, S. 335.

(2) Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main, S. 10.

(3) de Nève, Dorothée 2009: NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen, Farmington Hills, S. 203ff.

(4) Hegemann, Helene: Interview in der Berliner Morgenpost, 9. Februar 2010, S. 16.

(5) Vgl., Miyata, Kakuko; Ken'ichi Ikeda; Tetsuro Kobayashi 2008: The Internet, Social Capital, Civil Engagement, and Gender in Japan. In: Bonnie H. Erickson; Nan Lin (Hrsg.): Social Capital. An International Research Program. New York, S. 230.

U.S.-European Relations in the Age of Obama: New Political Expectations?

von Stuart Varvel
Absolvent der University of California, derzeit an der Diplomatischen Akademie Wien im Masters of Advanced International Studies Program
(svarvel@gmail.com)

Almost exactly one year ago, United States Senator Barack Obama was inaugurated the 44th President of the United States. His inauguration was heralded by some European leaders as a "new chapter" in American foreign policy, one in which the "bellicosity" and "unilateral-nature" of the Bush years could quickly be swept under the rug. On the other side, the Lisbon Treaty defines institutional roles for a new permanent President of the European Council and a European Union High Representative for Foreign Affairs and Security Policy, so the Obama administration is now in constant communication with new levers of power in Europe that have never existed before.

As hopefully no offense to my countrymen, many citizens in the United States could probably not define what functions the European Union maintains within Europe. Indeed, it is difficult to pigeonhole such an all-encompassing network of institutions, such as if one were to pose the same question about the United States and ask, "What is the U.S. political system?" there would no doubt be a plethora of different responses.

For now, state sovereignty is still considered sacred within the European Union, but the expectation – indeed, the goal of 'enhanced integration' – is that this will someday change. With new European Union leadership coming into force whilst member states retain their sovereignty in foreign affairs, to address the issue of Europe as a completely unified body is virtually impossible. The following will attempt, however, to address three critical issues as they relate to bi- and multilateral relations between the European Union, EU member states, and the United States, namely, the continued rise of the Euro as an internationally traded currency, a pledge by Mr. Obama to keep U.S. and International Security Assistance Force troops in Afghanistan until 2011, and the differing approaches both regions have towards global warming.

The Ti€$ That Bind?

Mostly clear is the matter of economics. Since the Treaty of Rome's passage in 1957, the economic relationship between the European Community (now the EU) and the United States has brought positive economic outcomes for both sides. The EU and the United States have developed such close economic ties that, as of 2006, they have developed a bilateral trade balance that counts for 60% of the world's combined GDP. This relationship is the world's largest, accounting for over 14 million jobs and transatlantic trade accounts for $3.75 trillion in shared investment. Furthermore, U.S. foreign direct investment (FDI) accounted for over $200 billion in Europe in 2008. In the same time period, American FDI in China was only $10 billion.

The creation of the Euro as a monetary union has reduced transaction costs and cut risk on both sides of the Atlantic. Former U.S. Federal Reserve Chairman, Alan Greenspan, is known to have stated that the international reserve currency of the future may someday become the Euro.

With the tremendous debts of Greece and Ireland to uphold, in addition to an anticipated cloud over the Spanish housing market, U.S. policy-makers and experts are currently considering how the value of the Euro keeps relative to other currencies and whether the storage of value will last in the long-run. For the time being, however, the United States has a keen interest in seeing continued stability of the Euro and the dollar as both regions depend on one another to battle the global economic crisis.

United in Pieces?

As the U.S. presidential electoral campaign wore on into the sweltering summer months, Mr. Obama's campaign decided that a demonstration of his international popularity would serve to only benefit his campaign on the domestic front. On July 24th, 2008 President Obama gave a speech, "The World Stands As One", to over 200,000 in Berlin, Germany. American political analysts noted that this event was a demonstration of Mr. Obama's popularity abroad in order to woo a skeptical domestic electorate who doubted his gravity as a would-be world leader. The event was a smashing success on both sides of the Atlantic, yet largely unheralded was another intention of

Mr. Obama's visit: support for American efforts in Afghanistan.

Prior to Obama's rise to the presidency, European allies Germany and Britain were continually unable to meet their goals as President Bush's administration oversaw the mission vis-à-vis NATO. The training of Afghan police forces by U.S. and German Military Forces was initially off to a snail's pace as British counter-narcotics troops efforts flailed while the opium trade exploded in Afghanistan. There seemed to be very little planning after the Taliban was toppled from government, as one U.S. official put it, "We piece-mealed it. One problem is that, when everyone has a piece, every piece becomes third or fourth priority (…) [Stuff] didn't get done. "Given this fact, the most important factor of implementing Mr. Obama's plan consisted of continuing to utilize the full support of the NATO-led International Security Assistance Force under one unified plan, whether it be complete withdrawal or Afghan security independence.

A handful of European Union member states such as Great Britain, Germany, France, Italy, and Poland have continually voiced their support for the Obama administration's plans for progress in the region and were on board to assist the U.S. since the Bush administration's coordination of ISAF efforts in 2007. Exactly what progress in Afghanistan means remains to be seen, yet President Obama has committed 30,000 more U.S. troops to remain until the anticipated withdrawal date of July 2011 regardless. While purse strings and monetary contributions can go far, as they have in Afghanistan and Pakistan, there still exist major institutional limitations on High Representative Ashton to act unilaterally, so the EU's individual member states, rather than the EU itself, remain the most significant contributors on the ground to the Obama administration's efforts.

The question is, is the current acceleration of forces simply a face-saving solution for the allied forces in Afghanistan? The desire of the voters in the United States and in Europe seem to be united around an eventual and complete withdrawal of troops from Afghanistan, regardless of the circumstances. According to a recent poll, however, conducted by CNN/ Opinion Research, most Americans favor the temporary addition of 30,000 more U.S. troops to Afghanistan with 59%, yet the same opinion is not shared by European voters in Germany with 60%, the United Kingdom with 57%, and by France and Italy with 53%, according to a Harris poll for the Financial Times. These facts are stark when contrasted with recent polling in Afghanistan by ACSOR and jointly sponsored by ABC/ BBC/ARF, a simple majority of Afghanis wish for the security forces to continue their mission and are increasingly hopeful in their outlook compared to the same time last year. Of course, polling in a location such as Afghanistan can lead to extremely precarious results, but the results are fascinating nevertheless.

As of the writing of this article, German Ministers of Foreign Affairs and Defense, Westerwelle and Guttenberg respectively, have agreed to send between 500 and 5,000 more troops to Afghanistan, most likely to the stationed northern regions along the Uzbek and Tajik borders and the London Conference on Afghanistan is scheduled to convene on January 28th with the participation of over 60 nations. While consensus among the allies may not have yet been reached regarding the final goals of the Afghan process, it is nevertheless true that the fortunes of all nations involved in the region will rise or fall together. And, as has been the process in most recent American skirmishes across the globe, the Obama administration will continue to rely on European allies to see the process through.

Warm Yet Hazy Relations?

The failings of the U.S. regarding global climate change are clear. As just 4 % of the earth's population, we in the United States are responsible for 25 % of the carbon dioxide pollution from the burning of fossil-fuels. Per person, this share is larger than China, India, and Japan combined and until recently, the Chairperson of the United States Senate Committee on Environmental and Public Works was Senator James Inhofe, a climate change skeptic who claimed that climate change is, "the greatest hoax ever perpetrated on the American people. "With the Obama administration taking the reins and not only acknowledging climate change exists but also suggesting that the United States take a leading role in reducing carbon dioxide emissions and greenhouse gases, there is the sense of shift in priorities and renewed optimism throughout European capitals that the U.S. is finally taking the issue seriously.

The failures of the December, 2009 UN Climate Change Conference in Copenhagen, according to media reports, point to a continuous blame game where 'industrialized', or "Annex I countries" and "developing" or "non-annex I countries" look to blame each other as the main culprits. During these talks, however, it was the European Union which offered $15 billion to assist non-annex I countries in meeting their emissions goals while the U.S. failed to follow suit nor give any significant compensation to G77 nations. This represents a tectonic shift from previous years' summits when it was the United States and Europe (along with Japan) who could not come to an agreement on emissions standards amongst themselves. As recently as two years ago, it was the United States whom the German Minister for the Environment Sigmar Gabriel accused of presenting a "Trojan horse" during the 2007 G-8 Summit as an alternative plan to the existing United Nations process for addressing climate change. The impression was that no European leaders would suffer for standing up to the United States on global warming.

Skepticism by European Union member states is unquestionably warranted. The problem, as was famously stated by Jonathan Lash of the World Resources Institute, remains, "not of trust, but of action" by the U.S. towards global climate change. The United States is the only nation to have backed out of the Kyoto Protocol after signing it. It is also the only annex I nation that has yet to ratify the Protocol and will likely remain so for the foreseeable future, thanks to parochial interests in the United States

Senate. The conventional wisdom in the United States Capitol is that for any sort of climate legislation to pass or be ratified, government incentives for offshore drilling and monies for clean-coal power plants and carbon sequestration must be included.

While Senate progress regarding the ratification of Kyoto seems doubtful, there remains hope of scuttling this problem altogether using the tremendous power of the U.S. Presidency. President Obama has pledged for the United States to cut emissions by 80% compared to 1990 levels by the year 2050 and intends to devote $90 billion of the $787 billion stimulus package towards clean energy jobs.

Yet, Obama has an uphill climb ahead of him as the American population does not seem as concerned with the problem of global climate change as member states of the European Union. According to a Pew Research Survey poll, only 28% of the American population considers global climate change a "top priority", down from 38% three years ago. The European Union is on the exact opposite track, with heavy investments anticipated from the UK to Poland to run clean power plants and reduce emissions as well as the implementation of the European Union Emission Trading Scheme, which enhances support for the Kyoto mechanisms and compliance period, with 25 of the 27 European Union member states participating.

Further Steps

Serious political debate and deepened engagement is necessary for the new leadership of the European Union and the United States. Such an obvious statement may seem ridiculous on its face, but it the impression that the United States is now, post-Bush administration, entering into agreements with good faith is something that political leaders and observers should take very seriously.

Currently, the United States enjoys extremely close ties to individual member states within the European Union in addition to the Union itself. As previously stated, the two regions constitute the world's largest economies, which together produce 60% of the world's GDP and over 14 million jobs. Moreover, many European Union member states remain supportive of the U.S. effort in Afghanistan, contributing valuable resources to the joint effort and committing the lives of their men and women in uniform for the International Security Assistance Force. While the voting populations of both regions have differing opinions regarding the withdrawal of troops from Afghanistan, the Obama administration and their counterparts in the United Kingdom, Germany, France, Italy, and Poland among others are committed to seeing the process through to the end, whatever that end may be.

More opaque, however, are any parallel efforts by the European Union or with its individual member states and the United States to combat global climate change. While the Obama administration seems to be taking global climate change infinitely more seriously than his predecessor, no clear consensus or action has been taken by the United States to demonstrate to European leaders that the issue has become a priority.

The European Union's new representation of High Representative Ashton and Council President Van Rompuy present the face of the European Union and with it, to a point, the will of its member states. While this essay does not explore the topic of the European Union and its recently formed political positions as they begin to exercise power, such is crucial to European-American relations and should be cultivated further by EU member state and American policy-makers and analysts. As these new roles are defined in their youngest stage, it is the responsibility of the United States not to undermine these institutions. The legitimacy of both the still-new Obama administration and the new European Union leadership, while not entirely symbiotic, share enough parallels to require each others fullest support.

Literatur

Otterman, Sharon/Cowell, Alan (2009, Jan 20): Abroad, Many Hope for 'New Chapter', In: The New York Times. http://www.nytimes.com/2009/01/21/world/europe/21reax.html?pagewanted=2

U.S. Chamber of Commerce: http://www.uschamber.com/international/europe/factsandfigures

Reuters (2007, Sept 17): http://www.reuters.com/article/idUSL1771147920070917

Green, Matthew (2010, Jan 23): Security handover key for Afghan summit, In: Financial Times. http://www.ft.com/cms/s/0/212558fa-083c-11df-991d-00144feabdc0.html

Rohde, David/Sanger, David E. (2007, Aug 12): How a 'Good War' in Afghanistan Went Bad, In: The New York Times. http://www.nytimes.com/2007/08/12/world/asia/12afghan.html?pagewanted=5&_r=1

CNN (2009, Dec 2): Obama Afghanistan strategy: More troops in quickly, drawdown in 2011. http://edition.cnn.com/2009/POLITICS/12/01/obama.afghanistan/

Croft, Adrian (2009, Jan 20): Europe opposes more troops for Afghanistan: poll, In: Reuters. http://www.reuters.com/article/idUSTRE50J0NQ20090120

Van Bijlert, Martine (2010, Jan 13): Hope has returned to Afghanistan, In: Foreign Policy. http://afpak.foreignpolicy.com/posts/2010/01/13/hope_has_returned_to_afghanistan

Die Welt (2010, Jan 25): Westerwelle hat nichts gegen Truppenaufstockung. http://www.welt.de/politik/deutschland/article5969692/Westerwelle-hat-nichts-gegen-Truppenaufstockung.html

Rankin, Jennifer (2009, Jun 26): EU states tighten rules on pollution, In: European Voice. http://www.europeanvoice.com/article/2009/06/eu-states-tighten-rules-on-pollution/65338.aspx

Der Standard (2010, Jan 24): Deutschland schickt 500 weitere Soldaten. http://derstandard.at/1263705870072/Deutschland-schickt-500-weitere-Soldaten

Der Bund (2010, Jan 20): US-General verlangt von der deutschen Bundeswehr mehr Risiko. http://www.derbund.ch/ausland/asien-und-ozeanien/USGeneral-verlangt-von-der-deutschen-Bundeswehr-mehr-Risiko/story/15813361

NATO (2009, Oct 22): ISAF Troops in Numbers (Placemat). http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat.html

Balkonoropa und Eurobalkan

Von Projektionsflächen, diskursiven Machtkämpfen und hegemonialen Verhältnissen

von Vedran Dzihic
Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lektor am ipw

So wie im oft paraphrasierten und leider zu oft auch mit nicht ganz redlichen Absichten strapazierten Stehsatz des Fürsten Metternich, dass der Balkan am Wiener Rennweg beginnt und in der Wahrnehmung der einzelnen Länder des Südostens – mit Slowenien angefangen – jeweils beim südöstlichen Nachbarn ausgemacht wird, beginnt auch Europa für die Menschen in der ex-jugoslawischen Region meistens an ihrer eigenen Haustür – und zwar als Projektionsfläche und Wunschvorstellung.

Europa ist in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens in den letzten 20 Jahren zu einem der wichtigsten (politischen) Begriffe geworden. Europa als diskursives Konstrukt ist aber nicht erst in der jüngsten Vergangenheit zu einem der zentralen Bestandteile der Identitätskonstruktionen der Länder und der Völker des Balkans geworden. Europa war spätestens seit der Phase der Nationalaufklärung im 19. Jahrhundert auch ein Kampfmittel im Prozess der national(istisch)-en Selbstvergewisserung und der Abgrenzung vom jeweils Anderen. Heute besitzt das Konstrukt Europa eine Funktion als diskursive Umdeutungsmasse, die scheinbar nach Bedarf und Belieben von allen moduliert werden kann – von PolitikerInnen und Wirtschaftsleuten, von bürgerlichen intellektuellen Eliten oder einfachen ArbeiterInnen. Vor dem Hintergrund des rapiden ökonomischen und sozialen Verfalls der Gesellschaften im ex-jugoslawischen Raum in Folge der Kriege und der autoritären Regime der 1990er Jahre ist Europa letztlich für viele eine Wunschvorstellung und eine Wohlstandsverheißung par excellence.

Die Bandbreite Europas am Balkan

Weder der Begriff des Balkans noch jener des (westlichen) Europa können irgendeine ontologische Beständigkeit beanspruchen. Auch wenn sich die Worte von Eduard Said auf das Verhältnis zwischen dem Orient und dem Okzident beziehen, gelten sie auch im Fall des Balkans und Europas: „Beide beruhen auf Konstrukten, teils auf Setzung, teils auf Identifikation des Anders." (Said 2009: 406). Und wenn Said im Vorwort zu einer der zahlreichen Ausgaben seines Klassikers „Orientalism" im Jahr 2004 schreibt, dass „sich diese allmächtigen Fiktionen leicht in den Dienst der Manipulation und der Organisation kollektiver Leidenschaften stellen lassen" (Said 2009: 406), dann gilt dies für Balkan und Europa heute ebenso deutlich wie in den kriegerischen neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts am Balkan.

Und auch nach der „Entlarvung" des Balkanismus als eines auf den Spuren des Orientalismus wandelnden Begriffs, in dem die Modernität und postulierte Überlegenheit Europas in Bezug auf jenes dunkle, kriegerische und prämoderne Andere des Balkans als durchaus wirksamer diskursiver Machtmechanismus von Maria Todorova offengelegt wurde (Todorova 2009), sind Todorovas Erkenntnisse an politischen KommentatorInnen und dem gesellschaftlichen Mainstream sowohl im Westen als auch am Balkan vorbeigegangen. Einige Länder des Balkans wie Bulgarien und Rumänien sind mittlerweile Mitglieder der EU, werden aber weiterhin gerne als Beispiele für korrupte und undurchsichtige Politiksysteme genannt, die das eigene „Balkanische" trotz der Mitgliedschaft in der EU nicht ganz ablegen können. Auch die Länder des mittlerweile mit einem Terminus Technicus bezeichneten „Westbalkan" (Länder des ehemaligen Jugoslawien minus Slowenien als EU-Mitglied plus Albanien als ein weiteres Land in der Warteschleife) sind zumindest formal auf dem Weg in die EU, nichtsdestotrotz dienen sie weiterhin als Repositorium an negativen Eigenschaften, denen auf der anderen Seite ein Set an positiven Eigenschaften des modernen EU-Europas gegenübergestellt wird. Noch immer wird also das Klischee vom Balkan strapaziert, werden gutgemeinte Vorschläge zur „Rückkehr nach Europa" unterbreitet, werden vielfach, mit erhobenem Zeigefinger, die Beständigkeit und hohes Reformtempo auf dem Weg Richtung EUropa eingemahnt. Obwohl Europa und Balkan zwei Teile des selben (europäischen) Ganzen darstellen, stellt der Begriff Europa – zwar unter etwas anderen Voraussetzungen, aber dennoch – eindeutig den hegemonial determinierten Standard, an dem sich alle Länder des (West)Balkans messen müssen. Ein solch definierter Standard inkludiert wie selbstverständlich Werte

wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und letztlich eine europäisch konnotierte normative Vorstellung von Demokratie, die dann stets dem autoritären und ungezügelten Balkan entgegengestellt wird, der sich trotz „unseren" guten Willens nicht und nicht demokratisieren bzw. „europäisieren" lassen will.

Das Alte neu aufgelegt? (Neu)Bestimmung des Verhältnisses zwischen Balkan und Europa im Kontext der EU-Integration

Die Rolle Europas bzw. der EU (EU und Europa werden heute weitgehend gleichgesetzt) im Prozess der europäischen Integration, der seit der Jahrtausendwende das Tempo der Reformen und die Entwicklung der Gesellschaften des europäischen Südostens maßgeblich bestimmt, ist folglich von zentraler Bedeutung für die aktuelle (Neu)Bestimmung des Verhältnisses zwischen Europa und dem Balkan. Das starke Drängen einzelner Staaten der Region nach Europa trägt unweigerlich zur Entstehung neuer bzw. Verstärkung alter Vorstellungen von Europa bei. Ein Konstrukt, wie jenes des Balkans aber auch Europas, hat stets zwei Seiten – jene die scheint und die andere, die im Schatten verbleibt.

Im Prozess der europäischen Integration wird mit dem Prinzip der Konditionalität, d.h. der Erfüllung der durch die EU definierten Kriterien für die Mitgliedschaft in der Union, eine ganz klare Entwicklungs- und wenn man so will Demokratisierungsvorgabe formuliert. Diese wird aber in der Region des Balkans nicht widerspruchslos akzeptiert. Sie wird vielmehr zu einer umkämpften Fläche, rund um die Europa als politisches Kampfmittel für die Realisierung vielfältiger politischer, privater, nationaler und anderer Ziele eingesetzt wird. Zudem vermischen sich im Prozess der EU-Integration neu generierte Bilder und Vorstellungen von Europa mit jenen althergebrachten, die das Verhältnis zwischen Europa und Balkan durch die Geschichte geprägt haben. Dadurch ergibt sich oft eine nahezu schizophrene identitäre Spaltung der Menschen, die gefangen zwischen Balkan und Europa beide Teile des Konstrukts zugleich begehren und im selben Atemzug verfluchen (Dzihic/Nadjivan/Paic/Stachowitsch 2006).

So wurde und wird beispielsweise in Kroatien gerne das Klischee von katholischen KroatInnen als Beschützer Europas vor der osmanischen Gefahr und vor dem Islam strapaziert. Dieser Mythos von Kroatien als dem „Bollwerk Europas" findet heutzutage gerne seine Fortsetzung im Bild Kroatiens als dem „demokratischsten und fortschrittlichsten" Staat der Region, der europäischer sei als die Nachbarn und längst einen privilegierten Platz an der europäischen Sonne verdiene. Zugleich sehen nicht nur nationalistische Teile der kroatischen Öffentlichkeit die Gefahr der Bevormundung Kroatiens durch die EU und des Verlustes der kroatischen „Würde" im großen Europa, das – in dieser Diktion – uns KroatInnen zu viel abverlangt und unsere historischen Verdienste für Europa nicht würdigt. Die Debatten rund um die Verhaftung des vom Den Haager Kriegsverbrechertribunal angeklagten kroatischen Generals Ante Gotovina und die heftigen Reaktionen in der kroatischen Öffentlichkeit waren ein mehr als deutlicher Hinweis in diese Richtung, die derzeit sehr geringe Unterstützung der kroatischen Bevölkerung für einen EU-Beitritt, ein anderer.

In Bosnien-Herzegowina beispielsweise, das weiterhin vom Ethnonationalismus und der Ethnopolitik geprägt ist, ist die Lage noch um einiges komplexer. Hier spielt die Achse zwischen Balkan und Europa eine enorm wichtige Rolle im Prozess der (nationalen) Selbst- und Fremdidentifikation. Die bosnischen KroatInnen sehen sich als bessere Europäer und beten die Argumentation aus ihrem „Mutterstaat" nach, wonach sie eben „europäischer" sind als die „balkanischen" bosniakischen und serbischen Nachbarn. Viele SerbInnen pflegen weiterhin das Bild eines stolzen Volkes, das sich vom Westen nicht vereinnahmen und manipulieren läßt, das aber zugleich – ähnlich wie KroatInnen – Europa vor dem Islam schützt (hier durchaus in Anlehnung an die mythologischen Versatzstücke seit der Schlacht am Amselfeld im Jahr 1389). Den BosniakInnen bleibt weiterhin das Paradigma des Opfers des europäischen Scheiterns und Nichteinmischens während des Krieges zwischen 1992 und 1995, das gerne ergänzt wird mit dem Selbstbild des autochtonen und toleranten europäischen Islams als eines Role-Models und Brückenbauers für die Beziehungen zwischen dem christlichen Europa und dem Islam. Europa wird in Bosnien zu einem exklusiven ethnischen Distinktionsmerkmal und dadurch in den Dienst der Ethnopolitik gestellt. Gerade auch am bosnischen Beispiel kann man deutlich sehen, wie Europa und Balkan als diskursive Mechanismen – zwar unter veränderten Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts und der EU-Integration aber stets mit historischen Anleihen – nichts an ihrer Brisanz und Aktualität eingebüßt haben.

Europa wird auch gerne im innenpolitischen Rahmen als ein „politisch-diskursiver Reibebaum" benutzt, an dem man sich aus machtpolitischen Gründen und durchaus strategisch überlegt abputzen kann. Wenn z.B. der serbische Außenminister Vuk Jeremic unlängst die Parole ausgab, dass SerbInnen der Kosovo wichtiger sei als die EU oder auch der Premierminister der Republik Srpska in Bosnien, Milorad Dodik, die Interessen der Republik Srpska bedroht sieht und immer wieder den europäischen Integrationsprozess als zweitrangig für die SerbInnen in Bosnien bezeichnet, dann ist das sicherlich ein politisches Kalkül, zugleich aber auch ein Hinweis, dass Europa und die EU-Anforderungen an die einzelnen Staaten nicht widerspruchslos akzeptiert werden.

Die Funktion der Wohlstandverheißung bzw. eines reichen, wohlhabenden und gut funktionierenden „Role-Models" hat Europa nicht eingebüßt, wenn auch durch die weiterhin schwierigen Lebensbedingungen der Menschen, die sehr langsamen Verbesserungen des Lebensstandards im bisherigen Verlauf der EU-Integration und nicht zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise die ersten Zweifel am europäischen „Modernitäts- und Wohlstandsmärchen"

und damit auch Frustrationen sichtbar sind. Besonders hoch sind diese Frustrationen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, wo die EU jahrelang mit anderen westlichen Staaten die Rolle der Protektoratsherrin ausgeübt hat, es aber nicht geschafft hat, diese Rolle rechtzeitig in die Rolle des Partnerin und effizienten Fördererin der Entwicklung dieser Staaten zu transformieren. Seit der Aufhebung der Visa-Pflicht für die BürgerInnen Serbiens, Montenegros und Mazedoniens Ende des Jahres 2009 sind Kosovo und Bosnien-Herzegowina zusammen mit Albanien die einzigen Staaten in der Region, die weiterhin im sprichwörtlichen balkanischen Ghetto verbleiben. Viele Menschen in Bosnien und im Kosovo beschuldigen die EU, mit ihren technokratischen Regeln und streng formalen Prozeduren wie im Falle der Visa-Befreiung, die ehemaligen Täter zu belohnen und die Opfer zu bestrafen. Zugleich sind aber viele Menschen in Serbien der Meinung, dass die EU und der Westen mit der direkten Unterstützung der kosovarischen Unabhängigkeit oder mit Prozessen vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (wie gerade gegen den ehemaligen Präsidenten der bosnischen Serben Radovan Karadzic) Serbien auf ewig auf der Anklagebank behalten wollen.

Hegemoniale Verhältnisse und ihre Umkehrung

Wie diese Skizzen aus der Region zeigen, bleibt ein - in diesem Fall durch die EU – hegemonial vorbestimmtes Verhältnis nie ohne Spannungen und Widersprüche. Maria Todorova liefert mit ihrem Balkanismus-Begriff eine plausible Erklärung für diese widersprüchliche und durchaus konfliktgeladene Aufeinanderbezogenheit von Balkan und Europa und entlarvt jene diskursiven Mechanismen, mit denen der Balkan „als das innere ‚Andere'" Europas konstruiert wird und mit denen er „bequemerweise eine Reihe von politischen, ideologischen und kulturellen Spannungen und Widersprüchen, die den Regionen und Gesellschaften außerhalb des Balkans selbst innewohnen und die diese externalisiert haben, in sich (aufnimmt)". So Todorova: „Der Balkanismus wurde zur rechten Zeit der geeignete Ersatz für die emotionale Entlastung, die der Orientalismus dem Westen geboten hatte, indem er ihm die Bürde des Rassismus, des Kolonialismus, des Eurozentrismus und der christlichen Intoleranz gegenüber dem Islam abnahm. Letztlich liegt der Balkan in Europa, er ist weiß, und er ist überwiegend christlich, weshalb sich der gängige Vorwurf einer ‚rassistischen' oder religiösen Voreingenommenheit bequem umgehen läßt, indem man die Frustrationen externalisiert und auf ihn überträgt" (Todorova 2003: 235).

Mit den blutigen Kriegen der 1990er Jahre in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, der Rückkehr der „ethnischen Säuberungen" und brutaler Gräueltaten gegen die Nachbarn nach Europa und der fröhlichen Auferstehung des ethnischen Ultranationalismus, der sich aus Versatzstücken der nationalen Mythen, des religiösen Nationalismus, der „Blut- und Boden-Ideologie" und des unverblümt heraufbeschworenen Hasses gegen den jeweils „Anderen" zusammensetzt, ist der Balkan noch mehr zum „Repositorium von negativen Eigenschaften geworden, demgegenüber ein positives und selbstherrliches Bild von Europa und dem „Westen" konstruiert wird" (Todorova 2003: 235).

Für viele ist das Bild des selbstherrlichen Europas ein zentraler Puzzlestein im Mosaik der europäischen Integration, die seit dem Ende des Krieges im Kosovo im Jahr 1999 die zentrale Entwicklungsstrategie und ein direktes Wohlstandsversprechen für die Länder und die Menschen des Balkan darstellt. Zugleich gehen diese diskursiven und realen Vereinnahmungsversuche des Balkans durch Europa nicht ohne Retourkutschen einher: Auch die Länder des Balkans haben längst ihre eigene diskursive „Story" als (Gegen-)Hegemonialkraft entwickelt, in der zentral das Bild des besseren, lebendigeren, spontaneren, moralisch nicht verdorbenen und letztlich authentischeren Balkans fungiert. In diesem Narrativ kann Europa einen solch virilen und authentischen „Balkan" lediglich begehren und ihm in einer Art Simulation des Balkanischen – wie z.B. im Rahmen des populär-kulturellen Balkan-Hypes (mit Balkanmusik, -parties, -filmen und unvermeidlichen Balkandiscos) der letzten Jahre – nacheifern, aber an Authentizität nie erreichen. Und auch dies ist letztlich der Beweis der symbolischen und realen, jedenfalls aber symbiotischen Verbindung zwischen Balkan und Europa. Diese Symbiose voller Widersprüche, Brüche und Paradoxien bringt der kroatische Philosoph und Publizist, Boris Buden, wie kaum ein anderer auf den Punkt: „Europa ist nicht nur der Platz, an dem wir schon immer waren, sondern zugleich auch das Ziel, auf das wir uns hinbewegen. Seine Anwesenheit empfindet man bei uns genauso stark wie seine Abwesenheit. Europa ist der Platz der am stärksten sublimierten Werte der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Gleichheit, aber gleichzeitig auch der Platz der Pervertierung dieser Werte. Europa ist Objekt unserer Verehrung und Sehnsüchte genauso wie unserer Enttäuschungen und der Skepsis" (Buden 2004: 165).

Literatur

Boris Buden, zit.n. Muharem Bazdulj: Na zapadu nista novo. O krajnostima juznoslovenskog okcidentalizma, in: Sarajevske sveske, 6-7/2004: 155-165.

Vedran Dzihic/Silvia Nadjivan/Hrvoje Paic/ Saskia Stachowitsch (2006): Europa – verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien: Braumüller.

Eduard W. Said (2009): Orientalismus, deutsche Ausgabe, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Maria Todorova (2003): Historische Vermächtnisse als Analysekategorie. Der Fall Südosteuropa, in: Karl Kaser/Dagmar Gramshammer-Hohl/Robert Pichler (Hrsg.): Europa und die Grenzen im Kopf, Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens, Band 11, Klagenfurt: Wieser Verlag.

Maria Todorova (2009): Imagining the Balkans, Updated Edition, Oxford: Oxford University Press.

Literaturtipps

Vedran Dzihic, Silvia Nadjivan, Hrvoje Paic and Saskia Stachowitsch: Europa - Verflucht Begehrt. Europavorstellungen im Kontext sich wandelnder Staatlichkeit in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien 2006, Braumüller-Verlag .

Ethnopolitik in Bosnien-Herzegowina: Staat und Gesellschaft in der Krise, Nomos-Verlag, Reihe: Southeast European Integration Perspectives, Baden-Baden 2009.

Von «faulen Zigeunern» und «diskriminierten Roma»

Anmerkungen zum «Roma-Problem» in Bulgarien und Rumänien

von Michael Meznik und Tina Olteanu
Tina Olteanu, Universitätsassistentin am ipw und Redaktionsmitglied der politix
Michael Meznik, Absolvent und Doktorand am ipw

Im folgenden Beitrag wird das Dilemma der osteuropäischen Transformation am Beispiel der Roma in Bulgarien und Rumänien sowie ihr Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung skizziert. Abschließend erfolgt eine knappe Einbettung in den europäischen Kontext.

Die Transformation als sozioökonomischer Abstieg

Während viele Menschen in Bulgarien und Rumänien insbesondere das erste Jahrzehnt der Transformation als eine Phase des sozialen und ökonomischen Abstiegs erlebt haben, haben sich viele Härten dieser Zeit auf die unter dem Kommunismus nur oberflächlich integrierten Roma besonders negativ ausgewirkt. So sind Roma überproportional von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen, in der die ohnehin maroden Sozialsysteme eine absolut ungenügende Absicherung ermöglichen. Roma, die nicht selten vor 1989 erzwungenermaßen sesshaft gemacht worden waren, verloren ihre Arbeitsplätze etwa im Agrarbereich oder im industriellen Niedriglohnsektor der nicht qualifizierten Arbeitskräfte, wo sie überwiegend tätig waren. Da die wirtschaftliche Transformation sich besonders stark auf diese Sektoren auswirkte, gehörten die Roma somit zu den ersten VerliererInnen der Transformation. Im Gegensatz zur übrigen Landbevölkerung konnten sie auch nicht auf die Restitution vormals enteigneten Grundbesitzes warten, da ihre soziale und ökonomische Marginalisierung eine lange Tradition hatte.

Die Armut hat in beiden Ländern dafür gesorgt, dass (auch hier wieder insbesondere die Landbevölkerung und insbesondere Roma) Schul- und Ausbildung nicht mehr für alle BürgerInnen gleichermaßen zugänglich sind. Die Zahl derjenigen, die gar keine oder nur eine rudimentäre Schulausbildung genießen, steigt kontinuierlich an. Weite und damit teure Schulwege, Lehrmittel und mehr oder minder von den unterbezahlten Lehrern erzwungene Nachhilfestunden lassen den Schulbesuch zum Luxus werden. Sanktionen seitens des Staates, etwa die Auszahlung des Kindergeldes in Abhängigkeit vom Schulbesuch, wirken nicht selten kontraproduktiv.

Doch durch die kommunistische Überformung und des gesellschaftlichen und industriellen Wandels ist die Rückkehr zu einer traditionellen Lebensform ebenso versperrt. Ohne eine Romantisierung der Lebensverhältnisse vornehmen zu wollen, ist jedoch festzustellen, dass Roma, obwohl auch damals diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt, in bestimmten Nischen ihr Auskommen hatten, etwa in Handwerksdomänen

oder als Pferdezüchter. Viele dieser traditionellen Berufe sind durch die Modernisierung überflüssig geworden und Alternativen tun sich anscheinend nur schwerlich auf.

Roma-Hetze als Instrument des politischen Diskurses

Roma befanden sich sowohl historisch als auch aktuell häufig in der Rolle der Sündenböcke. Insbesondere zu Beginn der Transformation wurden sie immer wieder Opfer von Gewaltausbrüchen. Selten wurden die rumänischen Täter zur Verantwortung gezogen, eher noch die involvierten Roma vor Gericht gebracht. Diese Form der kollektiven Gewalt gegen die Minderheit ist seit Mitte der 1990er Jahre stark zurückgegangen. Gleichzeitig wird aber immer wieder festgehalten, dass Roma besonders stark polizeilicher Gewalt und Übergriffen ausgesetzt sind. Dies lässt sich auch in den Fortschrittsberichten der Europäischen Union zu Rumänien als Konstante in der Kritik zum damals bevorstehenden Beitritt verzeichnen. (1)

Mit der Bezeichnung Roma wird allgemein Diebstahl, Kriminalität und Verwahrlosung assoziiert. In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2006 gaben ca. 48 Prozent der Befragten an, dass sie Roma nicht als Nachbarn haben möchten. (2) Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Roma auch auf politischer Ebene absolut marginalisiert sind (sowohl bezüglich einer Repräsentation in den staatlichen Strukturen als auch auf der politischen Ebene). Auf der Ebene der Populärkultur entwickelte sich interessanterweise eine der ersten rumänischen TV-Soaps „Das Herz des Zigeuners“ zum absoluten Straßenfeger. Die klischeehafte Darstellung von Leidenschaft, Liebe, Loyalität, Verrat, exorbitantem Reichtum, Armut und Kriminalität traf den Nerv der rumänischen Mehrheitsbevölkerung und wurde ebenso von rumänischen SchauspielerInnen dargestellt. Man spricht über Roma, allerdings nicht mit ihnen.

Diese allgemeine Wahrnehmung in der Bevölkerung lässt sich ebenso in der politischen Elite wiederfinden. Ausfällige Bemerkungen gegen Roma können konsequenzenlos getätigt werden. Corneliu Vadim Tudor, Vorsitzender der rechtsextremistischen Partei Großrumänien hat wiederholt die Internierung, Erschießung etc. von Roma gefordert. Im Jahre 2000 erhielt seine Partei sogar über 20 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zum rumänischen Parlament. Positiv zu verzeichnen ist, dass seiner Partei 2008 der Wiedereinzug ins Parlament misslang. Doch diese verbalen Ausfälle gegen Roma sind kein Spezifikum der explizit extremistischen Partei Großrumänien,

sondern gehören fast zum „guten Ton“. So verlangte der renommierte Historiker und zum damaligen Zeitpunkt Außenminister Cioroianu „scherzhaft“ die Internierung von Personen, die dem Ansehen Rumäniens schaden, in einem ägyptischen Wüstenlager. Wer damit gemeint war, war sonnenklar. Erst nach internationalem Protest ließ er sich zu einer Entschuldigung herab. Bereits vor seiner Benennung zum Außenminister hat er in der Wochenzeitschrift Dilemma (welche für das „intellektuelle Rumänien“ steht), die Roma in einem Bukarester Stadtteil als „dreckig und kriminell“ dargestellt. Doch Cioroianu befindet sich in bester Gesellschaft: auch der rumänische Staatspräsident Băsescu bezeichnete eine Journalistin als „stinkende Zigeunerin“. (3) Rücktrittsforderungen, öffentliche Empörung oder Kritik blieben weitgehend aus. Gerne wird die tatsächliche oder auch angedichtete Roma-Abstammung von Personen des öffentlichen Lebens (und vor allem von Politikern) instrumentalisiert, um diese in Misskredit zu bringen.

Besonders ambivalent war das Verhalten rumänischer Politiker zum Zeitpunkt der Ausschreitungen gegen Roma in Italien. Auf der einen Seite wurde betont, dass so nicht mit rumänischen Staatsbürgern umgegangen werden kann, gleichzeitig beeilte man sich aber, zwischen RumänInnen und Roma zu differenzieren. Erstere verursachen keine Probleme, Letztere beschädigen das Bild der RumänInnen im Ausland. Auch eher der internationalen Bühne geschuldet ist, dass der bereits erwähnte rumänische Präsident sich für die Ermordung von Roma während des rumänischen Holocaust öffentlich entschuldigte. So gehen also höchstgradig diskriminierende Aussagen und eine formelle Anerkennung von Roma als Minderheit Hand in Hand. Im parlamentarischen System sind die Roma mit einem Parlamentarier vertreten, welcher wie auch weitere 17 nationale Minderheiten nach einem besonderen Schlüssel gewählt wird. Keine der vielen Roma-Parteien hat jedoch bisher die Fünf-Prozent Hürde überwunden. Auch muss festgestellt werden, dass der jeweilige Roma-Vertreter im Parlament nicht besonders intensiv und damit nicht erfolgreich spezifische Interessen dieser Minderheit vertritt. Vielmehr zeichnet sich der politische Diskurs durch eine konsensuale Diskriminierung und Diffamierung dieser Minderheit aus. Es bedarf nicht unbedingt einer extremistischen Partei, wenn diese Haltung mehrheitsfähig ist. Roma sind damit StaatsbürgerInnen zweiter Klasse.

Um die Repräsentation der Interessen der Roma im politischen System ist es sowohl in Rumänien als auch in Bulgarien eher schlecht bestellt. Fallweise gebildete Wahlbündnisse von Roma- und anderen Minderheitenorganisationen dienen eher der auch bei den anderen politischen Kräften zu beobachtenden Interessenverfolgung einer kleinen Parteielite und ihr nahestehender Wirtschaftstreibender. Anders als in Rumänien befinden sich in Bulgarien jedoch extrem nationalistische und offen minderheitenfeindliche Bewegungen auf dem Vormarsch. Zuletzt waren es die Erfolge der allgemein als rechtsextrem eingestuften ATAKA-Partei, die Bulgarien in die Negativ-Schlagzeilen internationaler Medien brachten. Die vom früheren Journalisten Volen Siderov angeführte Kraft erreichte bei den letzten Parlamentswahlen 2005 mehr als 8% der Stimmen. Siderov selbst kandidierte im Jahr darauf auch bei den Präsidentschaftswahlen und erhielt im zweiten Wahlgang fast 25% der Stimmen. In beiden Wahlkämpfen hatte Siderov, der auch Autor zweier eindeutig antisemitischer Bücher ist, mit extrem nationalistischen Parolen aufhorchen lassen und auch gegen die türkische und die Roma-Minderheit Stimmung gemacht. In seiner Darstellung erschien vor allem Letztere als „diebische, gewaltbereite und die bulgarische Mehrheitsbevölkerung terrorisierende“ Minderheit, die angesichts ihrer „überproportionalen Vermehrung“ eine Gefahr für den Fortbestand der bulgarischen Nation darstelle.(4) Zu diesen – offensichtlich dem klassischen Repertoire anti-ziganistischer Hetze entlehnten – Attacken kam noch der Vorwurf der „Privilegierung“ durch die Roma „großzügig versorgende“ westliche Institutionen. Auch wenn die vielen Stimmen für ATAKA (zuletzt über 14% bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2007) nicht ausschließlich mit der Identifikation der WählerInnenschaft mit solchen Parolen zu erklären sind und wohl auch eine diffuse Protesthaltung bei vielen ein Wahlmotiv darstellt, stellt sich die Frage nach den Ursachen der tatsächlich angespannten Beziehungen zwischen den Roma und (weiten Teilen) der Mehrheitsgesellschaft. Hier dominieren bisweilen eher weltanschauliche und einer nüchternen Analyse der Verhältnisse letztlich abträgliche Positionen: Vor allem internationale Institutionen und die vielfach in ihrem Auftrag vor Ort agierenden NGOs kritisieren die schleppende oder unvollständige Umsetzung einschlägiger Anti-Diskriminierungs-Rechtsnormen, dokumentieren Fälle ungerechtfertigter – auch polizeilicher – Gewaltanwendung gegen Roma und machen letztlich im nach ihrer Ansicht tief in der Gesellschaft verwurzelten Rassismus die Wurzel des Problems aus. Dem entgegen steht die quer durch alle Schichten anzutreffende Haltung, die den Roma sowohl die Fähigkeit als auch den Willen – wenn schon nicht zu einer ‚Integration’ – so zumindest zu einem spannungsfreien Zusammenleben abspricht. Hier wird gerne auf das Scheitern auch vom sozialistischen Regime in Bulgarien unternommener Assimilierungsversuche verwiesen und je nach Radikalität zu Ignoranz oder harter Repression gegen eine in beiden Fällen als ‚unverbesserlich’ angesehene Bevölkerungsgruppe geraten. Die soziale Realität trifft jedoch weder das Bild vom ‚stehlenden Zigeuner’ noch jenes vom ‚Roma als Opfer rassistischer Diskriminierung’, da beide weitgehend losgelöst von den eingangs skizzierten sozioökonomischen Verhältnissen in den Transformationsgesellschaften argumentieren. In eben diesen

Verhältnissen liegt aber ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Verhaltensweisen und Urteile sowohl der Mehrheitsbevölkerung als auch der Roma. Auch wenn es nicht ganz zur ‚Opfer-These' passen mag: Es gibt Roma, die ihren Lebensunterhalt durch Diebstahl oder ausschließlich mit den minimalen staatlichen Transferleistungen, die infolge des Kinderreichtums überproportional in Anspruch genommen werden, bestreiten. Das hat auch damit zu tun, dass der Weg zurück in die lange gepflegte Nischenexistenz in traditionellen Handwerksberufen infolge der Modernisierung der Gesellschaft durch den Staatssozialismus versperrt ist. Gleichzeitig sind die meisten Roma auf Grund ihres niedrigen (Aus-) bildungsniveaus, das wiederum mit Diskriminierung im Bildungssystem zu tun hat, von bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes von vornherein ausgeschlossen. Die angesichts der allgemein schwierigen sozialen Lage angewandten Überlebensstrategien sind freilich nicht in den Wertehorizont der von den negativen Folgen der Transformation ebenfalls stark betroffenen Mehrheitsbevölkerung zu integrieren. Innerhalb derer leidet die Mehrzahl immer noch unter den nach dem Ende des Sozialismus eingetretenen Statusverlusten und sieht sich zugleich mit den umfassend propagierten Verheißungen der westlichen Leistungs- und Konsumgesellschaft konfrontiert, die freilich unter den gegenwärtigen Bedingungen – trotz Leistung – für die meisten unerreichbar bleiben. Der Rückgriff auf die Roma als Sündenböcke liegt in dieser Situation nahe und wird im Falle Bulgariens von Kräften wie ATAKA und Siderov sehr geschickt für die eigenen politischen Zwecke praktiziert. Ein Ausweg aus dieser Sackgasse zeichnet sich zumindest mittelfristig nicht ab. Der seit Juni 2009 amtierende Ministerpräsident der GERB-Partei, Bojko Borisov, hat bereits mehrfach als Bürgermeister von Sofia bewiesen, dass er es versteht, Ressentiments gegen Roma mit handfesten ökonomische Interessen zu verknüpfen: Im Sommer 2008 ordnete er die Planierung notdürftiger Roma-Siedlungen in der Hauptstadt Sofia an. Begründet wurde dieses Vorgehen mit den fehlenden Genehmigungen für die bescheidenen Quartiere – dem Vernehmen nach sollte aber vor allem das Terrain für lukrative Bauvorhaben geräumt werden.

Europäische Ebene

Lange Zeit war das „Roma-Problem" ein spezifisches Problem der postsozialistischen Kandidaten- bzw. neuen Mitgliedsländern. Inzwischen ist es es (immer noch nationalstaatliches) Problem zahlreicher EU-Länder. So sorgte vor allem Italien 2008 für Schlagzeilen, weil dort durch sehr umstrittene Maßnahmen den Verbleib und Zuzug von Roma (überwiegend aus Rumänien) eingedämmt werden sollte. Illegal errichtete barackenähnliche Siedlungen wurden von Unbekannten in Brand gesetzt. Ebenso konzentrierte sich der Staat auf Maßnahmen gegen illegale Einwanderer und Ausländerkriminalität, die stark mit den Roma in Zusammenhang gebracht werden. Gegen die „Einrichtung einer Datenbank mit Fingerabdrücken von Roma in Italien" (5) sprach sich die Europäische Kommission in einem relativ harschen Ton aus, bezog jedoch das Fehlverhalten nicht nur auf Italien, sondern mahnte alle Mitgliedsländer an, Diskriminierungen von Roma zu unterlassen.

Der Senat der deutschen Hauptstadt Berlin „löste" das im Sommer 2009 auftretende „Roma-Problem" – das Campieren von ca. 100 Personen in einem zentral gelegenen Park – nach wochenlangen Diskussionen mit einem 100 Euro-Heimreisegutschein nach Rumänien.

Die Roma sind eine relativ große ethnische Minderheit in Europa, die letztendlich vielleicht einer supranationalen europäischen Identität recht nahe kommen, da für sie nationalstaatliche Grenzen nur eine eingeschränkte Bedeutung haben. Zudem, und das ist ein sehr zweischneidiges Schwert, haben sie lediglich in den europäischen Institutionen, etwa der Kommission, eine Vertreterin für ihre Belange. In solchen Momenten der Eskalation wie etwa in Italien, greift diese Schutzrolle mehr recht als schlecht. Auch die „Dekade der Roma – Integration 2005-2015", die auf EU-Ebene initiiert wurde, bleibt weit hinter ihren Zielen zurück. Neben zahlreichen EU-Institutionen oder anderen supranationalen Organisationen finden sich vor allem postsozialistische Länder und … Spanien, nicht aber Italien. (6) Dies alles deutet darauf hin, dass Roma weiter „Thema" auf der Europäischen Agenda bleiben. Sie sind die passiven Opfer nationalstaatlicher Diskriminierung, ohne eigenen Nationalstaat, der laut aufspringt und in der EU sämtliche Strippen der Intervention zieht. Zudem passen sie so wenig in das Bild der europäischen „Mobilen", die man ja überall fördern will – meistens ganz ohne Matura- oder Uni-Abschluss und neoliberalem Verständnis von Erwerbsarbeit.

Literatur

(1) Zum Beispiel: Europäische Kommission SEK (2005) 1354: Rumänien – Umfassender Monitoring Bericht 2005. S. 24.

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2005/sec1354_cmr_master_ro_college_de.pdf

(2) Barometrul de Opinie Publică, Noiembrie 2005.

(3) http://www.ergonetwork.org/Chronicle.htm

(4) Vgl. einschlägige Äußerungen Siderovs auf der Partei-Website ataka.bg

(5) Amtsblatt der Europäischen Union 3.12.2009, (2009/C 294 E/12)

(6) http://www.romadecade.org/national_coordinators_and_government_experts

Eine kürzere Variante ist in der Antirassistische Zeitung (ZAG) Ausgabe 54/2009 erschienen.

Jenseits von Restriktionen und Erstarrungen

von Christine Moderbacher und Annika Lems

Christine Moderbacher absolviert derzeit einen Master in Visueller Anthropologie, Schwerpunkt Dokumentarfilm, am Granada Center der Universität Manchester.

Annika Lems schreibt ihren PhD zu „Somali Refugees and Narrations of Space, Place and Belonging“ am Institute for Social Research, Swinburne University of Technology in Melbourne. Beide studierten Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien und konzipierten und realisierten gemeinsam den Dokumentarfilm „Harraga“.

Während die EU an den Außengrenzen aufrüstet und Bilder über Dramen schiffbrüchiger Flüchtlinge am Mittelmeer den Weg in die Nachrichten finden, bleiben die Geschichten der Betroffenen ungehört. Eine Reflektion über Wege aus dem strukturellen Schweigen und eine Spurensuche nach der Produktion von Gegenbildern.

„Ich liebe das Abenteuer“ meint Khaled aus dem Fischerort Kelibia an der Nordküste Tunesiens, „ich liebe es zu reisen, besonders über das Meer.“ Der dreißigjährige Bauer spricht von den fünf Versuchen, gemeinsam mit seinem Freund Ghabsi mit einem kaum seetüchtigen Schlauchboot über das Mittelmeer nach Italien überzufahren. All seine Anläufe misslangen jedoch – mal war es das Wetter, mal ein Problem mit dem Boot, oder der Navigation, und mehrmals wurde er von der Polizei aufgegriffen und abgeschoben. Traumatische Erlebnisse am offenen Meer, Selbstverletzungen während der Internierung in einem italienischen Lager, Fluchtversuche sowie Leben in der Illegalität und Rückflüge nach Tunesien in Handschellen scheinen Khaled nicht zu entmutigen. „Ich bin allzeit bereit, es wieder zu versuchen.“

Begrenzungen.

Wenn Khaled von den Bootsmigrationen nach Italien spricht, ist es, als handle es sich um harmlose Urlaubsfahrten. Genau wie tausende der europäischen TouristInnen, die jeden Sommer die All-Inclusive-Clubs Tunesiens stürmen, träumt er von Abwechslung und Abenteuer. Doch die Grundvoraussetzungen dafür könnten nicht unterschiedlicher sein: Während westliche UrlauberInnen problemlos ein- und ausreisen können, ist der Weg aus den nordafrikanischen Mittelmeerstaaten in den Westen für einen Großteil der dort lebenden Menschen auf legalem Wege unmöglich geworden. Ungeachtet dessen, dass es sich um ein Militärregime handelt, zählt die tunesische Regierung zu den wichtigsten Kooperationspartnern der neuen EU-Immigrationspolitik. So wurden Rückführungsverträge mit Ländern wie Italien unterschrieben: Tunesien akzeptiert abgeschobene StaatsbürgerInnen, im Gegenzug dazu erhalten sie Entwicklungsgelder sowie militärische Unterstützung und Ausrüstung für Grenzpatrouillen. Mit den Einsatzteams der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX wird nun vor allem in den Sommermonaten auch aktiv am Meer nach Bootsflüchtlingen gefahndet, um sie noch in internationalen Gewässern abzuschieben, und VertreterInnen der Flüchtlingsorganisation ICS (Italian Consortium of Solidarity) berichten in einem 2005 erschienen Report von geheimen, mit europäischen Geldern finanzierten Abschiebelagern im Süden des Landes. Überlebende sprechen von systematischer Aushungerung und Deportationen in die algerische

Wüste. Jenen Menschen, die bei einer illegalen Überfahrt noch in tunesischen Gewässern erwischt werden, blüht seit einer Verschärfung des Gesetzes im Jahr 2004 eine Gefängnisstrafe von bis zu 10 Jahren. Laut dem Amnestyreport 2007 werden häufig auch aus Europa abgeschobene Personen unter dem Vorwand des Terrorismusverdachtes inhaftiert. Dass ein Gefängnisaufenthalt in Tunesien die Betroffenen für die Zukunft zeichnet, wissen jene hunderte als oppositionell eingestuften Menschen zu berichten, die dort unter Psychoterror und Folter Jahre ihres Lebens verbracht haben.

Harragas.

Als Harraga bezeichnen Menschen in Tunesien die illegale Migration über das Meer. Während die einen das wörtliche Verbrennen – *harg* – sinnbildlich mit „bei Rot über die Ampel fahren" übersetzen, gibt es auch eine andere Interpretation des Begriffes: „Harraga kommt aus Marokko, weil es dort eine längere Flüchtlingstradition gibt", meint der Maler Ahmed aus Kelibia, „wenn die Flüchtlinge über Gibraltar nach Spanien kommen, verbrennen sie ihre Pässe, denn wer keinen Pass hat, hat keine Identität. Wenn einer den Pass hat, wissen sie woher er kommt und er wird zurückgeschickt." Die Menschen in und um Khaleds Heimatort Kelibia wissen viel über harraga zu erzählen. Gut versteckt vor den allgegenwärtigen Blicken und Ohren der Polizei oder lauschender NachbarInnen wagen es einige, all jene Geschichten zu erzählen, die sich jeden Sommer am Meer abspielen. Jeder kennt jemanden, der es schon einmal versucht hat. Die meisten sind gescheitert und kamen bestenfalls mit ihrem Leben davon, aber vereinzelt gibt es auch Berichte von entfernt Bekannten, die es geschafft haben sollen. Genau diese Erfolgsgeschichten sind es, an die sich jene jungen Leute, die sich viel von einer Migration nach Italien erhoffen, klammern. Dass das Leben als MigrantIn in Europa allerdings nicht so einfach ist und den Einzelnen in der Regel viele Jahre harter Arbeit bevorstehen, wissen die meisten TunesierInnen sehr wohl. Der Fischer Ramzi, der selbst bereits mehreren Verwandten zur Flucht verholfen hat, erzählt dazu: „Jeder hier weiß, was einen Tunesier, der illegal nach Europa einreist, erwartet: Er hat keinen fixen Job, er schläft unter Brücken, in alten Häusern, in denen keiner mehr lebt. Es gibt Immigranten, die jahrelang in irgendwelchen Höhlen in Sizilien wohnen mussten." Auch die Gefahren einer Reise über das Meer sind nicht unbekannt. „Es ist sehr, sehr gefährlich. Jede Reise ist eine zwischen Leben und Tod" erzählt der Fischer. Obwohl die Risiken bekannt sind, wird unter den harraga nur wenig davon gesprochen. Sie sind Teil der jungen tunesischen Generation, die unter den Restriktionen des Regimes groß geworden ist, und nun, um den großen Traum von Freiheit und Abenteuer zu leben, alle Hindernisse auszublenden versucht.

Unerwartete Geschichten.

Wir lernten Khaled im Zuge unserer Recherchen für eine Reportage über tunesische harraga kennen und waren erstaunt und betroffen zugleich über die Selbstverständlichkeit, mit der er die gefährlichen Überfahrten und die Freude am Abenteuer als zusammengehörig verstand. Im Kontext der europäischen Abschottungspolitik, die immer gewaltvollere Ausmaße annimmt und der tunesischen Diktatur unter Ben Ali, welcher das Land bereits seit über zwanzig Jahren in Geiselhaft hält, hätten wir mit einem solchen Erklärungsansatz nicht gerechnet. Es war wohl eine von der Anthropologin Ruth Behar beschriebene Situation, auf Geschichten zu treffen, die man/frau nicht erwartet hätte und die bestehende Theorien in Frage stellen, die dazu führte, dass aus dem geplanten kurzen Text für ein Magazin ein Filmprojekt wurde, an dem wir zwei Jahre arbeiteten (Behar 2003: 16). Das Endprodukt, ein fünfzigminütiger Dokumentarfilm (Harraga, AT 2009) war unser Versuch, mit den minimalen uns zur Verfügung stehenden Mitteln neue Räume für Gegenbilder und -stimmen zum vor allem von den Mainstream Medien besetzten Diskurs um Bootsflüchtlinge zu eröffnen.

Gegenbilder.

Die derzeit dominanten Bilder von Bootsflüchtlingen als Menschenfluten, die Europa zu überspülen drohen oder als Teil einer geschichts- und gesichtslosen

Masse von Körpern (Malkki 1996: 387 f.), die dicht aneinandergepresst vor dem Ertrinken bewahrt werden, lassen die einzelnen Geschichten derjenigen, die darüber am meisten zu erzählen hätten unbeachtet: die der Flüchtlinge selbst. So wichtig es auch ist, die Dominanz westlicher medialer Bildprägungen zu erkennen und zu diskutieren, ist es von umso größerer Bedeutung über mögliche Wege aus dieser Krise der Repräsentation nachzudenken. Sich genau der Macht des Mediums zu bedienen, welches vorherrschende Diskurse so stark prägt und darin Gegenbilder zu produzieren, ist eine Lösungsstrategie, welche Marcus Banks vorschlägt (Banks 2005: 130). Da Film in der Repräsentation von Flüchtlingen eine so mächtige Rolle spielt, haben wir uns mit den Möglichkeiten beschäftigt, die wir als Anthropologinnen und Filmemacherinnen haben, uns innerhalb dieses Massenmediums aus der unkritischen Produktion Anderer zu befreien. Dass die Zusammenarbeit mit Menschen wie Khaled und Ghabsi, die durch die derzeitige Migrationspolitik praktisch in die Rechtlosigkeit getrieben werden, zu Machtgefällen zwischen Filmemacherinnen und Protagonisten führt, war eine Realität, der wir uns stellen mussten. Die so genannte „Krise der Repräsentation" hat die Sozialanthropologie in den vergangenen Jahrzehnten revolutioniert, zugleich aber in mancherlei Hinsicht auch in eine Sackgasse getrieben. Wenn es aufgrund von Machtasymmetrien für „westliche" ForscherInnen und FilmemacherInnen nicht mehr möglich ist, mit „anderen" zu arbeiten, würde das bedeuten, dass wir uns in eine Form von Handlungsunfähigkeit begeben haben, welche jeglichen Raum für politisches und soziales Agieren verschließt. Stattdessen kann ethnographisches Arbeiten, das immer in erster Linie Texte und Narrationen produziert, auch als Möglichkeit gesehen werden, über die Gesellschaft nachzudenken, aus welcher der/die AutorIn stammt (Taussig 1986). Gerade im Kontext der europäischen Abschottungspolitik war es für uns von zentraler Bedeutung, mit den uns möglichen Mitteln Gegenbilder zu dokumentieren. Zugleich war es für uns aber auch wesentlich, uns aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm hinaus zu begeben, um mit sozialanthropologischen und politisch brisanten Thematiken ein breiteres Publikum zu suchen.

Gegengeschichten.

Die Arbeit mit Lebensgeschichten bot uns die Möglichkeit, einzelnen Menschen hinter den als Massen dargestellten Flüchtlingen ein Gesicht, einen Namen, eine Geschichte zu geben sowie ihre individuellen Entscheidungen zu beleuchten. Mit narrativen Interviews zu arbeiten bedeutet aber, wie die Sozialanthropologin Lisa Malkki meint, keinesfalls die vereinfachende und romantische Haltung, Menschen eine Stimme zu geben. Vielmehr lässt sich hinter dem Schweigen meistens keine Stimme finden, die auf Befreiung wartet, stattdessen aber tiefgehende historisch gewachsene Ebenen des Mundtotmachens (Malkki 1996: 398). Wir sehen uns als sozialanthropologische Filmemacherinnen daher nicht als Sprachrohr für „Andere", sondern in der Rolle als Zeuginnen. In „Harraga" haben wir uns der Stärke unserer Disziplin, dem Offenlegen individueller Geschichten bedient und damit nach Lösungsstrategien aus der Erstarrung gesucht, die viele Intellektuelle im Zusammenhang mit den Geschehnissen an den europäischen Außengrenzen erfasst hat. Ohne detaillierte filmtechnische Vorkenntnisse und ohne professionelles Equipment, mit einem Budget von knappen zweitausend Euro glich die Arbeit manchmal einem Hindernisparcour. Das Endprodukt, ein Low-Budget Dokumentarfilm, zeigt auf einer tiefer liegenden Ebene auch unseren persönlichen Versuch der Befreiung aus den Vorgaben der konventionellen Filmproduktionsmaschinerie und aus der Sackgasse der „Armchair-Radikalität", welche die Postmoderne hinterlassen hat (Berman 1992: 46).

Auf der anderen Seite.

Während Khaled wieder in Kelibia lebt und auf eine nächste Möglichkeit wartet, das Land zu verlassen, hat sein Freund Ghabsi es geschafft: Nach Jahren in der Unsichtbarkeit, als Clandestino in Italien, lebt er nun legal auf der anderen Seite des Meeres, hat ein sicheres Einkommen, ein Auto, eine Wohnung, kann ab und zu etwas Geld nach Hause schicken. Im Film erzählt er scheinbar jene geglückte Migrationsgeschichte, auf die viele seiner Freunde in Tunesien ihre Zukunftsträume bauen. – Und wieder zeigt sich, dass sich hinter den erwarteten Narrationen von Europa als Paradies auf Erden oft nicht viel mehr verbirgt, als eine westliche Projektion. Ghabsi erzählt weder von einem erwarteten, noch von einem erfüllten Lebensglück in Italien. So wichtig die gelungene Migration nach Mailand für Ghabsi auch war, sein Glück hat er dort nicht gefunden: „Italien bietet dir alles, aber es nimmt dir dein Leben" meint er.

Trailer und nähere Information zum Film Harraga unter www.rescueboat.org

Literatur

BANKS, Marcus. 2001. Visual Methods in Social Research. London/Thousand Oaks/ New Delhi: Asage

BEHAR, Ruth (2003): Ethnography and the Book that was Lost. In: Ethnography. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications 4 (1): 15 – 39

BERMAN, Marshall. 1992. Why Modernism still matters. In: Modernity and Identity, edited by Scott Lash and Jonathan Friedman, Oxford: Blackwell (1992), 33-58.

ICS (Consorzio Italiano di Solidaritá). 2005. La Protezione Negata. Primo rapporto sul diritto di asilo in Italia. Milano: Feltrinelli

MALKKI, Liisa (1996): Speechless Emissaries: Refugees, Humanitarianism, and Dehistoricization. In: Cultural Anthropology 11(3): 377 – 404

TAUSSIG, Michael. 1986. Shamanism , colonialism , and the wild man : a study in terror and healing. Chicago: University of Chicago Press

Die Saamen als europäische Indigene

eine Aussensicht

von Therese Fuchs
Studentin am ipw und
Redaktionsmitglied

Reden wir über Saami als europäisches indigenes Volk, so tun wir gut daran, im Kopf nicht die europäische Landkarte zu haben, sondern die, welche die Polarregion ausweist. Der Blick von oben sozusagen, mit dem Nordpol im Zentrum. Erst dann können wir anfangen, zu verstehen, was für Volk die Saamen sind, was ihr Leben und ihre Kultur geprägt hat. Und wie weit weg „Europa" von hier aus zu sein scheint. Raues Klima, kalt und trocken im Landesinneren, etwas wärmer an den Fjorden. Uralte Wälder; und Tundra – das einzige Wort, das es aus der Saami-Sprache in „große" Sprachen geschafft hat. Ein Gebiet, das lange nach der Ansiedelung des Volkes in Norwegen, Schweden, Finnland und Russland geteilt wurde. Die übliche Kolonisierungsgeschichte folgte: „ungenutztes" Land wurde zu schwedisch/finnischem, dänisch/norwegischem oder russischem Eigentum erklärt, Zwangsarbeit, Christianisierung, Assimilierung, etc. Geschichte, die heute noch für gegenseitiges Misstrauen sorgt. Auch wenn heutzutage gerne auf Harmonie gesetzt wird, vor allem bei Staatsbesuchen. Wo öffentlich gezeigt wird, wie gut und respektvoll doch mit „seinen" Indigenen umgegangen wird. „Vergessen wir doch die Vergangenheit" und „vertragen wir uns" lautet die Parole.

In Sápmi, Saamiland leben folgende Volksgruppen: Im Osten d.h. auf der Kolahalbinsel finden sich Ter, Kildin und Skolt Saami, wobei letztere nach den Gebietsverlusten Finnlands im Zweiten Weltkrieg in die neue finnische Grenze umgesiedelt wurden. Im Norden: Enare, Davvi oder Nordsaami, als größte Gruppe, die Meer-Saami, die traditionell vom Fischfang statt Rentierzucht leben, Lule und Pite Saami. Im Süden Schwedens und Norwegens: Ume und Aarjel oder Süd-Saami.

Eskaliert ist der Konflikt um Landrechte in Norwegen 1980-1981 durch den geplanten Bau eines Wasserkraftwerks in Alta. Norwegische Saami protestierten, teilweise gewaltsam, durch die Sprengung einer Brücke. Verletzt wurde dabei nur ein Saame selbst. Aber so erreichte das Problem die Öffentlichkeit, führte zur Errichtung von zwei Saami-Kommittees für kulturelle und rechtliche Angelegenheiten und 1989 zur Errichtung des Sameting, das norwegische Saami-Parlament.

Heute werden Saami von Norwegen als Minderheit und gleichzeitig, der UN Deklaration der indigene Völker folgend, als indigene Volksgruppe anerkannt. Dieser Status stieß bei NorwegerInnen auf Unmut, da sie sich dadurch verständlicherweise in ihren Rechten bedroht fühlten. So fürchteten NorwegerInnen beispielsweise, in den Flüssen Finnmarks nicht mehr privat fischen zu dürfen, wenn dies ein Vorrecht der Saamen würde.

Schweden und Finnland behandeln Saami als Minderheiten, mit Minderheitenrechten also aber ohne die Rechte, die indigenen Völkern zukommen sollten. So blieben die Landrechte bis heute ungelöst. In Schweden wurde den Saamis ihr traditionelles Jagd- und Fischereirecht entzogen, um anderen Organisationen Zugang zu verschaffen. Finnische Saamis konnten die Holzindustrie lange nicht davon abhalten, in ihren Wäldern – den ältesten Wäldern Finnlands und die lebenswichtigen Winterweiden der Rentiere – zu schlägern, schlicht und einfach weil sie kein Dokument besaßen, das ihnen Eigentumsrechte bescheinigte. Dieser Streit zwischen Metsähallitus und den Saami im Gebiet Nellim (Nähe Inari/Nordfinnland) wurde erst am 24.8.2009 beigelegt, wobei sich Mestähallitus verpflichtete 90% des Waldes nicht zu schlägern und bei den übrigen 10% Rücksicht auf Rentierweiden zu nehmen. (Den Film „The Last Yoik" zum Thema gibt es übrigens auf Youtube und Googlefilms.)

In Schweden existiert ein Saami-Parlament mit beratender Funktion seit 1993. In Finnland entstand eine solche

Institution schon 1973 mit beratender Funktion und seit 1991 muss es bei allen Angelegenheiten die Saami betreffend konsultiert werden. Außerdem gibt es den Sámiráđđi, den Saami Rat, eine Art NGO mit derzeit 9 Mitgliederorganisationen aus Norwegen, Schweden, Finnland und Russland. Gegründet wurde der Saamirat 1956 und ist somit die älteste Organisation indigener Völker. (Siehe www.saamicouncil.net)

Dennoch besitzen solche Institutionen wenig Durchsetzungskraft und viele Saami selbst zweifeln an ihrer Sinnhaftigkeit.

Ganz anders ist die Situation in Russland. Wie alle Bereiche der Landwirtschaft wurden auch die Rentierhalter ab 1929 zu Kolchosen zusammengeschlossen. Der Gebrauch der Saami-Sprache wurde von der Regierung bis in die 60er Jahre hinein total, selbst innerhalb der Familie, verboten. In den 60er Jahren wurden die russischen Saami aus ihren Dörfern in das städtische Zentrum Lovozero umgesiedelt. Gesetze zum Schutz indigener Völker existieren immer noch nur auf dem Papier. Dennoch: Seit ein paar Jahren gibt es eine Schule, in der Saami-Sprache unterrichtet wird, ein kleines Saami-Museum und am „Hauptplatz" von Lovozero steht ein Kulturzentrum, mit einer winzigen Radiostation, die zehn Minuten am Tag in Saami-Sprache sendet.

Das Bewahren einer Tradition ist immer so eine Sache, die Saami haben auf jeden Fall viel dafür getan. Norwegen, Schweden und Finnland waren dabei nicht unhilfreich, bei der Bewahrung der Sprache etwa – verkauft sich schließlich ja auch gut, so ein indigenes Volk. Viele Saamen leben immer noch von der Rentierzucht, immer mehr allerdings vom Tourismus. Ca. 70.000 Saami gibt es heute, 2.000 in Russland, 6.000 in Finnland, 20.000 in Schweden und 40.000 in Norwegen und der Rest wahrscheinlich in Oslo oder Stockholm, die scherzhaft die größte Saamistadt genannt wird. 20.000 von ihnen sprechen noch eine Saami-Sprache.

Das post-nationale Europa inmitten einer italienischen Renaissance-Stadt?

von Leila Hadj-Abdou
European University Institute

In dem Moment in dem ich diese Zeilen schreibe, sind es exakt 6 Monate und 9 Tage, dass ich meine Forschungsstelle am Institut für Politikwissenschaft in Wien gegen eine P.h.D Ausbildung am European University Institute (EUI) in Florenz eingetauscht habe.

Wie der Name schon verrät, ist das EUI ist eine europäische und keine italienische Institution. Manche behaupten sogar es wäre eine Außenstelle der EU. Vom organisatorischen Aufbau betrachtet gibt es in der Tat einige Parallelen. Das Institut setzt sich aus europäischen Mitgliedsstaaten zusammen, die jeweils über eine Quote an Studierenden verfügen. Und selbst die Gehaltsschemata der EUI Angestellten richten sich nach denjenigen in Brüssel.

Forschungstechnisch gesehen ist es aber weit weniger eurozentristisch als so manch andere Doktoratsprogramme. Der Fokus reicht weit über die EU hinaus. So einige meiner KollegInnen arbeiten etwa zu sozialen Bewegungen in Lateinamerika oder politischen Parteiensystemen im Nahen Osten. Feldforschung in China, Brasilien oder Syrien sind also keine Seltenheit.

Was wiederum „europäische Identität" anbelangt, ist das EUI hingegen wohl das Europa (der Nationalstaaten) par excellence: Nationale Zugehörigkeiten und nationale kulturelle Zuschreibungen unter den KollegInnen sind omnipotent.

Ich habe am Anfang unter meinen KollegInnen hier immer große Verwirrung gestiftet, da ich mich partout keiner Nation zuschreiben wollte und hingegen eifrig betont hatte, dass ich aus Wien bin. Das verstand hier kaum jemand, und schon gar nicht diejenigen, die zu „nationalen Identitätsprozessen" arbeiten.

Apropos Nation:

Österreich hat pro Jahr 1-2 Plätze am Institut für Politik- und Sozialwissenschaften. Mensch konkurriert also nicht gegen ganz Europa sondern jeweils gegen andere BewerberInnen aus dem jeweiligen Land dessen Staatsbürgerschaft mensch besitzt. Da haben KleinstaatenbewohnerInnen schon mal einen gewissen Vorteil gegenüber KandidatInnen etwa aus Deutschland. Der Vorteil relativiert sich jedoch vergleicht man die unterschiedlichen nationalen Ausbildungen. Denn um angenommen zu werden, muss ein Forschungsprojekt nicht nur inhaltlich interessant und relevant sein, sondern auch methodisch fundiert, und das allerwichtigste, in den Schwerpunkt einer der ProfessorInnen am Institut passen. Wer also noch nie was von most different oder most similar research design gehört hat, dem sei geraten vorher nochmal die Klassiker zu studieren, die einem in der österreichischen politikwissenschaftlichen Methodenausbildung (jedenfalls meiner Generation) gerne vorenthalten wurden.

Doch warum überhaupt in Erwägung ziehen, sich mit politikwissenschaftlichem Wissen auseinander zu setzen, ohne das man in Österreich so problemlos als PolitologIn überleben kann?

Hand aufs Herz, die Forschung, die von den Promovierenden am EUI durchgeführt wird, ist nicht notgedrungen immer die innovativste. Dafür bietet das System an sich zu wenig Anreize: Gender oder gar feministische Forschung ist hier etwa eindeutig ein Minderheitenprogramm. Die zweite Verwirrung, die ich nach meiner fehlenden nationalen Identität gestiftet hatte, war demnach meine Frage an die künftigen StudentInnenvertreterInnen wie sie sich denn hinsichtlich des geringen Anteils der Professorinnen am EUI positionieren. Eindeutig falsche Frage, wo es doch laut Vertretung einfach zu wenig qualifizierte Frauen gibt, die sich bewerben könnten. Ja, wenn nur alles Wissen so einfach wäre, ...

Aber dafür hat mensch nach 4 Jahren EUI garantiert alles Handwerkszeug erlernt, um ganz vorne in der politikwissenschaftlichen Disziplin mitspielen zu können. Kombiniert mit einem Master Studium am IPW in Wien, das gegenüber dem EUI bei der Vermittlung von Kritikfähigkeit sicherlich die Nase vorn hat, ist ein Doktoratsstudium am EUI ideal für all jene, die gerne langfristig und gut wissenschaftlich arbeiten wollen.

Ein bisschen ist das EUI vielleicht mit einem permanenten Erasmus-Studium zu vergleichen, nur dass mensch dabei wirklich studiert und wissenschaftlich gefordert wie gefördert wird. Natürlich hängt vieles auch vom/von der BetreuerIn vulgo supervisor ab. Anders als in vielen nationalen Systemen sind die BetreuerInnen aber in jedem Fall verpflichtet, für eine/n da zu sein. Und das sind sie auch.

Ich habe das Glück, den meines Erachtens intelligentesten Kopf und die integreste Persönlichkeit des Instituts als Betreuer zu haben. Das stiftet wiederum bei mir Verwirrung. Ich musste plötzlich lernen, mit dem Gefühl der Ehrfurcht umzugehen. Bei einigen meiner KollegInnen geht das sogar so weit, dass sie von unserem eben diesem supervisor träumen, wie er sie zur Diss befragt. Nun gut, dieses Stadium habe ich noch nicht erreicht, aber ich habe verstanden, dass es für mich auch nach einigen intensiven Jahren Wiener Forschungserfahrung noch vieles zu lernen gibt. Und das ist, so einschüchternd es anfangs ist, letztlich wiederum auch ein sehr schönes Gefühl.

Und das ebenso schöne am europäischen EUI ist, dass so vieles „toskanisch" ist. Die sattgrünen Hügel, die man aus den Fenstern der Bibliothek betrachten kann, die Olivenhaine am Institutsgelände, die Hörsäle aus Zeiten der Medici und die Bonboloni und der Macchiato in der Caffeteria. Ja ein kleines bisschen ist das Gedeihen des Ph.D. schon immer von dolce vita gefährdet. Nur gut, dass es strikte Abgabetermine und eine jährliche Evaluierung gibt. Wer zuviel Bonboloni und zuwenig Focault konsumiert hat, dem kann es schon passieren, dass er/sie nach einem Jahr sein Studium beenden muss.

Wer also das EUI rein aufgrund des Standortes als geeigneten Ort für sein Ph.D. Studium erachtet, dem sei also abgeraten. Ebenso diejenigen, die sich erhoffen am EUI italienisch zu lernen. So sehr ich das Konzept der Parallelgesellschaft ablehne, im Kontext des EUI wäre es wohl treffend. Warum spricht hier eigentlich niemand von den nicht-integrierten EUI-AkademikerInnen?

Pardon wie abwegig, schließlich sind wir doch alle EuropäerInnen hier!

Wer ein post-nationales Europa sucht, wird es hier wie bereits angemerkt jedoch nicht finden. Selbst bei den vorgedruckten Anwesenheitslisten in den Seminaren steht meine Nationalität immer in Klammer daneben.

Trotz einiger Hürden, Herausforderungen und Probleme, ist es dennoch ganz sicher wert, ans EUI zu kommen. Im Bereich der Politikwissenschaft ist es sicherlich einer der besten Ausbildungen in ganz Europa. Ja, ja, wer's nicht glaubt, kann Ranking-Ergebnisse auf der EUI homepage nachlesen: www.eui.eu.

Und nur für den Fall, dass irgend jemand auf die Idee kommen könnte meine Sicht der Dinge sei irgendwie gefärbt, möchte ich am Ende meiner kleinen Betrachtung ein statement meines Kollegen Alexander Stummvoll übers EUI stellen, der ebenso wie ich aus der Quote der Kleinstaatler stammt:

„Die Promotionsbedingungen am EHI sind exzellent und außergewöhnlich. Bei schönstem Blick auf den Dom und die umliegenden Berge der Toskana, wird Europa nicht nur studiert, sondern gelebt. Zusammen mit Doktoranden aus ganz Europa habe ich im ersten Jahr eine gründliche Einführung in methodische Debatten bekommen. Mein Doktorvater ist jederzeit ansprechbar - man sieht sich beim Mittagessen in der Mensa, beim Kaffee in der Cafeteria und manchmal sogar beim Feierabendbier in der Bar. Nach Bachelor- und Masterstudium in Großbritannien kann ich sagen, dass das EHI in meiner Disziplin eines der besten und bekanntesten Doktorandenprogramme anbietet. Dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Österreichischen Austauschdienst bin ich sehr dankbar, dass wir österreichische Stipendiaten hier in Florenz in den Genuss eines Vollstipendiums kommen. Allen interessierten österreichischen Studenten kann ich eine Bewerbung voll und ganz empfehlen."

Alexander Stummvoll, Doktorand in Politik- und Sozialwissenschaften (2. Jahr)

PS: Und damit keine Zweifel aufkommen: Auch ich bin dem österreichischen Ministerium und dem ÖAD ehrlich sehr dankbar! Und ich hoffe, dass durch die Unterstützung des Ministeriums noch viele weitere AbsolventInnen des IPW ans EUI kommen können.

Europäische Symbole (1)

von Karin Liebhart
Lektorin am ipw sowie im Rahmen des MES, Faculty Member des IK „Europäische historische Diktatur- und Transformationsforschung“

Als auf dem informellen Europäischen Rat von Lissabon im Oktober 2007 die Staats- und RegierungschefInnen der EU-Mitgliedsländer den „Reformvertrag der Europäischen Union“ annahmen, kommentierte die Journalistin Alexandra Föderl-Schmid dies im Standard (20./21.10.2007, 40) mit der Bemerkung „Europa fehlt der Esprit“. Sie bezog sich damit auch auf das Faktum, das aus diesem Dokument, das den gescheiterten „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ ersetzt, sämtliche Symbole europäischer Identität eliminiert worden waren. Die blaue Flagge mit dem goldenen Sternenkranz (Symbol der Einheit und seit 1965 offizielles Emblem der Europäischen Gemeinschaft (2)) und die „Ode an die Freude“, die sogenannte Europahymne (ein Motiv aus dem letzten Satz der Neunten Beethoven-Symphonie (3)), kommen in dem Vertragswerk, für das die Bezeichnung „Verfassung“ tunlichst vermieden worden war, nicht mehr vor. Die Entscheidung, jegliche Verweise auf gemeinsame europäische Symbole aus dem Vertragstext zu streichen, war das Ergebnis von Debatten auf nationalstaatlicher Ebene. Die Verwendung von Symbolen nationaler Identität, wie Flagge, Hymne oder Motto, für das supranationale Gefüge EU wurde in diesen Diskussionen als potentielle Gefahr für nationale Identitäten in Frage gestellt. Dies zeigt, dass neben politischen Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten betreffend Stimmgewichtung im Rat, Anzahl der KommissarInnen und Sitzzuteilung im Europäischen Parlament auch symbolpolitischen Fragen eine bedeutende Rolle in den Verhandlungen zugeschrieben wurde. Insbesondere in Großbritannien, Polen und den Niederlanden wurde das Thema heftig diskutiert, mit dem Resultat, dass die Bezeichnung „Verfassung“ sowie die genannten Typen von politischen Symbolen für nationalstaatliche Kontexte reserviert bleiben sollen (vgl. Der Standard online Wissen: Geschichte des EU-Vertrags, 17.10.2007).

Dem gegenüber steht die in politischen und publizistischen Öffentlichkeiten quer durch Europa und darüber hinaus oft geäußerte Annahme, die mangelnde Identifikation der EU-BürgerInnen mit der Europäischen Union sei auch auf ein Symboldefizit zurück zu führen. Es gebe keine europaweit akzeptierten gemeinschaftlichen Symbole, in denen die „Seele Europas“ (4), zum Ausdruck kommen könne. In diesem Zusammenhang ließe sich nun allerdings die Frage stellen, ob mittels traditioneller Formen politischer Repräsentation, die im 18. zum 19. Jahrhundert in nationalstaatlichen Kontexten entstanden sind, ein modernes, dynamisches Europa überhaupt symbolisiert werden kann.

Politische Symbole auf EU-Ebene stellten bislang nämlich meist den Versuch dar, nationalstaatliche und supranationale symbolische Verweise zu verbinden und damit zur Konstruktion einer EU-Identität als Grundlage eines gemeinsamen Wahrnehmungs-, Kommunikations- und Handlungsraumes beizutragen. Dies lässt sich an der Gestaltung der €-Banknoten und €-Münzen ebenso ablesen wie am Design der Logos für die Ratspräsidentschaften. Die €-Geldscheine zeigen allesamt Brücken und Tore als verbindende Symbole und legen eine gemeinsame, chronologische Entwicklung Europas - symbolisiert durch die Abfolge von prägenden Architekturstilen - nahe. Die €-Münzen lassen mehr Platz für Gestaltung: ihre Rückseite bleibt nationalen Symboliken vorbehalten.

Auch die Ratspräsidentschafts-Logos versuchen das vielfach konstatierte Spannungsverhältnis zwischen nationaler und supra-nationaler Identität zu überwinden. Dazu werden in den Logos „typische“ Symbole aus nationaler Politik und Kultur mit EU-

Symbolen (meistens Sternenkranz oder einzelne Sterne) verknüpft bzw. kommen Nationalfarben und EU-Farben zum Einsatz. Beispielsweise verwendete Griechenland 2003 einen stilisierten Ölzweig, Irland 2004 eine Stilisierung der irischen Harfe. Manche Staaten kommunizierten die nationale Komponente ihrer Identität vor allem über die Flaggenfarben, wie etwa Deutschland 2006 oder Schweden 2001 und 2009, dessen Nationalfarben noch dazu identisch mit den EU-Farben sind. Im Lauf der letzten Jahre ist ein weiterer vereinheitlichender Trend zu bemerken: Die meisten Präsidentschafts-Logos integrieren mittlerweile die Web-Adresse ihrer Internet-Präsentation, ein Hinweis auf den hohen Stellenwert von Online-Medien in der politischen Kommunikation.

Einen Rückgriff auf die Symbolik von Nationalfarben und Nationalflaggen und zugleich einen ästhetischen Bruch mit herkömmlichen Formen europapolitischer Repräsentation stellt der, vom niederländischen Architekten Rem Koolhaas und der Gruppe AMO entworfene, sogenannte Barcode dar. (5) Dieses neue EU-Symbol wurde für die österreichische Ratspräsidentschaft 2006 erstmals offiziell verwendet. Das Design spielt auf Produktsignaturen in Supermärkten und damit auf alltagskulturelle Bezüge und ökonomische Dimensionen an. Koolhaas entwarf den Barcode, bestehend aus den Flaggenfarben aller EU-Staaten, als innovatives Symbol für die supranationale Staatengemeinschaft. Koolhaas verfolgte die Idee, dem allseits beklagten ikonografischen Defizit der EU mit einer neuen Symbolsprache zu begegnen. Der „Barcode" ist prinzipiell erweiterungsfähig und somit ein dynamisches Symbol, das einerseits die Dynamik einer größer werdenden Europäischen Union reflektiert, andererseits dennoch in nationalstaatlichen Bezügen verhaftet bleibt, da er letztlich europäische Identität als Summe nationaler Identitäten fasst. (6)

Auch das Logo der tschechischen Ratspräsidentschaft 2009 spielt mit der Konfiguration nationaler Codes, die sich zu einem größeren Ganzen fügen: Es kombiniert die Internetkürzel der Mitgliedstaaten zu einer stilisierten Landkarte der EU.

Im Entwurf des Logos anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 standen nationalstaatliche Verweise nicht mehr im Zentrum, vielmehr sprachliche, ästhetische und alltagskulturelle Bezugnahmen. Das Logo wurde im Rahmen eines von der Europäischen Kommission ausgeschriebenen Wettbewerbs anlässlich des „50. Geburtstags" EUropas kreiert. An der Ausschreibung beteiligten sich über 1700 junge DesignerInnen und Design-Studierende aus allen damaligen Mitgliedstaaten der EU sowie aus Bulgarien und Rumänien. Den Wettbewerb gewann ein Student der Kunsthochschule Poznan. Sein Entwurf verbindet den Schriftzug „together" mit der Unterschrift „since 1957". Das Logo besteht aus Buchstaben in unterschiedlichen Farben und Schrifttypen, die die Vielfalt der europäischen Sprachen, Geschichte

und Kultur repräsentieren, mit Zeichen, die aus dem Bereich der Wirtschaft und der Informationstechnologie stammen (etwa die Zeichen für Copyright, Registered Trademark und Adressbezeichnungen im E-Mail-Verkehr) und daher aus Alltagskontexten bestens bekannt sind. Diese Zeichen werden zum Schriftzug „together" bzw. seinem Pendant in den jeweiligen Sprachen kombiniert. Das Logo steht in allen 23 offiziellen EU-Sprachen und in der Originalfassung zur Verfügung, die Buchstaben aus unterschiedlichen Sprachen vereint. (7) Laut EU-Homepage (Rubrik ›Europa hat Geburtstag!‹) symbolisiert das Logo die Stimme besonders der jüngeren Generationen der EUropäerInnen, und verbindet deren Wunsch nach Frieden, Stabilität und Wohlstand mit dem Recht auf Individualität und Vielfalt.

Das Logo ist gänzlich unpathetisch, der Designer wählte vielmehr einen spielerischen, ironischen Zugang zur Visualisierung der Identifikation mit Europa. Der Entwurf geht damit auch einige Schritte weiter in jene Richtung, die Rem Koolhaas mit dem „Barcode-Logo" vorgegeben hat. Es bedeutet auch eine tendenzielle Abkehr von jenen Repräsentationsformen Europas, die dem Symbolrepertoire des modernen Nationalstaates entnommenen sind.

Anmerkungen

(1) Der Text stützt sich auf ein Kapitel der 2009 im WUV erschienenen Publikation „EUropäische Bildpolitiken" (Bernhardt, Petra,/Hadj-Abdou, Leila/Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas).

(2) vgl. http://europa.eu/abc/symbols/emblem/index_de.htm

(3) vgl. http://europa.eu/abc/symbols/anthem/index_de.htm

(4) vgl. den Vortrag von Viviane Reding, Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Bildung und Kultur, Offizielle Eröffnungsfeier der Kulturhauptstadt Graz 2003, Graz, 11.1.2003 (Manuskript)

(5) vgl. http://www.hausderkunst.de/new/deutsch/ausst/ ausst_pages/koolhaas.php

(6) vgl. Bildatlas-Europa, www.demokratiezentrum.at

(7) vgl. http://europa.eu/50/anniversary_logo/index_de.htm

„Regni, Corone, Sce

Ein kurzer Ausflug in die Ikonographie Europas von

von Richard Bernato
Diplomand am Institut für Anglistik und Amerikanistik an der Universität Wien
und past-time Kunsthistoriker

Vielleicht ein Detail vorweg: Dieser kleine Aufsatz ist nicht von einem Politikwissenschafter verfasst. Er ist vielmehr ein interdisziplinärer Brückenschlag aus der Kunstgeschichte in die Politikwissenschaft, aus der Annahme heraus, dass Kunstwerke immer im Kontext ihrer Entstehung - also im Dreieck zwischen Persönlichkeit der Künstschaffenden, Ort und Zeit sowie *Tradition* und Wunsch des Auftraggebers – gelesen und interpretiert werden müssen und sich deshalb naturgemäß bei der Analyse von Kunstwerken Schnittmengen zwischen Politikwissenschaft und Kunstgeschichte bilden, welche von beiden Disziplinen fruchtbar genutzt werden können. Ein Werkzeug zur „Entschlüsselung" von Bildern aus der Kunstgeschichte ist Erwin Panofskys *Ikonographie*, welche besonders Kontext, Tradition und AuftraggeberIn für die Analyse von Kunstwerken berücksichtigt. In Panofskys Worten erklärt sich Methode und Nutzen der Ikonographie wie folgt:

> Die ikonographische Analyse, die sich mit Bildern, Anekdoten und Allegorien statt mit Motiven befaßt, setzt natürlich weit mehr voraus als jene Vertrautheit mit Gegenständen und Ereignissen, wie wir sie durch praktische Erfahrung erwerben. Sie setzt eine Vertrautheit mit bestimmten Themen oder Vorstellungen voraus, wie sie durch literarische Quellen vermittelt wird, sei es durch zielbewußtes Lesen oder durch mündliche Tradition. (Panofsky, 1975)

Mit der Wende zur Abstraktion in der Kunst des 20. Jahrhunderts allerdings hat sich der Fokus von Motiv und Sujet hin zur Form gewandelt. Verkürzt kann man sagen, die Qualität eines Kunstwerkes liegt nicht im Sujet - das beliebig sein kann und die Aussage eines Kunstwerkes nicht mehr bestimmen kann - sondern in der Form, was eben die Ikonographie als Werkzeug soweit hinfällig macht (oder im optimistischsten Fall extrem ineffektiv).

Analog dazu wird Politik auch über Bilder gemacht – dabei reicht die Bandbreite vom antiken Reiterstandbild, mittelalterlichem Herrscherportrait, Renaissance-Freskenzyklen an Wänden von Prunkräumen, zu

e ttri, Ghirlande & altre simili cose“

von Cesare Ripa bis zur Europäischen Union.

Wahlkampfplakaten und Wahlwerbespots bis hin zu Auftritten von Politikern in Talkshows. Allerdings eignen sich Bilder nur bedingt für die Vermittlung von Politik und wirken oft vereinfachend und verfälschend. Die Politikwissenschaft wünscht sich daher „authentische“ und „adäquate“ Bilder für ihre Analyse (cf. Lesske, 2005), was für die Kunstgeschichte insofern kein Problem darstellt, weil die Kunstgeschichte - salopp formuliert - bereits gewohnt ist, mit Bildern zu arbeiten die nicht Abbilder der Realität sind, sondern in hohem Maße idealisierend und konstruiert. Andere Disziplinen wie Cultural Studies, die sich ebenfalls mit Bildern beschäftigen, setzen konstruierte Bilder sogar voraus (hierauf brauche ich nicht weiter einzugehen, es reicht Name-dropping: Stuard Hall, WJT Mitchell, ...), was die Ikonographie als Analysewerkzeug für Bilder wieder aktuell macht.

Die bildliche Darstellung von „Europa“ ist heute im Zuge der Europäischen Integration aktuell, hat aber eine lange Tradition in der Kunstgeschichte und eignet sich bestens als Anschauungsmaterial zur Erläuterung der oben angerissenen Theorie.

Die Kunstgeschichte kennt eigentlich zwei Gattungen von Europa-Darstellungen. Die erste beruft sich ikonographisch auf den Text von Ovids *Metamorphosen* (Zweites Buch, siebtes Kapitel), in dem die Verführung und Entführung der Königstochter Europa auf die Insel Kreta durch Zeus in Gestalt eines Ochsen beschrieben wird. Europa wird in dem Text als junges Mädchen beschrieben, das auf einem weißen Ochsen auf das offene Meer hinausgetragen wird. Dementsprechend wird Europa in der Kunstgeschichte oft am Strand stehend, einen weißen Stier tätschelnd, gerne auch knapp bekleidet und auf einem Stier sitzend oder auf dem Rücken des Tieres hingestreckt dargestellt. Die mythologische Figur der Europa dient der „politischen“ Allegorie der Europa als Basis. Cesare Ripa, der Verfasser der *Iconologia*, beschreibt Europa wie Ovid ebenfalls als junges, blondes Mädchen, ergänzt das Bild aber durch Heranziehen zweier antiker Textquellen, nämlich Plinius‘ *Naturalis Historia* in der im ersten Kapitel des dritten Buches Europa in einem geopolitischen Sinne als „erster und wichtigster“ Erdteil beschrieben wird, der seinen Namen von der Mythischen Europa erhalten habe, und Strabo Europa in seiner *Geographia* als den fruchtbarsten Kontinent beschreibt, der die größte Vielfalt an Natur und Kultur hervorgebracht habe. Dementsprechend beschreibt Ripa Europa als

> Frau in reichsten Kleidern gehüllt, mit einer Krone auf dem Kopf, die in der Mitte zweier Füllhörner [sitzt], mit der rechten Hand einen Tempel präsentierend und mit der Linken auf Zepter, Kronen und Girlanden und ähnliches zeigend, die ihr zur einen Seite liegen, während zur anderen Seite hin Pferde, Spolien und Waffen, ein Buch mit einer Eule, verschiedene Musikinstrumente, ein Winkelmaß, (...) sowie eine Malerpalette und Pinsel ausgebreitet liegen.

Diese Darstellungsweise, die von Ripa für Europa in der *Iconologia* vorgeschlagen wird, spiegelt gleichzeitig das damalige Selbstverständnis Europas als Mittelpunkt der Welt wieder, Hort von Zivilisation (verbildlicht durch Musikinstrumente, Winkelmaß und Palette – stellvertretend für die „Septem Artes Liberales“), Sitz der einzigen wahren (katholischen) Religion (symbolisiert durch den Tempel in der Rechten) und politisches Machtzentrum der Welt (dargestellt durch Kronen und Girlanden, Waffen und Pferd). Die Krone auf dem Haupt von Europa verdeutlicht ihre Sonderrolle und ihren Herrschaftsanspruch über die anderen Erdteile. Cesare Ripas Vorlage wird die Kunst des Barocks entscheidend beeinflussen und wird sich in den folgenden Jahrhunderten nur leicht verändern. Zum einen passt das Bild der Europa, welche die anderen Weltteile beherrscht, perfekt zum Kolonialismus des 17. und 18. Jahrhunderts, gleichzeitig kann Europa in Bildprogrammen absolutistischer Herrscher gut genutzt werden, um den eigenen Führungsanspruch in bzw. über Europa zu verdeutlichen. Bis ins späte 19. Jahrhundert bleibt die Darstellung von Europa in der Essenz mehr oder weniger unverändert, im Klassizismus wird Europa oft mit einer Weltkugel im Arm dargestellt, auf Füllhörner als Hinweis für Fruchtbarkeit und Überfluss, und auf Kronen und Mitra als Hinweis auf den Sitz des wahren Glaubens und der führenden Herrscherhäuser wird zugunsten des Führungsanspruches in der Welt verzichtet. Im 19. Jahrhundert wird Europa oft im Doppelpack mit den verschiedensten nationalen Allegorien präsentiert, wobei sich Europa naturgemäß je nach Kombination der „Germania“ oder „Hibernia“ anvertraut, ähnlich wie absolutistische HerrscherInnen anderthalb Jahrhunderte vorher Europa als Staffage im Kontext ihrer Selbstdarstellung genutzt hatten.

Im 20. Jahrhundert bedarf es einer radikal anderen Europa-Ikonographie, es wird mit der Tradition gebrochen und Allegorien wurden durch Flaggen ersetzt. Nach seiner Gründung in den 1950er Jahren suchte der Europarat ein frisches Symbol für sich und für Europa und fand es in einem Flaggenentwurf der 12 Sterne kreisförmig auf blauem Grund. Die Europäische Union übernahm die Flagge des Europarates und erklärt

– wieder ganz in der Tradition des Cesare Ripa – die Aussage des Zeichens, und wie es zu verwenden ist:

> Der Kreis der zwölf goldenen Sterne steht für Einheit, Solidarität und Harmonie zwischen den europäischen Völkern.

Weiters versinnbildlicht der blaue Hintergrund den – sprichwörtlich – sternenklaren Himmel der westlichen Welt, die Sterne selbst stehen für die einzelnen Staaten. Die Zahl zwölf spiegelt nicht die Anzahl der Mitgliedsstaaten der Union wieder, sondern ist bewusst gewählt. In der europäisch-westlichen Tradition ist 12 die Zahl der Vollkommenheit und Vollständigkeit, Assoziationen mit den 12 Aposteln aus der christlichen Tradition, die 12 Sternkreiszeichen oder die 12 Monaten des Jahres sowie 12 Stunden auf dem Ziffernblatt einer Uhr sind zum Teil von den Urhebern der Europa-Flagge gewollt, haben sich aber zum Teil auch ganz zufällig ergeben.

Neben der Flagge pflegt die Europäische Union gerne die Selbstdarstellung als Baustelle an der als Kollektiv gearbeitet wird. Während in den vorangegangenen Jahrhunderten Europa den jeweiligen Herrschenden oder der jeweiligen Nation als Projekt und als Personifikation passiv untergeordnet aber als Entität präsentiert wurde, wird das moderne und zeitgenössische Europa im Sinne der Europäischen Integration als etwas unvollständiges, aber den einzelnen Staaten übergeordnetes dargestellt, das buchstäblich (wieder?) hergestellt werden muss. Europa ist also keine junge Frau, die man hofieren und übers Meer entführen kann, sondern ein körperloses Projekt, dessen Reize noch kaum sichtbar sind und das man sich erarbeiten muss. Dementsprechend ziert so manches Dokument der europäischen Union eine Photomontage einer Europa-Flagge mit vorgeblendetem Baugerüst oder eine Landkarte des Kontinents in dem die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten erst wie verstreute Puzzlestücke von einer unsichtbaren Hand zusammengefügt werden müssen (cf. Petra Mayrhofer, 2009 für eine ausführlichere Bildersammlung).

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert und im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 27 Staaten kamen Zweifel auf, inwieweit die „alte" Europa-Flagge der europäischen Realität noch angemessen ist. 2001 entwarf Rem Kolhaas auf Anfrage der Europäischen Kommission den so genannten „European Barcode", ein neues Symbol welches sämtliche Flaggen der Mitgliedsstaaten zu einem durchgehenden Farbband zusammenfasst und damit das Motto des „in Vielfalt geeintes" Europa aufgreift und verbildlicht. Daneben gibt es weitere Vorschläge für eine neue Europäische Flagge, unter anderem von einer Niederländischen Bürgerinitiative die einen durchgehenden Ring statt kreisförmig angeordneter Sterne vorsieht. Hans Kruit, der die Flagge 2005 entworfen hat, will mit dem Ring das Handzeichen für „alles OK" (mit Daumen und Zeigefinger einen Ring bilden) aufgreifen und Europa positiv besetzen. Derzeit werden von *Design Den Haag* unter dem Titel „A new symbol for Europe" Wettbewerbsbeiträge für eine neue Europa-Flagge gesammelt. Im _call for submissions_ steht programmatisch:

> The current European flag with its twelve identical yellow stars placed in a circle on a blue field, was designed in 1955. Since then Europe has changed. About 30 million people from Middle Eastern, African and Asian origins are living and working in Europe. Besides these new cultures, the inter European immigration creates a new mix of cultures as well. In the last 50 years Europe has become a very fine maze of identities. What is the identity of this cultural, economical and dynamic Europe with its diversity in cultures, languages, traditions and believes? And what is the perception on Europe, from within and from the outside? How would a new symbol for Europe look like? Should it be one symbol? Or more?

Die 12 besten Einsendungen werden in Den Haag ausgestellt. Vor dem Europaparlament in Straßburg steht seit 2005 jedenfalls eine Plastik der kretischen Künstler Nikos und Pandelis Sotiriadis, die Europa auf einem Stier reitend zeigt. Ganz klassisch.

Literatur

Erwin Panofsky, Ikonographie und Ikonologie. Eine Einführung in die Kunst der Renaissance, in: ders., Sinn und Deutung in der bildenden Kunst, Köln, Dumont, 1975

Frank Lesske, Politikwisschenschaft, in: Klaus Sachs-Hombach, Bildwissenschaft. Disziplinen, Themen, Methoden, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2005

Cesare Ripa, Iconologia Overo Descrittione Di Diverse Imagini cauate dall'antichità, & di propria inuentione, Rom, 1603 (online abgerufen unter: http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/ripa1603)

Petra Mayrhofer, Ikonographie EU-Europas [http://www.demokratiezentrum.org/themen/europa/europaeisches-bildgedaechtnis/eu-europa.html]

EUROPA - Die EU im Überlick - Die Symbole der EU [http://europa.eu/abc/symbols/index_de.htm]

Hans Kruit, Picobelleuropa, 2005 [http://www.picobelleuropa.nl/eurovlag.htm]

Wettbewerbsausschreibung A new symbol for Europe | Desing Den Haag, [http://www.designdenhaag.eu/en/node/128]

König Midas und der Europäische Hochschulraum

von Elsa Hackl
Wissenschaftliche Beamtin
am ipw

König Midas soll der erste Fall von Pleonexie (1) gewesen sein. Von ihm wird nämlich berichtet, er habe sich vom Gott Dionysos, der ihm aus Dank oder wegen einer List einen Wunsch gewährte, gewünscht, dass alles, was er berühre zu Gold werde. Dieser Wunsch wurde ihm auch tatsächlich erfüllt – doch gereichte ihm dies nicht lange zur Freude: Als der König nämlich bald hernach Hunger und Durst verspürte, wurden die Speisen und Getränke, die er berührte, zu Gold, folglich ungenießbar, sodass er zu verhungern drohte. Als Midas erkannte, dass Gold sich entwertet, wenn es überall vorkommt, eilte er wieder zu Dionysos. Der Gott hatte Mitleid und befreite den König von seinem Fluch bzw. Wunsch.

Ähnliches, so scheint es, passiert bei Europäisierung. Alles, was von dieser erfasst wird, gerät zwar nicht zu Gold, aber zu Markt. Dies geschieht, weil Bestimmungen, die zur Herstellung und Regelung einer Wirtschaftsgemeinschaft beschlossen wurden, auf Güter und Leistungen ausgedehnt werden, die davor eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten und von einer Regelung durch Märkte ausgenommen waren. Dabei ist es im Resultat unerheblich, ob die Europäisierung von EU Institutionen oder von den Regierungen der Mitgliedsstaaten initiiert wird. Dies trifft auch auf die Universitäten und Hochschulen zu.

Traditionell waren die Universitäten der EU Mitgliedstaaten öffentliche Einrichtungen, wenn auch ihre Organisation, wie andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung, in den einzelnen Staaten unterschiedlich war. Private Hochschulen spielten in Europa keine große Rolle. Dieses staatliche Hochschulmonopol begann in den 1980er Jahren zu zerbröckeln: Der Europäische Gerichtshof dehnte 1985 mit dem Gravier Urteil (2) den freien Personenverkehr auf Studierende aus, und die Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, stellte klar, dass die Anerkennung von Diplomen nicht mehr ein nationalstaatliches Vorrecht war. Schließlich vertrat der Europäische Gerichtshof 1997 in einem Urteil (3) die Ansicht, dass öffentliche oder private Universitäten eines Staates aufgrund der Niederlassungsfreiheit in einem anderen tätig sein können.

Schon zuvor hatte das 1987 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufene ERASMUS-Programm, das die Förderung der Mobilität der Studierenden in Europa zum Ziel hatte, dazu beigetragen, das Verhältnis der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften bzw. Union zu ihren Universitäten zu verändern. Das Programm setzte nämlich voraus, dass die einzelnen Universitäten Kooperationsabkommen schließen können, also vertragsfähig sind. Dazu musste den Hochschulen Autonomie im Sinne von Rechtspersönlichkeit eingeräumt werden. So geschah das auch in Staaten wie in Österreich, wo dies bis Anfang der 1990er Jahre nicht der Fall war.

Der etwas mehr als 10 Jahre später initiierte intergouvernmentale Bologna Prozess, der als Inbegriff der Harmonisierung der Studienarchitekturen in Europa und der Schaffung eines Europäischen Hochschulraums gilt, verstärkte diesen Trend zur „institutionellen Autonomie“ und zu in diesem Raum umtriebigen Universitäten: In einem europäischen Hochschulraum mit einem einheitlichen Studienaufbau, mit mobilen Studierenden und Lehrenden ist für nationalstaatliche hochschulpolitische Eingriffe wenig Raum.

2001, zwei Jahre nach der Bologna Erklärung, als sich die europäischen HochschulministerInnen erneut und dieses Mal in Prag trafen, fügten sie ihrer Erklärung den Passus, Hochschulbildung sei ein öffentliches Gut und eine öffentliche Verantwortung, bei. Dies geschah vor allem auf Initiative der Studierenden und unter dem Eindruck der damals im Rahmen der Welthandelsorganisation stattfindenden Verhandlungen des „Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen“, die u.a. Liberalisierungen im Bildungsbereich anvisierten. Dieses Bekenntnis zur öffentlichen Verantwortung wurde in zwei weiteren Deklarationen der HochschulministerInnen, die sich jedes zweite Jahr treffen, um die Fortschritte bei der Implementierung ihrer Bologna Struktur zu beraten - 2003 und 2009 - wiederholt. Aber welches Konzept von öffentlicher Verantwortung liegt dem zugrunde? Es ist nicht das, wonach der Staat im Falle seiner Verantwortung

Betreiber der entsprechenden Institutionen oder Anbieter und Financier der Dienstleistungen ist. Vielmehr kommt der Staat seiner Verantwortung nach, wenn er als Regulator (so explizit in der Deklaration von Prag) agiert. Was unterscheidet aber dann einen Hochschulraum von einem Markt?

Die Lissabon Strategie, mit dem Ziel die Union zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, verstärkte den Diskurs um eine notwendige Modernisierung der Universität: Europas Universitäten sind nicht in der Lage ihr Potential zu verwirklichen, sie geraten im internationalen Wettbewerb um Talente ins Hintertreffen, verpassen den Anschluss an sich schnell ändernde Forschungsagenden, versäumen es, die für den Erfolg erforderliche kritische Masse, Exzellenz und Flexibilität hervorzubringen (4). Die Ursache dieses Nachhinkens sind exzessive öffentliche Kontrolle und ungenügende Finanzierung. Ersterem ist durch Diversifizierung, institutionelle Autonomie und durch die unternehmerische Universität zu begegnen, letzterem durch private Finanzierungen, dh durch Forschungskooperationen mit Wirtschaftsunternehmen und Studienbeiträge, abzuhelfen. (5)

Midas wurde drastisch und rasch vor Augen geführt, dass der Nutzen von Gold begrenzt ist. Die Grenzen eines marktmäßig gesteuerten Hochschulraums und von Universitäten, die dem unternehmerischen Denken verpflichtetet sind, sind weniger evident: Erstens, weil die „Modernisierung der Universität“ zwar erhebliche Änderungen herbeiführt(e), aber daneben Traditionelles fortwirkt. Zweitens, weil im Gegensatz zur Faszination des Goldes die unternehmerische Universität mit dem Auftrag, die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer wissensbasierten Ökonomie zu sichern, weniger fasziniert. Dies zeigen die Überlegungen zur „Soziale Dimension des Europäischen Hochschulraums“ (6) und zur öffentliche Rolle der Universität (7). Nicht zuletzt legen auch die Studierendenproteste nahe, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch (um in der Sprache der Ökonomen zu bleiben) die sozialen Erträge von Hochschulbildung und -forschung zu beachten haben werden.

Anmerkungen

(1) Sucht, mehr zu haben

(2) Rechtssache 293/83 Gravier v. Stadt Lüttich/Liège, Urteil vom 13. Februar 1985.

(3) Rechtssache 2808/1997, Vagias vs. DI.K.A.T.S.A, Urteil vom 25.September 1998.

(4) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Das Modernisierungsprogramm für Universitäten umsetzen: Bildung, Forschung und Innovation, KOM (2006) 208 endgültig.

(5) European Commission „Towards the European Higher Education Area: Responding to challenges in a globalised world“. Conference of European Higher Education Ministers. Contribution of the European Commission. London 17/18 May 2007.

(6) Im Rahmen des Bologna Prozesses erstmals in Prag erwähnt, nach dem Treffen 2007 in London wurde eine Arbeitsgruppe zur Klärung und Operationalisierung dieses Bologna-Zieles eingesetzt.

(7) European Educational Research Journal, Volume 8 Number 2 2009,

www.wwwwords.eu/EERJ.

Neues Initi a

Die Geschlechterforschung hä

von Meropi Tzanetakis
Redaktionsmitglied, Lehrbeauftragte und Doktorandin am ipw

Die Initiativkollegs (IK) gelten als das Aushängeschild der Universität Wien im Bereich der Nachwuchsförderung. Gefördert werden bis zu zwölf strukturierte Doktoratsprogramme, die zu bestimmten Forschungsfeldern nach strengen Qualitätskriterien ausgewählt und von internationalen Peers begutachtet werden. Pro Initiativkolleg werden dazu zehn bis zwölf NachwuchswissenschaftlerInnen für drei Jahre in ihren wissenschaftlichen Karrieren gefördert. Umso erstaunlicher die Tatsache, dass das Initiativkolleg zum Thema „Gender, Violence and Agency in the Era of Globalization” erst im zweiten Anlauf angenommen wurde. Es ist das erste Kolleg dieser Art mit einem Gender-Bezug in Österreich und somit etwas Besonderes.

Das Gender-IK hebt nicht nur den Schnitt bei der Geschlechteraufteilung der StipendiatInnen: Während die bisherigen Initiativkollegs zu 38 Prozent weiblich und zu 62 Prozent männlich besetzt waren (1), liegt bei diesem Gender-IK der Frauenanteil bei 92 Prozent und der Männeranteil lediglich bei 8 Prozent (was in absoluten Zahlen elf Frauen und ein Mann bedeutet) (2). Eine Quote, die für sich sprechen sollte.

Wie entstand das Gender-Initiativkolleg?

Bereits seit 1994 gab es die Bemühung, ein Gender-Graduiertenkolleg auf die Beine zu stellen. Die Idee für das IK entstand noch zu Zeiten des Gender Kollegs, das jedoch zunehmend mit

i ativkolleg mit Gender-Bezug

hält Einzug in die Elite der Nachwuchsförderung auf der Universität Wien

Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Darin versammelten sich rund ein Dutzend habilitierte WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen, die in ihrer Forschung und Lehre einen Schwerpunkt in Geschlechterforschung gehabt haben, sich jedoch thematisch weit auseinander bewegten. In einem langen Diskussionsprozess entwickelte sich ein gemeinsamer Fokus, nämlich der Bereich Gewalt, genauer: Gender-based-violence. Ein Thema, das in der aktuellen Forschungslandschaft nicht hinreichend aufgearbeitet ist und somit ideal für eine IK-Einreichung erschien. Die unterschiedlichen Dimensionen und die Wissenskapazität der beteiligten WissenschaftlerInnen wurden zusammengetragen und in ein Thema gegossen: „Gender, Violence and Agency in the Era of Globalization", also Geschlechterperspektiven auf Gewalt und Handlungsmacht (agency) in einer globalisierten Welt.

Welches Thema?

Das Thema des IK sollte in bearbeitbare Forschungsfelder übersetzt werden, was dadurch passierte, dass es in vier Forschungsschienen gelegt wurde, die es zu erforschen gilt: Körper-Manipulationen, kriegerische Gewalt im Rahmen der Veränderung von Staatlichkeit, die Etablierung und Restrukturierung von Gewaltprozessen und Handlungsmacht in verschiedenen sozialen Bereichen sowie kulturelle Diversität. Unter der Überschrift Gewalt sollen die unterschiedlichen Praktiken systematisch diskutiert und analysiert werden. Es muss aber auch davon ausgegangen werden, dass sich vieles an den Gewaltpraktiken verändert, z.B. gibt es in neuen Kriegen neue Gewaltformen, dass sich aber auch die Anti-Gewalt-Reaktionen von Staaten oder auch von sozialen Bewegungen verändern. Der Begriff Agency verdeutlicht, dass es unterschiedliche Techniken und Formen der Gegenwehr gibt. So ist es wichtig herauszustreichen, dass Gewalt nicht nur etwas ist, das mensch erleidet, sondern, dass es auf ganz unterschiedlichen individuellen und kollektiven Ebenen auch Widerstand gegen diese Gender-based-violece gibt. Deswegen sollte im Rahmen des Gender-IK auch reflektiert werden, wie z.B. der Einfluss von Agency von Frauen bzw. von Frauengruppen auf staatliche Politik untersuchen werden kann.

Wer betreut und lehrt?

Den inter- und transdisziplinären Ansatz zeigt das Gender-IK nicht nur beim Forschungsthema, sondern auch bei der Besetzung der Faculty, die sich aus fünf Fakultäten (Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften, historische Kulturwissenschaften, Philosophie und philologische Kulturwissenschaften) zusammen setzt und ein Team von zehn BetreuerInnen umfasst: Nikolaus Benke, Eva Flicker, Susanne Hochreiter, Elisabeth Holzleithner, Eva Kreisky, Elke Mader, Maria Mesner, Mona Singer, Sabine Strasser und Birgit Sauer, die auch Sprecherin des IK ist.

Wer wird gefördert?

Die 12 StipendiatInnen des im März 2010 beginnenden Gender-IK kommen aus Österreich, Deutschland und Ungarn. Das Konzept ist, dass jedeR DoktorandIn von zwei Mitgliedern der Faculty betreut wird. Bei den rund 80 Bewerbungen zum Gender-IK gab es einen deutlichen Überhang an Politikwissenschaften und Soziologie, was sich auch in aufgenommenen DoktorandInnen widerspiegelt. Birgit Sauer erklärt dazu, dass es „in der Politikwissenschaft einfach auch viel Geschlechterforschung gibt". (3) Demgegenüber war der Männeranteil bei den Bewerbungen mit unter zehn Prozent recht gering.

Die thematische Bandbreite der angenommenen Arbeiten reicht von Zwangsheirat, Frauenhandel, Sextourismus, Biowissenschaft & Technik & Körper, Heteronormativität als Gewaltform, über reproduktive Technologien und die Frage von Gender-based-violence, Friedensaktivismus und Krieg, Gewalt in Literatur, Sexualstrafrecht und die Frage von Gewalt, kosmetische Chirurgie, Komasaufen als eine Form geschlechtspezifischen Aushandelns und Autoagressivität, Militarismus und geschlechtsspezifische Gewalt (4). Birgit Sauer bemerkte dazu, dass es kein eingereichtes Projekt gegeben hat, welches sich explizit mit häuslicher Gewalt beschäftigt hat, z.B. die Problemlagen um Gewaltschutzgesetze in Österreich oder Deutschland, aber auch Interventionsstellen, Frauenhäuser – diese Themen waren nicht unter den eingereichten Arbeiten zu finden (5).

Wie exklusiv?

Im Rahmen des IK werden von der Faculty exklusive Lehrveranstaltungen für die StipendiatInnen angeboten. Die Lehre umfasst vom Umfang her das übliche Doktoratsstudien-Programm und setzt sich aus thematischen Seminaren zu den vier Schienen des Gender-IK zusammen. Begleitend dazu gibt es Forschungsseminare, wo die jeweiligen Dissertationsprojekte vorgestellt, kommentiert und diskutiert werden. Außerdem sollen die DoktorandInnen mindestens ein Mal im Jahr ihre Projekte auf internationalen Konferenzen präsentieren. Auch Arbeitsplätze werden den StipendiatInnen zur Verfügung

gestellt – was, wer die Platzsituation auf den meisten Fakultäten der Uni Wien kennt, alles andere als eine Selbstverständlichkeit darstellt. Resümierend lässt sich feststellen, dass bereits das Zahlenverhältnis von 10 Mitglieder der Faculty zu 12 DoktorandInnen verdeutlicht, dass letztere vergleichsweise dicht betreut werden können, was die Grundlage dafür bieten soll, dass mensch in drei Jahren das Doktoratsstudium abschließen kann.

Forschungsförderung – Eine Schieflage?

Mit Stand Wintersemester 2009/2010 kommen auf 88.400 Studierende an der Universität Wien (6) rund 9950 Doktoratsstudierende (7). Diesen 9950 DoktorandInnen stehen maximal 144 geförderte Plätze (welche auch für AbsolventInnen anderer Unis offen stehen) in den Initiativkollegs der Universität Wien zur Verfügung. Das bedeutet, dass 1,4 Prozent der Doktoratsstudierenden an der Uni Wien die Chance haben, in ein Initiativkolleg aufgenommen zu werden, um drei Jahre lang mit 1000 Euro monatlich, einem Arbeitsplatz und dicht betreut an ihren Dissertationen schreiben zu können. Ein tolles Privileg für diejenigen, die in den Genuss dieser Förderung kommen. Doch was ist mit den restlichen 98,6 Prozent? Wie vereinbar ist ein Doktoratsstudium mit einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit, die wohl oder übel zur Finanzierung des Lebensunterhalts notwendig ist? Welche Chance haben die 98,6 Prozent auf einen Abschluss ihres Doktoratsstudiums? Und vor allem, unter welchen Studien- und Lebensbedingungen? Welche strukturellen Bedingungen würde ein Fördersystem voraussetzen, welches dem Anspruch gerecht wird, alle JungforscherInnen zu fördern, die das Potential haben, mit qualitativ hochwertigen Dissertationen ihr Doktoratsstudium abzuschließen?

Literatur

(1) Leistungsbericht der Universität Wien 2008: http://finanzwesen.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/finanzabteilung/Download_Formulare_2009/Leistungsbericht_2008.pdf, S39 (3.3.2010)

(2) Gender Initiativ Kolleg. StipendiatInnen: http://www.gik.univie.ac.at/index.php?id=65995 (4.3.2010)

(3) Sauer, Birgit (2009): Persönliches Interview, geführt von Meropi Tzanetakis. 23. Dezember 2009.

(4) Gender Initiativ Kolleg. StipendiatInnen: http://www.gik.univie.ac.at/index.php?id=65995 (4.3.2010)

(5) Sauer, Birgit (2009): Persönliches Interview, geführt von Meropi Tzanetakis. 23. Dezember 2009.

(6) Studierenden-Statistik der Universität Wien: Statistik Studierende gesamt WS09/10: http://studieren.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/studentpoint/statistik/studstat1_2009W.pdf (21.2.2010)

(7) Studierenden-Statistik der Universität Wien: Statistik Studierende detailliert WS09/10: http://studieren.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/studentpoint/statistik/studstat7_2_2009W.pdf (22.2.2010)

Jedan svijet je

von Maximilian Wollner
Absolvent des ipw und Student der Philosophie in Wien und Zagreb

Alle Bilder: http://slobodnifilozofski.org

e dna borba. Obrazovanje nije na prodaju.(1)

Den seit einigen Monaten andauernden europaweiten studentischen Protesten hatten sich im Sommersemester 2009 auch die Studenten in Zagreb angeschlossen. In vielerlei Hinsicht ähnelt der Protest in Zagreb jenem in Wien – auch was das »Aufgeben« betrifft. Was Wien von Zagreb lernen kann.

Am Montag, den 20. April 2009, war die morgendliche Vorlesung aus Sozialphilosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Zagreb (FFZG) merkwürdig leer und leise. Ganz plötzlich wurde es laut, als eine Gruppe Studierender mit Trommeln und Trompeten lärmend die Vorlesung stürmte, StudentInnen und Dozent aufforderte, den Raum zu verlassen und diesen schließlich verbarrikadierten. Die StudentInnen der FFZG begannen damit eine fünfwöchige totale Blockade jedweden Lehr- und Prüfungsbetriebs, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.

Ausgelöst wurde sie durch Überlegungen, die Studiengebühren zu erhöhen. Diese wurden in Kroatien vor einigen Jahren eingeführt und damals von ungefähr 10% der Studierenden als kleiner Betrag eingefordert. Über die Jahre jedoch stiegen sowohl der Anteil der Zahlungspflichtigen auf rund 50% als auch die Gebühren selbst auf bis zu € 1.250 pro Studienjahr (2). Die Forderung der StudentInnen war in einer für Bevölkerung und Medien gut verständlichen Formel ausgedrückt: »Studieren als höhere Bildung sollte, wie jede andere (Aus-)Bildung auch, kostenlos sein. Mit ›kostenlos‹ ist dabei dasjenige kostenlos gemeint, das man auch bei Schulbildung als selbstverständlich betrachtet.« Medien und Öffentlichkeit waren von der Aktion überwiegend angetan, die räumlichen und institutionellen Gegebenheiten begünstigten derweil den Protest: Das FFZG ist komplett in einem dem Wiener NIG an Charme in nichts nachstehenden Gebäude etwas abseits des Zagreber Zentrums untergebracht, das nur von Parkplatz und Grünflächen gesäumt wird. Die komplette Fakultät - die zentrale Organisationseinheit des kroatischen Hochschulsystems - zu blockieren ist schon mittels Menschenkette möglich. Abgehalten wurden ein Plenum täglich, Diskussionsforen, Lehrveranstaltungen, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen sympathisierender Künstler und vieles mehr.

Gesucht wurden unterdessen AnsprechpartnerInnen für die landesweit zeitweise über dreißig blockierten Fakultäten. Der Dekan der FFZG war zum Einen kaum anwesend und schob zum Anderen alle Verantwortung auf die Politik, die wiederum die Autonomie der Fakultäten und Universitäten hervorhob, wobei sich auf Universitätsebene niemand genötigt fühlte, eventuell zuständig sein zu müssen; die Taktik war klar: aussitzen. Dass der Protest auf diese Weise nicht ewig weitergeführt werden konnte, wurde deutlich. Nach fünf Wochen traf das Plenum einen überraschenden Beschluss, der sich als Coup herausstellen sollte: die Blockade wurde aufgehoben, der Protest mit anderen Mitteln weitergeführt. Die Blockade war damit nicht von Außen mit faulen Kompromissen oder Staatsgewalt aufgelöst worden und der Protest, hauptsächlich über das Internet organisiert (3), konnte weitergeführt werden. Im Wintersemester 2009/10 zeigten die StudentInnen am FFZG mit einer zweiwöchigen Blockade der Öffentlichkeit erneut, dass ihre Forderungen nach wie vor gelten und dass sich der Protest noch nicht verlaufen hat.

Gekämpft wird auch weiterhin mit Argumenten, eine inhaltliche Annäherung der Politik ist kaum bemerkbar. Durch die Wahrung der Autonomie der Protestbewegung ist es der Politik bislang nicht gelungen, diese mit faulen Kompromissen und selektivem Einbinden einzelner AkteurInnen zu trennen oder zu schmälern. Die Kehrseite der Medaille freilich ist, dass noch auf lange Sicht wohl keine einzige Forderung erfüllt werden wird.

Anmerkungen

(1) Der Slogan der Proteste in Zagreb lautet sinngemäß: »Eine Welt, ein Kampf. Bildung steht nicht zum Verkauf.«

(2) Die Berechnung der Studiengebühren ist in Kroatien höchst undurchsichtig gestaffelt, sie hängen ab von Fakultät, Studienleistung und möglichen Vergünstigungen wie zum Beispiel den VeteranInnenbonus für StudentInnen, deren Eltern im jugoslawischen Bürgerkrieg gedient hatten; soziale Vergünstigungen wie Studienbeihilfe gibt es nicht.

(3) Die Webseite slobodnifilozofski.com fungiert mittlerweile ähnlich wie unsereuni.at als multimediale Protestzentrale und hat auch den zuvor aufgegebenen Protest an kleineren Standorten in Kroatien mit einbeziehen können.

Die Uni brennt, die Powi auch?

von Hanna Lichtenberger
STV Politikwissenschaft

Im Sommersemester 2009 gab es auf der Politikwissenschaft massive Proteste von Studierenden auf Grund der chronischen Unterfinanzierung der Politikwissenschaft. Höhepunkt der Proteste am Institut war ein Protestzug, der auch mediale Aufmerksamkeit fand. Nachdem die Proteste am Ende des Sommersemesters abgeflaut waren, passierte im Oktober 2009 etwas, womit wohl die Wenigsten gerechnet hatten: Nach der Besetzung der Akademie der Bildenden Künste wurde wenige Tage später das Audimax der Universität Wien besetzt. Den Besetzungen in Wien folgten zahlreiche weitere in Österreich aber auch außerhalb. Im Vorfeld des Bildungsstreiks in Deutschland wurden auch dort universitäre Räumlichkeit etwa an der Humboldt-Universität oder der Freien Universität Berlin von Studierenden besetzt. Am 28. Oktober fand in Wien unter dem Motto „Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne" eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre statt. 50 000 TeilnehmerInnen gingen für die Ausfinanzierung von freier Bildung und der Demokratisierung der Universitäten auf die Straße. Besonders spannend war die konsequente Bezugnahme auf die Wirtschaftskrise in den Forderungen der Studierenden. Nicht nur dies, sondern auch der breite Forderungskatalog, der einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch hatte, könnten zu dem anfangs breiten Zuspruch außerhalb der Unis und der unzähligen Solidarisierungen beigetragen haben.

Die Protestmaßnahmen der Studierenden, denen sich auch einige solidarische Lehrende anschlossen, hatten auch ihre Auswirkungen auf unser Institut. Am Tag der Audimax-Besetzung fand eine beeindruckende, spontane Demonstration der HörerInnen der Einführungsvorlesung von Dr. Pühretmayer statt. 300 Studierende zogen unter tosendem Applaus in das besetzte Audimax ein. Dies scheint eine weitere Besonderheit der Anfangsphase der Audimax-Besetzung gewesen zu sein, denn sie wurde zu Beginn von vielen StudienanfängerInnen getragen.

Als Studienvertretung haben wir versucht, den Raum für den Austausch und die Reflexion unter den Politikwissenschaftstudierenden zu öffnen und zu fördern. In einer HörerInnenversammlung fand dann auch reger Austausch über die Forderungen und Perspektiven der Bewegung statt. Studierende organisierten gemeinsam mit der STV einen Instituts-Infopoint. Auch die inhaltlichen Diskussionen mit den Lehrenden des Instituts funktionierte größtenteils sehr gut. In einem gemeinsamen Treffen zwischen Lehrenden und Studieren wurden Strategien diskutiert. Es fanden weitere Treffen zwischen Studierenden und Lehrenden statt, bei denen auch über mögliche Studienplanänderungen diskutiert wurde. Es wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Positionen erarbeitet, ein erster Problemaufriss wurde geschrieben. Kritisiert wird, neben der Unterfinanzierung, auch die Gestaltung der Studieneingangsphase und der Umfang der Erweiterungscurricula. In der Curricularkommission, die im März startet, wird sich zeigen, welche Möglichkeiten zur Umgestaltung insbesondere des Bachelorstudiums wirklich möglich sind.

Zusammen mit anderen Studienrichtungen gab es schließlich auch eine Versammlung, bei der über die Hintergründe und die Auswirkungen des Bologna-Prozesses debattiert wurde sowie über mögliche Gegenstrategien.

Oft wird nach den Erfolgen der Studierendenproteste gefragt, und klar ist dabei eines: Die vom damaligen Minister Hahn versprochenen 34 Millionen Euro sind es nicht. Solange die Ausfinanzierung freier, qualitativ hochwertiger Lehre und Forschung nicht gewährleistet ist, kann nicht von finanziellen Erfolgen der Bewegung gesprochen werden. Für die Politikwissenschaft wird dies keine generelle Erhöhung des Budgets bedeuten, sondern wie in den vorherigen Semestern auch eine nachträgliche Finanzierung des Methodenzusatzangebotes, genaueres ist noch unklar. Was allerdings der Erfolg der Studierendenbewegung ist, sind zwei verschiedene Aspekte. Zum einen gelang es, den rassistischen tagespolitischen Alltag aus den Medien zu verdrängen und eine gesellschaftliche Debatte über Bildung, Bildungsfinanzierung und die Funktion von Hochschule anzustoßen. Zum anderen wurden viele Studierende, vor allem StudienanfängerInnen, zum ersten Mal politisch aktiv, auch auf der Politikwissenschaft. Die Proteste gegen den Bologna-Gipfel werden wir aber auch auf der Politikwissenschaft zum Anlass nehmen, um auf die Missstände auf unserem Institut gemeinsam hinzuweisen. Vorbereitungen dazu und auch inhaltliche Diskussion über den Bologna-Prozess wird auf unseren Plena stattfinden, mehr dazu auf: http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/stv

Staat und Geschlecht

Der Band versucht herauszufinden, „wie Geschlecht und Geschlechterverhältnisse als konstitutive Elemente des modernen Staates begriffen werden können“ (13). Der feministischen Staatstheorie ist dabei das Sichtbarmachen des vergeschlechtlichten „‘Trennungsdispositivs’ von Öffentlichkeit und Privatheit“ (14) ein zentrales Anliegen, das von der herkömmlichen Staatswissenschaft, von Hobbes bis Weber, ausgeblendet wird, wobei der Staat als Rechtsstaat in den Fokus der Betrachtung gerückt wird, um androzentrische Grundkategorien wie nationalstaatliche Souveränität, Autonomie, Krieg und Sicherheit zu hinterfragen. Das Ziel des Bandes ist, „zentrale Grundlagen feministischer Staatstheorie und -kritik“ (22) der letzten 30 Jahre darzustellen und anhand der Ergebnisse Staatswissenschaft, die die Kategorie Geschlecht ausblendet, als „vor-wissenschaftlich“ (22) auszuweisen.

Dies gelingt in konsequenter Abgrenzung zu einer „konventionellen Politikwissenschaft“ (34), die den Gesellschaftsvertrag als eine Geschichte der Freiheit darzustellen versucht. Im Rekurs auf Carole Patemans erhellenden Aufsatz „Der Geschlechtervertrag“ (in Appelt/Neyer 1994: 73f.) wird eine Kritik der Staatstheorie durchgeführt, die sich gegen eine Ideologisierung des Politischen ausspricht, in ihrer Kritik der herkömmlichen Staatswissenschaft aber frühe Versuche ideologiekritischer Auseinandersetzung mit Gesellschaftsvertrag und Geschlechterverhältnis etwa bei Franz Neumann oder Max Horkheimer ausklammert.

Patemans Grundprämisse: „Der Grundvertrag schafft das moderne soziale Gefüge der patriarchalen bürgerlichen Gesellschaft.“ (Appelt/Neyer 1994: 86) wird hier in erweiterter Form rezipiert und darüber der Gesellschaftsvertrag mit der Trennung der Sphären von Öffentlichem und Privatem als „dauerhafte Geschlechterfalle“ (42) kenntlich gemacht. Die postulierte Transformation von Staatlichkeit, deren wichtiger Teil eine Reprivatisierung staatlich organisierter Bereiche der Öffentlichkeit ist, sorgt für eine eigene Qualität der Redefinition von Privatheit die „geschlechterpolitisch fatal“ (Sauer 2001: 301) ist.

„Indem das universelle Rechtsverständnis geschlechtliche Unterschiede nicht reflektiert, bleiben die Bedürfnisse und Interessen von Frauen in Abhängigkeit von ihren Reproduktionstätigkeiten in der familialen Privatheit ausgegrenzt, und eingelassene Macht-, Gewalt sowie Unrechtsverhältnisse werden allenfalls – und dies erst nach zähen Kämpfen – über spezifische Frauenrechte sanktioniert.“ (42)

Der moderne Verfassungsstaat wird hier auf eine kompromisslose Weise hinterfragt, die den Perspektivenwechsel von einer universellen Gewaltproblematik, wie sie etwa bei Hobbes thematisiert wird, zu einer partikularen Kategorie einklagt.

So wird an anderer Stelle das „Konzept hegemonialer Männlichkeit“ (78) und die Entwicklung androzentrischer politischer Kultur an der historischen Entwicklung „homosozialer Vergemeinschaftungen“ (79) rekonstruiert. Wobei die lakonische Feststellung: „Die Mehrheit der Männer genießt zwar die Vorteile des Patriarchats, ist aber nicht in der Lage, hegemoniale Männlichkeit zu verkörpern oder zu leben.“ (78) Schlüsse auf den Ursprung und Charakter männlicher Gewalt liefern kann.

Der Sammelband bietet eine ausführliche und übersichtliche Auseinandersetzung mit dem Thema und eignet sich zur Einführung in die Grundlagen feministischer Staatstheorie, wobei auch die Textproduktion aus dem Umfeld des Instituts für POWI sehr ausführlich rezipiert wird. Die Mischung der Beiträge ist gelungen und zeigt die Bandbreite feministischer Staatstheorie engagiert auf.

Kleine Probleme und Ungenauigkeiten ergeben sich aber dann, wenn die AutorInnen für ihr Thema Zuständigkeiten reklamieren, die eine höhere Komplexität in der Darstellung erfordern würden.

Als positiv wird z.B. in einem Aufsatz gewertet, dass Frauenrechte in den 1990er Jahren sukzessive anerkannt und bis dahin gültige Normen obsolet gemacht haben, z.B. „die Ansicht, dass Gewalt gegen Frauen Privatsache und somit nicht Gegenstand internationaler Verhandlungen sei.“ (130). Andererseits wird an anderer Stelle diese universalistische Vorstellung implizit kritisiert, wenn den USA und ihren Verbündeten in Afghanistan (mit Judith Butler) unterstellt wird, der propagierte „Kampf für sexuelle Freiheit“ sei nur ein Vorwand, das „Andere“ einer „vormodernen islamischen“ (210) Kultur zu missionieren. Es ist für eine kritische Wissenschaft, die auf Emanzipation zielt, essentiell, die Mittel und Ziele einer solchen kriegerischen Einflussnahme kritisch zu hinterfragen (und ihr zu opponieren), wie es prinzipiell die Aufgabe einer politischen Wissenschaft ist, Gewaltverhältnisse reflexiv aufzuheben. Man müsste dann allerdings in der Darstellung expliziter darauf achten, nicht in die Position, die Slavoj Zizek einen „Rassismus, der Abstand hält“ (Zizek 2009: 70) nennt, zu verfallen. Denn sonst besteht die Gefahr, auf einer positiv verstandenen, imaginierten kulturellen Identität der Menschen und Völker aufzubauen, sie zu ontologisieren und zu naturalisieren und so die Möglichkeit, Gewaltverhältnisse überall gleichermaßen kritisch zu betrachten, zu versäumen.

Verwendete Literatur:

Appelt, Erna/Neyer, Gerda: Feministische Politikwissenschaft, Wien 1994.

Sauer, Birgit: Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt 2001.

Zizek, Slavoj: Ein Plädoyer für die Intoleranz, Wien 2009.

Stefan Marx
Dissertant am ipw und Redaktionsmitglied

Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie [Hg.]: Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Baden-Baden 2009.

Ikonographie Europas

In diesem Band werden „Ansätze zur Analyse visueller politischer Kommunikation“ (7) präsentiert. Als Ausgangspunkt der Betrachtungen dienen die „von Politik und anderen Formen öffentlicher Kommunikation in Umlauf gesetzten Bilder“ (ebda) und mit ihnen die Bedeutung der Visualisierung von Politik.

Die Betrachtung der Sehgewohnheiten der RezipientInnen politischer Kommunikation scheint hier im Rahmen eines „iconic turn“ eine Verschiebung der Analyseebene weg von polity und politics hin zu den Strategien zur Erlangung öffentlicher Aufmerksamkeit innerhalb der Ebene der policy zu bedeuten.

Gleich zu Beginn werden Fritz Plasser und Franz Sommer mit der Aussage zitiert entscheidend für politische Umsetzungschancen sei nicht so sehr, was in Arbeitsgruppen und Plenardiskussionen stattfindet, „sondern welcher Bild- und Redeausschnitt des Parteiführers in den abendlichen Fernsehnachrichten zu sehen sein wird (...)“ (20) So wird in der wissenschaftlichen Betrachtung Politik zur „medialen Inszenierung“.

Die Formen optischer politischer Kommunikation werden hier zur Grundlage politikwissenschaftlicher Analyse. Die Oberfläche wird zum Inhalt stilisiert und damit rückt der (Medien-)Wahlkampf ins Zentrum des wissenschaftlichen Interesses. Die visuelle Botschaft und die ihr unterstellte symbolische Form nehmen den Platz der inhaltlichen Verarbeitung ein. Die Parteienwerbung wird in dem Maß zur Kunstform wie die Politikwissenschaft sie zur Trägerin versteckter Botschaften macht. Das Wahlplakat als Kunstwerk, die Werbefachleute als Künstler der Politikvermarktung im Feld visueller Kultur.

In der interessanten Auseinandersetzung mit Eugène Delacroix's Bild „28. Juli 1830“ zeigt sich die enge Verbindung ikonographischer Verarbeitung politischer Kultur und der symbolischen Elemente und Figuren der bildenden Kunst. Die Aufladung der politischen Kommunikation mit „Requisiten aus dem historischen Fundus der Politik“ (55) und die Herstellung von aktuell geläufigen Alltagsbezügen erlangt, so die Argumentation, für die Selbstdarstellung der PolitikerInnen große Bedeutung.

Die „historische Geste“ (60) rückt in den Mittelpunkt einer politischen Aufmerksamkeitsverwaltung durch Bilder von Repräsentation. Die Abbildung auf Plakaten, die Architektur und das Banknotendesign der EU repräsentieren je nach Interessenlage Heimatliebe, nationales Selbstbewusstsein, Offenheit oder Toleranz. Wobei sich nationaler und universeller Geltungsanspruch der Symbole beständig in die Quere kommen. [In Bezug auf die Analyse der Banknoten sei auf Birger P. Priddats Ideogrammatik des Geldes (Baecker 2009) verwiesen, in der dieses Thema ausführlich behandelt wird.]

Bilder sollen in diesem Band als eine „Vielfalt von Positionen“ (153) zwischen der Widerspiegelung politischer Realität und einem reinen Zeichensystem ohne Bezug zur politischen Realität betrachtet werden. Die Erkenntnis dabei ist, dass diese Bilder politischer Kommunikation auch auf EU-Ebene „auf das Konzept des Nationalstaats verweisen“ (154).

Der Band ist eine gute Einführung in das Thema und mit vielen Abbildungen versehen, die sich für eine weitere Diskussion und Verarbeitung (auch in der Lehre) eignen.

In der bildenden Kunst glänzt die Postmoderne, wie Werner Hofmann formuliert, durch die „Ideologie der Ideologieabstinenz“ (Hofmann 1998: 345). In einer ähnlichen Situation befindet sich offenbar auch die Politikwissenschaft. Dies bedeutet, bezogen auf die Inhalte von Politik, in etwa: Es bedarf keiner Lösungen, denn es gibt kein Problem.

Die ausführliche Analyse der politischen Kommunikation aktueller EU-Bildpolitik liefert einen gewissen Einblick in die Verkaufsstrategien der supranationalen Ideenmakler. Mehr aber noch in das Selbstverständnis einer Wissenschaft, die sich zunehmend der Eindeutigkeit verweigert. Alles ist offen und so wird vielen Zitaten sogleich ein relativierender Satz angefügt, in dem sich die AutorInnen vom zuvor gesagten distanzieren. Ob sich mit dem „iconic turn“ die Politikwissenschaft nicht dem aktuellen Trend zu einer gewissen Beliebigkeit unterwirft und ihr kritisches Potential einer postmodernen Zeitgeistigkeit opfert, wäre zu hinterfragen. Die Kritik der Projektionen nationaler und EUropäischer politischer Kulturen, die im Klappentext angekündigt wird, fällt jedenfalls sehr zahm aus.

Verwendete Literatur:

Baecker, Dirk [Hg.]: Kapitalismus als Religion, Berlin 2009.

Hofmann, Werner: Die Moderne im Rückspiegel. Hauptwege der Kunstgeschichte, München 1998.

Stefan Marx
Dissertant am ipw und Redaktionsmitglied

Bernhard, Petra/Hadj-Abdou, Leila/Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas: EUropäische Bildpolitiken. Politische Bildanalyse an Beispielen der EU-Politik, Wien 2009.

Politik begreifen – 89 Begriffe um Eva Kreiskys Leben und Forschen

Dieses Werk ist mehr als ein Lexikon. 77 AutorInnen haben - jedeR auf gewisse Weise mit Eva Kreisky verbunden - eine Festschrift zu Ehren ihres 65. Geburtstages verfasst. Jene stellt eine besondere Art von Nachschlagewerk dar. Einen „Einblick in die Welt der Politikwissenschaft" geben Begriffserläuterungen, die für Eva Kreiskys Forschung zentral sind. Andererseits lassen sich auch viel versprechende Kochrezepte und humorvolle Anekdoten aus dem Leben dieser bemerkenswerten Persönlichkeit finden.

Die hier geleistete Begriffsarbeit macht Eva Kreiskys Forschungsschwerpunkte, u.a. zu Geschlechterforschung und Staatstheorie, deutlich. In den einzelnen Beiträgen wird der jeweilige Begriff in seiner spezifischen Bedeutungsgeschichte behandelt und mitunter Bezug zu Eva Kreiskys Leben und Forschen hergestellt. Der Beitrag „Familie" handelt die Verwendung des Begriffs im europäischen Kontext ab und verweist in Anlehnung an Kreiskys feministische Kritik auf dessen patriarchales Potential. Ergänzend wird Eva Kreiskys Familienleben kurz dargestellt.

Als Professorin für Politische Theorie bemüht sie sich um gleichberechtigten Austausch und Diskussion mit Studierenden und KollegInnen. Für Eva Kreisky steht auch in der Wissenschaft der Mensch im Vordergrund. Dementsprechend bereichern persönliche Anekdoten mit überraschenden Titeln wie „Hut und Handschuhe" oder „Top Word" das Werk. Der Umstand, dass ein Großteil der AutorInnen bei ihr diplomiert(e) oder dissertiert(e), beweist den Erfolg ihres interaktiven Ansatzes. Unter „Weltkenntnis" schildert Hannes Wimmer eine New York-Reise, auf der er 100 US-$ beim Glücksspiel verlor und von Eva Kreisky erfuhr, wozu und wie man eine Kreditkarte benutzt.

Der Aufbau des Bandes wird der lexikalischen Form gerecht. Die einzelnen Beiträge greifen ineinander über und spiegeln die Zusammenhänge von Eva Kreiskys Forschung und Lehre. Ausführliche Literaturangaben sowie ein Werkverzeichnis der Jubilarin ermuntern zur weiterführenden Lektüre. Der in der Standardausgabe fehlende Begriffsindex erschwert zwar den Überblick über die angebotene Bandbreite, insgesamt ist das Werk aber als solide Einführung in die Politikwissenschaft – bei der auch gelacht werden darf – zu empfehlen.

Agnes Eybl studierte Politikwissenschaft in Wien und Lyon, sucht momentan den Sinn des Lebens und einen Job
Mona El Khalaf studierte Internationale Entwicklung, setzt ihr Arabistikstudium an der Uni Wien fort

Matthias Falter, Marion Löffler, Thomas Schmidinger, Veronika Schwediauer, Saskia Stachowitsch (Hrg.): Politik begreifen. 81 Begriffe um Eva Kreiskys Leben und Forschen, Wien, Braumüller Verlag, 2009.

Exploring Politics and Policies

Endlich ein Reader im Bereich der politikwissenschaftlichen Migrationsforschung. Das von Anthony Messina und Gallya Lahav im Jahr 2005 herausgegebene englischsprachige Gesamtwerk umfasst knapp 700 Seiten und beinhaltet über 35 Texte. Der Reader besteht aus vier Teilen.

Im ersten Teil werden Begriffe und Ansätze dargestellt. Der aus dem Jahr 1993 entstammende Text „Theories of International Migration: A Review and Appraisal" von Douglas Massey (u.a.) gilt immer noch als „der" Einführungstext zu den Migrationstheorien. Aristide Zolberg diskutiert in ihrem Text „International Migration in Political Perspective" (1981) die Migration als ein soziales Phänomen im Spannungsfeld der Bewegung der Migration und gesellschaftlicher Entwicklungen und geht auf die Frage/Möglichkeit der Entwicklung ein.

Im zweiten Teil suchten die Herausgeber_innen Texte aus, in denen die aktuellen Migrationsbewegungen aus einem historischen Kontext heraus analysiert werden. Charles Tilly untersucht in seinem Text „Migration in modern European History" (1978) wie die Arbeitsmigration einen wesentlichen Bestandteil der Herausbildung des kapitalistischen Weltmarktes gewesen ist. Aristide Zolberg zeigt in ihrem Text „Patterns of International Migration Policy: A Diachronic Comparison" (1983) wie Nationsbildungsprozesse durch die Exklusion und Inklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen formiert worden sind.

Im dritten Teil werden Aspekte der Policymaking und Politics im Bereich der Migration diskutiert. In diesem Teil werden sowohl die Grundkategorien wie der Unterschied zwischen Immigrationspolitik und Migrations-/Integrationspolitik dargestellt, als auch ländervergleichende Studien in der Entwicklung der Migrationspolitik (Body-Gendrot u.a.) und die zunehmende Bedeutung nicht-staatlicher AkteurInnen in der Regulierung der Migration (Lahav) thematisiert. Weitere Themenfelder in diesem Kapitel sind die Debatten um Staatsbürgerschaft, Aufstieg des Rechtsextremismus und Integrationskonzepte und -politiken.

Im vierten Teil wird die Migration im Kontext der „Weltpolitik" diskutiert. Die Möglichkeiten der Steuerung von Migration durch staatliche Institutionen, die ethischen Dimensionen offener Grenzpolitik, Feminisierung der Migration und Verhältnis von Direktinvestitionen zu Migrationsbewegungen sind Themenfelder, die im Kontext der Globalisierung diskutiert werden.

Der Reader sammelt die bedeutendsten Texte innerhalb der politikwissenschaftlichen Migrationsforschung. Obwohl das Buch im Jahr 2005 erschienen ist, sind wenige aktuelle Texte darin enthalten. Das überrascht einigermaßen, da in den letzten beiden Dekaden sowohl die Migrationsbewegungen als auch die Forschung neueren Dynamiken unterworfen waren. Fehlende Aspekte im Buch sind gegenwärtige Analysen des europäischen Grenzregimes, neuere Ansätze zur Transnationalisierung und Autonomie der Migration, polit-ökonomische Untersuchungen, die die Entwicklung der Migrationsdynamiken eingebettet in die sozio-ökonomische gesellschaftliche Strukturen analysieren.

Ilker Atac
Wissenschaftlicher Assistent am ipw

Anthony M. Messina and Gallya Lahav, (Hrsg.): The Migration Reader: Exploring Politics and Policies, Lynne Rienner Publishers, Boulder, London 2005.

politix

Wir suchen RedakteurInnen ...

dein Interesse gilt gesellschafts-politischen Anliegen ...

du wolltest schon immer in die redaktionelle Arbeit einer Zeitschrift reinschnuppern ...

... dann bist du bei unserer Politix-Redaktion **willkommen**!

Wir verstärken unser redaktionelles Team und suchen
kreative, aktive Studentinnen und Studenten!

Der Einstieg ist jeder Zeit möglich. Schreibe einfach eine Mail an
politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

ipw